



Monatsbericht des BMF

Mai 2009



Monatsbericht des BMF
Mai 2009

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

 Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	2
Übersichten und Termine	4
Finanzwirtschaftliche Lage	5
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im April 2009.....	12
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes.....	15
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht.....	20
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2009	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	31
Termine, Publikationen	34
Analysen und Berichte.....	36
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 12. bis 14. Mai 2009	37
Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009	43
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2009	54
Ergebnisse der IWF-Frühjahrstagung und des G7-Finanzminister-Treffens	58
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	63
Statistiken und Dokumentationen	79
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	80
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	109
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.....	116

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Weltwirtschaft befindet sich im Frühjahr 2009 in einer außerordentlich tiefen Rezession. Im Herbst vergangenen Jahres verschärfte sich der globale Abschwung sprunghaft und erfasste rasch nahezu alle Länder der Welt. Die deutsche Wirtschaft ist aufgrund ihrer Exportabhängigkeit und der Struktur ihres Exportgütersortiments in besonderem Maße von der weltweiten Wirtschaftsschwäche betroffen. Der Einbruch der Auslandsnachfrage hat nun auch die deutsche Binnenkonjunktur mit voller Wucht getroffen. In diesem Jahr erwartet die Bundesregierung einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von real 6,0 %. Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich damit in der schärfsten Rezession ihrer 60-jährigen Geschichte. Infolgedessen wird mit einem sehr deutlichen Anstieg der jahresdurchschnittlichen Zahl der Arbeitslosen um etwa 450 000 Personen auf 3,7 Mio. im Jahr 2009 und um 900 000 Personen auf etwa 4,6 Mio. Arbeitslose im Jahr 2010 gerechnet.

Geschwindigkeit und Stärke, nicht zuletzt der global synchrone Verlauf der Rezession, stellen die Finanz- und Wirtschaftspolitik vor bisher nicht bekannte Herausforderungen. So ist es in der gegenwärtigen Situation ökonomisch notwendig und richtig, nicht nur die sogenannten automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen, sondern zusätzlich eine expansive diskretionäre Fiskalpolitik zu betreiben, insbesondere auch wegen der derzeit begrenzten Wirksamkeit der Geldpolitik. Mit den Konjunkturpaketen I und II - mit einem Gesamtvolumen von über 80 Mrd. € - hat die Bundesregierung diesen Ansatz entschlossen umgesetzt.



Die drastisch verschlechterten Rahmenbedingungen hinterlassen natürlich deutliche Spuren in den öffentlichen Haushalten. Auf der Einnahmenseite werden die öffentlichen Haushalte nach den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung in den Jahren 2009 bis 2012 Steuerausfälle in Höhe von 316 Mrd. € verkraften müssen. Rund zwei Drittel der Mindereinnahmen gehen auf die geänderte gesamtwirtschaftliche Lage zurück, das restliche Drittel resultiert aus Steuerrechtsänderungen.

Diese Erosion der Einnahmen sowie zusätzliche, unumgängliche Belastungen auf der Ausgabenseite, z. B. für den Arbeitsmarkt, werden in den nächsten Jahren das Bild der Staatsfinanzen maßgeblich prägen. Schon jetzt ist klar: Die für die Jahre 2009 und 2010 zu erwartenden Defizite werden die bisherigen Höchststände nach der Wiedervereinigung deutlich übertreffen.

Die Bundesregierung wird der erwarteten Entwicklung aber nicht „hinterher sparen“. In der gegenwärtigen Situation darf die öffentliche Hand nicht dazu beitragen, die extreme Rezession durch Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen noch zu verstärken. Derartige Einschnitte wären überaus kontraproduktiv, weil sie die Inlandsnachfrage und die Investitionstätigkeit weiter schwächen und damit die konjunkturelle Erholung behindern würden. Vor allem die erwarteten

Editorial

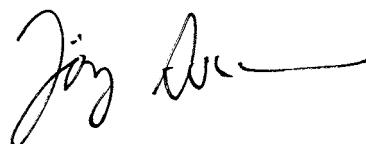
Steuermindereinnahmen des Bundes von 21,5 Mrd. € im Jahr 2009 machen deshalb eine nochmalige Erhöhung der Neuverschuldung und damit einen 2. Nachtragshaushalt erforderlich. Das Bundeskabinett wird voraussichtlich am 27. Mai 2009 hierüber beschließen. In einer Gesamtschau der von der Bundesregierung zur Stabilisierung der Konjunktur auf den Weg gebrachten Maßnahmepakete – einschließlich der beiden Sondervermögen Investitions- und Tilgungsfonds und Finanzmarktstabilisierungsfonds – wird die Neuverschuldung des Bundes den im 2. Nachtragshaushalt ausgewiesenen Betrag deutlich übersteigen. Beiden Fonds stehen Kreditermächtigungen über mehrere Jahre in Höhe von insgesamt rund 120 Mrd. € zur Verfügung, deren Inanspruchnahme in hohem Maße von der weiteren Entwicklung der Finanz- und Wirtschaftskrise abhängig sein wird und deshalb kaum vorhersehbar ist. Die Höhe der 2009 insgesamt erforderlichen Kreditaufnahme ist daher ex ante nicht genau bestimmbar.

Eines ist angesichts dieser erheblich verschlechterten Defizitentwicklung aber auch klar: Finanzpolitischer Spielraum für weitere Belastungen der öffentlichen Haushalte besteht derzeit nicht. Stattdessen müssen schon jetzt die Grundlagen gelegt werden, die Schulden nach Ende der Krise zurückzuführen. Defizite aus schlechten Zeiten müssen und können in guten Zeiten wieder ausgeglichen werden. Ein wesentlicher Baustein ist deshalb die auf den Weg gebrachte Reform der verfassungsrechtlichen Verschuldungsregel.

Bei der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank sowie beim G7-Finanzministertreffen am 24./25. April in

Washington stand die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ebenfalls im Fokus der Beratungen. Die in allen wichtigen Industrieländern ergriffenen Maßnahmen der Geld- und Fiskalpolitik haben nach Einschätzung des IWF bereits zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen. In diesem Zusammenhang wurde die Bedeutung der Ergebnisse des Weltfinanzgipfels vom 2. April in London für Wachstum, Beschäftigung und stabile Finanzmärkte betont und die rasche Implementierung des dort vereinbarten Aktionsplans bekräftigt. Hierzu gehört insbesondere die Erhöhung der IWF-Finanzmittel, um Ländern, die angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten, schnell und flexibel helfen zu können.

Auch die Schwellenländern sind nach Jahren eines starken wirtschaftlichen Wachstums von den Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise massiv betroffen. So verzeichnete China 2008 das schwächste Wirtschaftswachstum seit sieben Jahren, Russland und die Ukraine befinden sich in der Rezession. Der IWF geht davon aus, dass die Weltwirtschaft in diesem Jahr erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg schrumpfen und erst im 1. Halbjahr 2010 ein Aufschwung erfolgen wird.



Jörg Asmussen
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

► Übersichten und Termine

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	5
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im April 2009.....	12
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes.....	15
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht.....	20
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2009	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	31
Termine, Publikationen	34

Übersichten und Termine

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

Deutschland befindet sich in der schärfsten Rezession der Nachkriegszeit. Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise und die Auswirkungen der automatischen Stabilisatoren machen eine

vorübergehende und deutliche Erhöhung der Neuverschuldung unumgänglich. Sie bedeuten indes keine Abkehr vom Kurs einer soliden und langfristig tragfähigen Finanzpolitik.

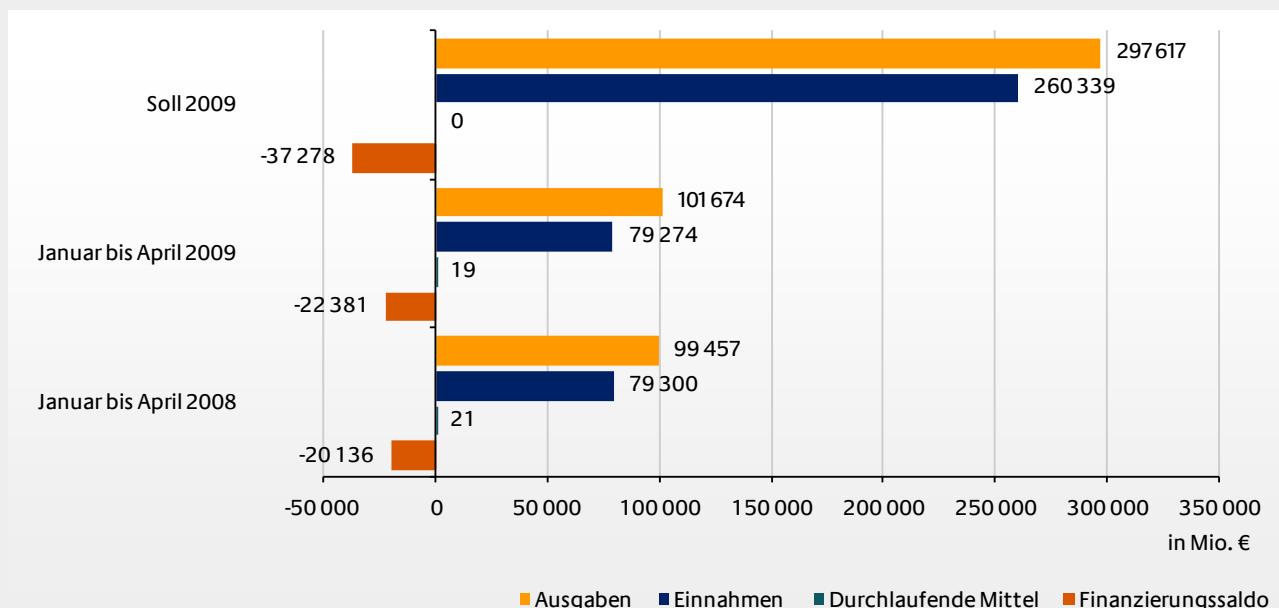
Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2009 ¹	Ist - Entwicklung ² Januar bis April 2009
Ausgaben (Mrd. €)	297,6	101,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	5,4	2,2
Einnahmen (Mrd. €)	260,3	79,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-3,7	0,0
Steuereinnahmen (Mrd. €)	233,2	65,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-2,5	-3,3
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-37,3	-22,4
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	-27,2
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	0,0
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-36,9	4,8

¹ Stand Nachtragshaushalt 2009.

² Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Stand Soll: Nachtragshaushalt 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Übersichten und Termine

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Das Ergebnis der aktuellen Steuerschätzung macht deutlich, dass die bisher erwarteten

Steuereinnahmen nicht zu realisieren sind.
Daher und wegen zu erwartender

Entwicklung der Bundesaufgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2008 in Mio. €	Soll 2009 ¹ in Mio. €	Ist - Entwicklung Januar bis April 2009		Ist - Entwicklung Januar bis April 2008		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	50 394	53 595	17 987	17,7	16 542	16,6	8,7
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 993	5 717	2 514	2,5	2 227	2,2	12,9
Verteidigung	29 999	31 019	10 372	10,2	9 743	9,8	6,5
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 103	6 357	2 122	2,1	1 939	1,9	9,4
Finanzverwaltung	3 307	3 783	1 103	1,1	933	0,9	18,2
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	13 437	14 602	4 065	4,0	3 718	3,7	9,3
BAföG	1 193	1 433	524	0,5	504	0,5	4,0
Forschung und Entwicklung	7 709	8 761	1 771	1,7	1 611	1,6	9,9
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	140 439	147 091	52 168	51,3	51 448	51,7	1,4
Sozialversicherung	75 539	76 302	30 829	30,3	30 421	30,6	1,3
Arbeitslosenversicherung	7 583	7 777	0	0,0	2 528	2,5	-100,0
Grundsicherung für Arbeitssuchende	34 776	36 210	11 681	11,5	11 414	11,5	2,3
darunter: Arbeitslosengeld II	21 624	22 100	7 496	7,4	7 561	7,6	-0,9
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 889	3 500	1 148	1,1	1 319	1,3	-13,0
Wohngeld	772	591	197	0,2	133	0,1	48,1
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 769	4 424	1 559	1,5	1 734	1,7	-10,1
Kriegsopfersorgung und -fürsorge	2 269	2 083	826	0,8	896	0,9	-7,8
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 058	1 208	296	0,3	254	0,3	16,5
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 607	1 857	436	0,4	471	0,5	-7,4
Wohnungswesen	1 062	1 210	376	0,4	387	0,4	-2,8
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 778	7 386	2 264	2,2	2 628	2,6	-13,9
Regionale Förderungsmaßnahmen	945	738	200	0,2	232	0,2	-13,8
Kohlenbergbau	1 816	1 465	1 375	1,4	1 817	1,8	-24,3
Gewährleistungen	698	2 400	96	0,1	144	0,1	-33,3
Verkehrs und Nachrichtenwesen	11 231	12 894	2 970	2,9	2 980	3,0	-0,3
Straßen (ohne GVFG)	6 045	6 787	1 023	1,0	1 141	1,1	-10,3
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 991	15 965	4 239	4,2	2 650	2,7	60,0
Bundeseisenbahnvermögen	4 326	5 506	1 528	1,5	495	0,5	208,7
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 864	4 074	1 019	1,0	590	0,6	72,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	41 374	43 020	17 250	17,0	18 766	18,9	-8,1
Zinsausgaben	40 171	41 431	16 758	16,5	18 146	18,2	-7,6
Ausgaben zusammen	282 308	297 617	101 674	100,0	99 457	100,0	2,2

¹Stand: Nachtragshaushalt 2009.

Übersichten und Termine

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise wird eine Anpassung des Bundeshaushalts durch einen weiteren Nachtragshaushalt notwendig. Dieser befindet sich aktuell in der Vorbereitung.

Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich April mit 101,7 Mrd. € um 2,2 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis

(+ 2,2%). Bereinigt um die ab 2009 geänderte Zahlungsmodalität bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung lag die Steigerung sogar bei + 4,8 %. Im Vergleich zum Vorjahr ausgabensteigernde Posten waren insbesondere die Bundesbeteiligung an den Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben (+ 2,6 Mrd. €; Zahlungen an den Gesundheitsfonds) und - aufgrund eines

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2008 in Mio. €	Soll 2009 ¹ in Mio. €	Ist - Entwicklung Januar bis April 2009		Ist - Entwicklung Januar bis April 2008		Veränderung ggü. Vorjahr
			in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	257 992	268 933	94 341	92,8	92 776	93,3	1,7
Personal Ausgaben	27 012	27 791	9 858	9,7	9 035	9,1	9,1
Aktivbezüge	20 298	20 959	7 285	7,2	6 644	6,7	9,6
Versorgung	6 714	6 832	2 574	2,5	2 391	2,4	7,7
Laufender Sachaufwand	19 742	21 129	6 013	5,9	5 680	5,7	5,9
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 421	1 451	403	0,4	371	0,4	8,6
Militärische Beschaffungen	9 622	10 360	2 987	2,9	2 921	2,9	2,3
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9 318	2 624	2,6	2 388	2,4	9,9
Zinsausgaben	40 171	41 431	16 758	16,5	18 146	18,2	-7,6
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	178 165	61 548	60,5	59 772	60,1	3,0
an Verwaltungen	12 930	14 855	4 360	4,3	3 370	3,4	29,4
an andere Bereiche	155 494	163 310	57 392	56,4	56 497	56,8	1,6
darunter:							
Unternehmen	22 440	23 890	7 305	7,2	7 004	7,0	4,3
Renten, Unterstützungen u.a.	29 120	29 415	10 168	10,0	10 365	10,4	-1,9
Sozialversicherungen	99 123	104 653	38 281	37,7	37 566	37,8	1,9
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	417	163	0,2	142	0,1	14,8
Investive Ausgaben	24 316	28 798	7 333	7,2	6 680	6,7	9,8
Finanzierungshilfen	17 117	20 149	6 039	5,9	5 301	5,3	13,9
Zuweisungen und Zuschüsse	14 018	14 957	4 523	4,4	3 993	4,0	13,3
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 395	4 257	757	0,7	733	0,7	3,3
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	935	760	0,7	574	0,6	32,4
Sachinvestitionen	7 199	8 649	1 294	1,3	1 380	1,4	-6,2
Baumaßnahmen	5 777	7 061	935	0,9	1 072	1,1	-12,8
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 055	254	0,2	206	0,2	23,3
Grunderwerb	504	533	106	0,1	102	0,1	3,9
Globalansätze	0	- 114	0	0,0	0	0,0	0,0
Ausgaben insgesamt	282 308	297 617	101 674	100,0	99 457	100,0	2,2

¹Stand: Nachtragshaushalt 2009.

Übersichten und Termine

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

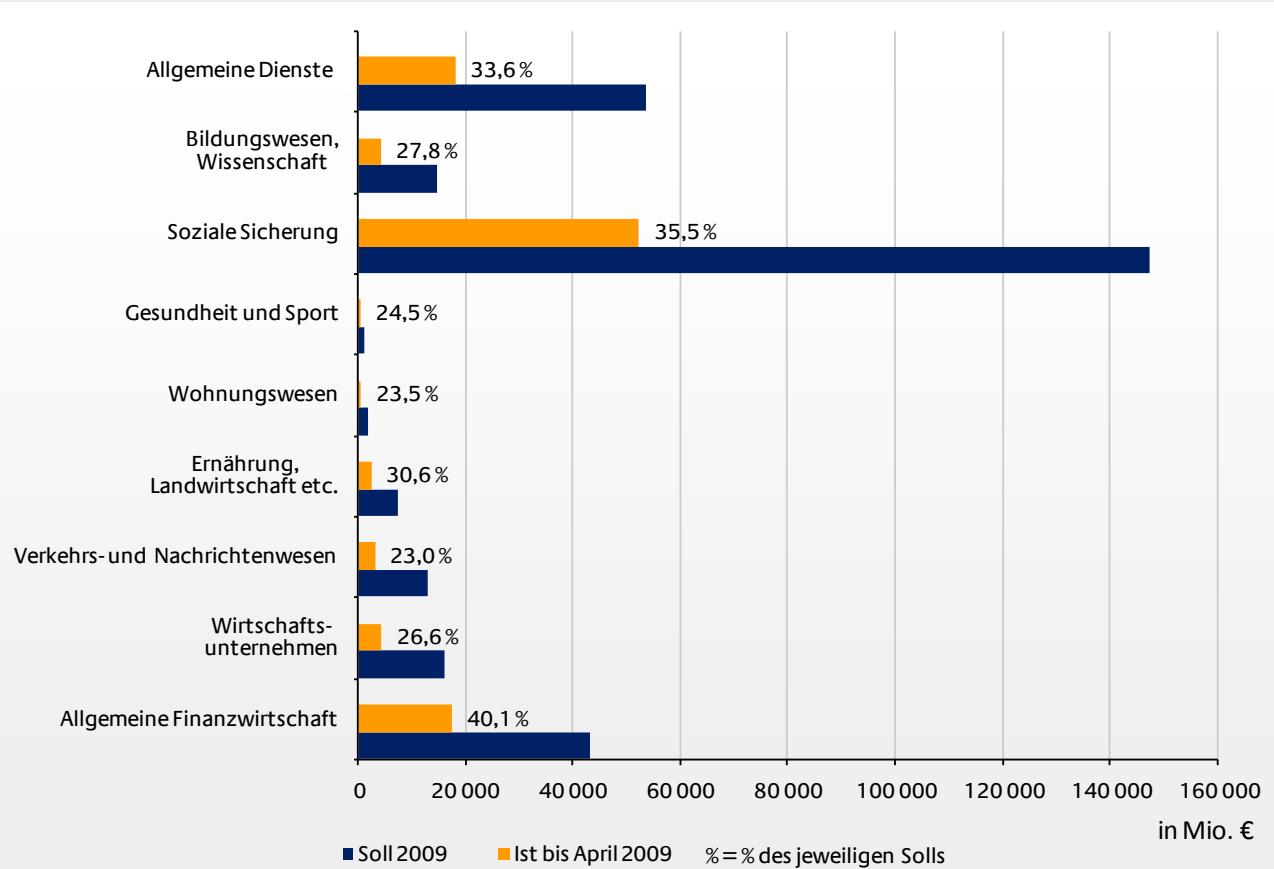
Einmaleffekts im Vorjahr - höhere Leistungen an das Bundesfernsehvermögen (+1,0 Mrd. €). Ausgabendämpfend wirkten indes geringere Zinsausgaben (-1,4 Mrd. €).

Die Einnahmen des Bundes erreichten mit 79,3 Mrd. € das Vorjahresergebnis. Den im Vorjahresvergleich um -3,3 % auf 65,6 Mrd. € gesunkenen Steuereinnahmen stand dabei ein Zuwachs bei den Verwaltungseinnahmen

(+19,5 %) gegenüber, der im Wesentlichen auf den höheren Bundesbankgewinn zurückzuführen ist.

Der Finanzierungssaldo betrug Ende April -22,4 Mrd. €. Der in der Finanzierungsübersicht dargestellten Nettotilgung in Höhe von 4,8 Mrd. € steht ein kassenmäßiger Fehlbetrag in Höhe von -27,2 Mrd. € gegenüber.

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereiche/Hauptfunktionen Januar bis April 2009



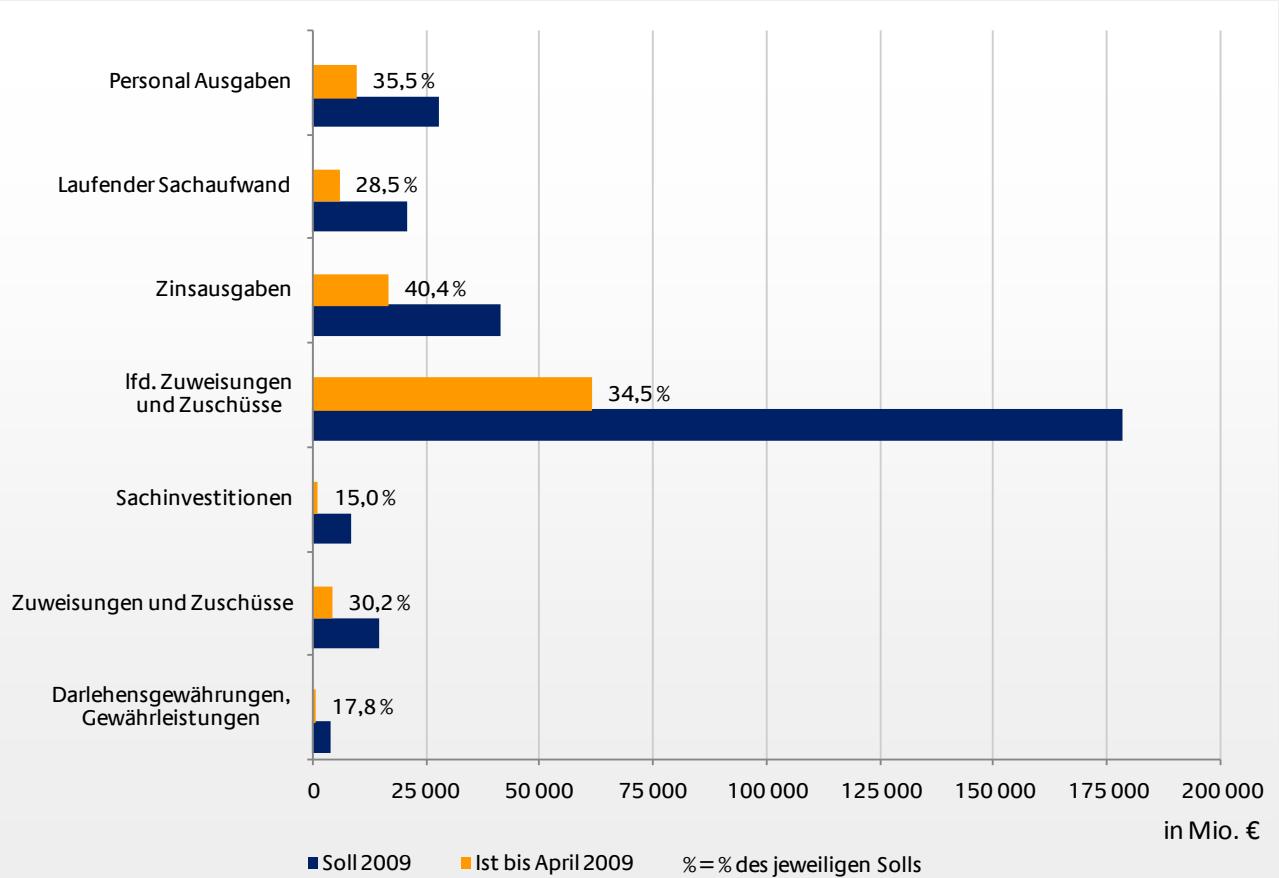
Stand Soll: Nachtragshaushalt 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Übersichten und Termine

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis April 2009



Stand Soll: Nachtragshaushalt 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Übersichten und Termine

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

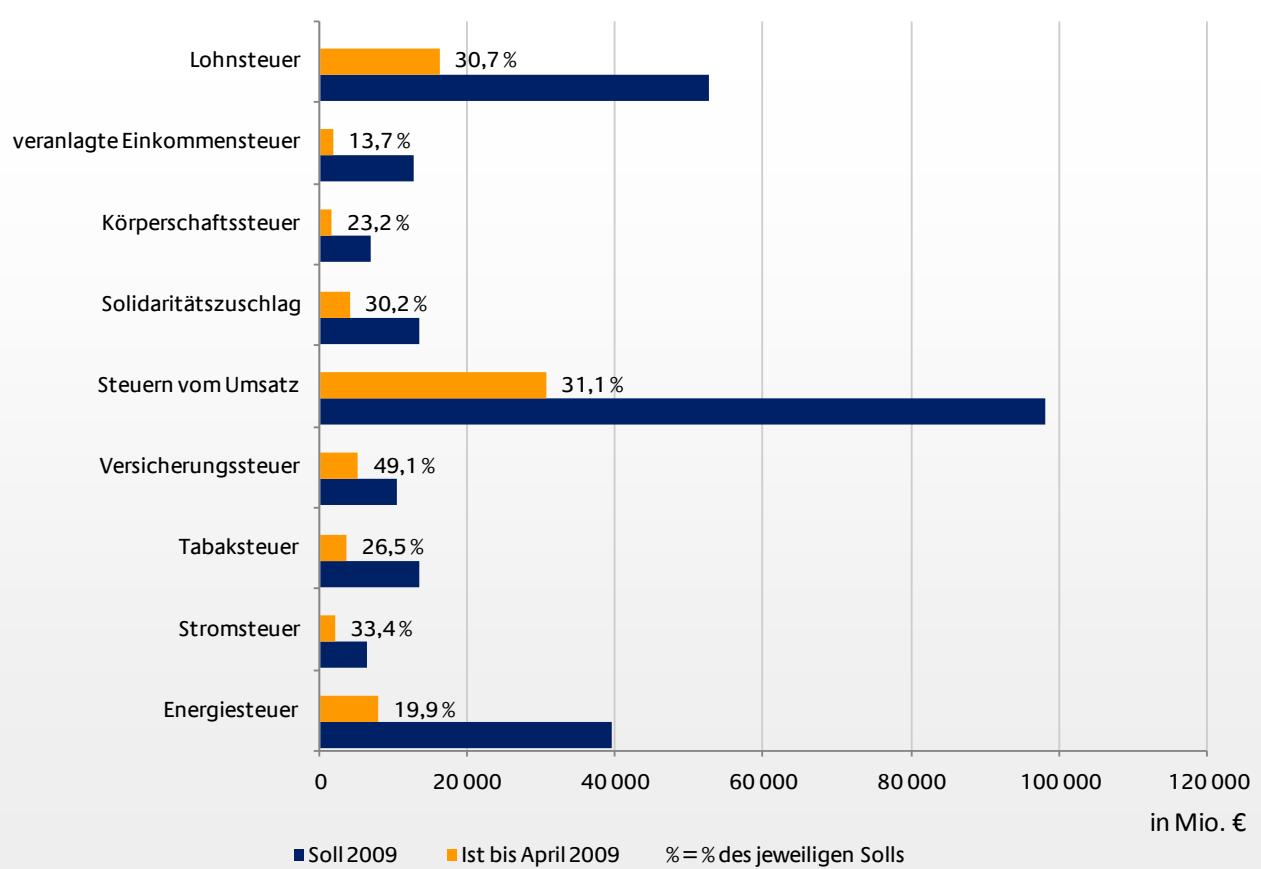
	Ist 2008 in Mio. €	Soll 2009 ¹ in Mio. €	Ist - Entwicklung Januar bis April 2009		Ist - Entwicklung Januar bis April 2008		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	239 231	233 180	65 607	82,8	67 867	85,6	-3,3
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	193 532	185 508	55 605	70,1	58 388	73,6	-4,8
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Zinsabschlag)	96 379	86 015	24 945	31,5	27 337	34,5	-8,8
davon:							
Lohnsteuer	60 310	52 500	16 126	20,3	17 352	21,9	-7,1
veranlagte Einkommensteuer	13 899	12 708	1 743	2,2	1 997	2,5	-12,7
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 305	8 695	2 698	3,4	2 898	3,7	-6,9
Zinsabschlag	5 922	5 174	2 770	3,5	2 794	3,5	-0,9
Körperschaftssteuer	7 943	6 938	1 608	2,0	2 296	2,9	-30,0
Steuern vom Umsatz	95 806	98 147	30 534	38,5	30 861	38,9	-1,1
Gewerbesteuerumlage	1 348	1 346	126	0,2	191	0,2	-34,0
Energiesteuer	39 248	39 357	7 848	9,9	7 767	9,8	1,0
Tabaksteuer	13 574	13 450	3 562	4,5	3 657	4,6	-2,6
Solidaritätszuschlag	13 146	13 300	4 011	5,1	4 122	5,2	-2,7
Versicherungsteuer	10 478	10 450	5 129	6,5	5 147	6,5	-0,3
Stromsteuer	6 261	6 200	2 068	2,6	2 014	2,5	2,7
Branntweinabgaben	2 129	2 133	734	0,9	763	1,0	-3,8
Kaffeesteuer	1 008	1 000	321	0,4	321	0,4	0,0
Ergänzungszuweisungen an Länder	-14 850	-14 198	-3 445	-4,3	-3 603	-4,5	-4,4
BNE-Eigenmittel der EU	-15 340	-18 980	-6 152	-7,8	-6 775	-8,5	-9,2
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-3 738	1 280	-1 991	-2,5	-1 893	-2,4	5,2
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 675	-6 775	-2 258	-2,8	-2 225	-2,8	1,5
II. Sonstige Einnahmen	31 246	27 159	13 667	17,2	11 433	14,4	19,5
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 568	4 339	3 808	4,8	4 062	5,1	-6,3
Zinseinnahmen	737	911	286	0,4	187	0,2	52,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	8 630	4 004	1 633	2,1	1 792	2,3	-8,9
Einnahmen zusammen	270 476	260 339	79 274	100,0	79 300	100,0	0,0

¹ Stand: Nachtragshaushalt 2009.

Übersichten und Termine

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis April 2009



Stand Soll: Nachtragshaushalt 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Übersichten und Termine

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM APRIL 2009

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im April 2009

Insgesamt nahmen die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im April 2009 im Vorjahresvergleich um - 7,4 % und damit deutlich stärker als in den Monaten zuvor ab. Allerdings sind dafür neben den Effekten der Rezession selbst inzwischen auch Maßnahmen verantwortlich, die zu deren Bekämpfung ergriffen wurden (wie Entlastungen bei der Einkommensteuer und der als Abzugsposten bei der Lohnsteuer wirkende Kinderbonus).

Nicht zuletzt deshalb ergab sich bei den gemeinschaftlichen Steuern in diesem Monat ein Minus von - 9,2 %. Bei den Bundessteuern wurde das Vorjahresniveau mit + 0,4 % knapp überschritten. Bei den Einnahmen aus den Ländersteuern war ein Rückgang um - 6,7 % zu verzeichnen.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) blieben insgesamt um - 6,5 % hinter dem Ergebnis vom Vorjahr zurück. Noch etwas stärker war der Rückgang mit - 8,2 % bei den Ländern.

Die kumulierte Veränderungsrate für die ersten vier Monate des Jahres beläuft sich insgesamt auf - 3,2 % und für den Bund auf - 1,9 %.

Bei der Lohnsteuer blieben die Einnahmen um - 17,4 % oder rund - 2 Mrd. € hinter dem Vorjahresniveau zurück. Hauptursache hierfür sind die mit dem Konjunkturpaket II beschlossenen Entlastungen: Die Auszahlung des einmalig gewährten Kinderbonus von 100 € je Kind führte beim Kindergeld zusammen mit der zu Jahresbeginn in Kraft

getretenen Anhebung zu Mehrausgaben von rund + 1½ Mrd. €. Außerdem wurde von den Arbeitgebern im April kumuliert für die Monate seit Jahresbeginn die rückwirkende Senkung des Einkommensteuertarifs berücksichtigt.

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer entwickelten sich mit einem Zuwachs von + 11,7 % weiter positiv. Veränderungen in den Abzugsbeträgen (etwa bei den Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer oder bei der Eigenheimzulage) spielten dabei in diesem Monat keine besondere Rolle.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer lagen um rund - 1 Mrd. € unter dem im Vorjahr erzielten Ergebnis. Meldungen über hohe Erstattungen im Einzelfall deuten darauf hin, dass dafür Ergebnisse aus dem Großfirmenbereich ausschlaggebend gewesen sind.

Ähnliche Bestimmungsgründe gibt es für das schwache Resultat (- 18,8 %) bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, der das kumulierte Ergebnis nun ebenfalls in den negativen Bereich (Januar bis April: - 6,4 %) gezogen hat. Allerdings üben hier auch Zufälle des Kalenders und Entscheidungen der Kapitalgesellschaften über ihre Ausschüttungstermine einen Einfluss aus. Bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserlöse war der Rückgang mit - 11,5 % zwar ebenfalls zweistellig; dies überrascht aber angesichts des von 30 % auf 25 % verminderten Steuersatzes nicht.

 Übersichten und Termine

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM APRIL 2009

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2009	April	Veränderung	Januar bis April	Veränderung	Schätzungen	Veränderung
		ggü. Vorjahr		ggü. Vorjahr	für 2009	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € ⁵	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 340	-17,4	43 315	-1,8	136 000	-4,2
veranlagte Einkommensteuer	1 130	11,7	4 101	-12,4	22 850	-30,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2 199	-18,8	5 396	-6,4	14 540	-12,3
Zinsabschlag	836	-11,5	6 296	-0,9	12 129	-9,9
Körperschaftsteuer	-1 183	X	3 216	-29,7	10 910	-31,2
Steuern vom Umsatz	13 673	6,7	56 761	-0,6	176 550	0,3
Gewerbesteuerumlage	500	-1,2	512	-24,1	2 866	-14,7
erhöhte Gewerbesteuerumlage	502	-15,6	454	-37,2	2 605	-23,9
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	26 997	-9,2	120 050	-3,2	378 450	-6,2
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 071	-0,9	7 848	1,0	38 100	-2,9
Tabaksteuer	1 198	7,8	3 562	-2,6	13 380	-1,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	140	2,8	733	-3,8	2 130	0,2
Versicherungsteuer	627	3,3	5 129	-0,3	10 450	-0,3
Stromsteuer	508	8,9	2 068	2,7	6 200	-1,0
Solidaritätszuschlag	820	-11,8	3 963	-3,9	12 000	-8,7
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) ³	0	0,0	0	0,0	3 719	X
übrige Bundessteuern	123	10,1	496	-2,0	1 442	-1,9
Bundessteuern insgesamt	6 487	0,4	23 800	-0,7	87 421	1,3
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	528	28,1	1 672	11,5	4 475	-6,2
Grunderwerbsteuer	368	-32,5	1 533	-31,0	4 485	-21,7
Kraftfahrzeugsteuer	760	-7,9	3 044	-10,9	4 581	-48,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	120	-7,3	563	-0,5	1 515	-1,4
Biersteuer	55	3,3	214	-3,1	725	-2,0
Sonstige Ländersteuern	20	3,9	176	-0,2	329	2,6
Ländersteuern insgesamt	1 852	-6,7	7 203	-11,1	16 110	-26,6
EU-Eigenmittel						
Zölle	291	-4,5	1 257	-2,1	3 590	-10,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	332	5,2	1 991	5,2	2 260	-39,5
BSP-Eigenmittel	1 256	-5,3	6 152	-9,2	16 470	7,4
EU-Eigenmittel insgesamt	1 879	-3,5	9 400	-5,6	22 320	-3,3

Übersichten und Termine

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM APRIL 2009

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2009	April	Veränderung	Januar bis April	Veränderung	Schätzungen	Veränderung
		ggü. Vorjahr		ggü. Vorjahr		ggü. Vorjahr
		in Mio €	in %	in Mio €	in %	in Mio € ⁵
Bund⁴	16 057	-6,5	66 796	-1,9	225 463	-5,7
Länder⁴	15 748	-8,2	67 113	-4,2	208 981	-5,8
EU	1 879	-3,5	9 400	-5,6	22 320	-3,3
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 944	-12,3	9 001	-2,4	28 807	-8,0
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	35 628	-7,4	152 310	-3,2	485 571	-5,8

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kfz-Steuer dem Bund zu.

⁴ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁵ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2009.

Die Veränderung bei den Steuern vom Umsatz lag im April 2009, gemessen am gleichen Vorjahreszeitraum, mit + 6,7 % im positiven Bereich. Bei der Bewertung ist aber auch zu berücksichtigen, dass die Einnahmen sich damals gerade in diesem Monat eher schwach entwickelt hatten. Werden die Ergebnisse für die Monate Januar bis April zusammen betrachtet (- 0,6 %), ergibt sich bei den Steuern vom Umsatz eher ein Bild der Stagnation. Hinter dem April-Ergebnis stand bei der Einfuhrumsatzsteuer mit - 22,4 % ein ähnlich hohes Minus wie in den Monaten zuvor. Aufgrund verringelter Vorsteuerabzüge ergibt sich für die Einnahmen aus der Umsatzsteuer ein umso deutlicheres Plus (+ 18,5 %). Auf eine entsprechende Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten der Unternehmen kann daraus allerdings nicht geschlossen werden.

Bei den reinen Bundessteuern (+ 0,4 %) zeigt sich beim Vergleich mit dem Ergebnis des Vorjahres im April in der Summe eine

annähernde Konstanz. Zuwächsen bei Tabaksteuer (+ 7,8 %), Stromsteuer (+ 8,9 %), Versicherungssteuer (+ 3,3 %) und Branntweinsteuern (+ 2,2 %) stehen ein leichter Rückgang bei der Energiesteuer (- 0,9 %) und ein auf den ersten Blick auffälliges Minus beim Solidaritätszuschlag (- 10,1 %) gegenüber. Dieser Einbruch ist ein Spiegelbild der Aufkommensrückgänge bei den Steuerarten, die seine Bemessungsgrundlage bilden.

Das Aufkommen aus den reinen Ländersteuern ging insgesamt um - 6,7 % zurück. Hier ist es nach wie vor die Grunderwerbsteuer, die mit einer Schrumpfung um - 32,5 % das negative Ergebnis prägt. Bei der Kraftfahrzeugsteuer (- 7,9 %) wie der Rennwett- und Lotteriesteuer (- 7,3 %) wurden ebenfalls Rückgänge registriert. Bei der Biersteuer ergab sich in diesem Monat ein leichtes Plus (+ 3,3 %). Mit einer Zunahme von + 28,1 % ist es vor allem die Erbschaftsteuer gewesen, die dem Minus bei der Grunderwerbsteuer entgegen gewirkt hat.

Übersichten und Termine

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sanken im April gegenüber März leicht. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende März bei 3,01 % lag, notierte Ende April bei 3,22 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – verringerten sich von 1,51 % Ende März auf 1,37 % Ende April. Die Europäische Zentralbank hat am 7. Mai 2009 folgende geldpolitischen Beschlüsse gefasst: Mit Wirkung vom 13. Mai wird der Mindestbietungssatz für die Hauptfinanzierungsgeschäfte um 25 Basispunkte auf 1,00 % gesenkt, der Zinssatz für die Einlagefazilität wird bei 0,25 % belassen, und der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wird um 50 Basispunkte auf 1,75 % gesenkt.

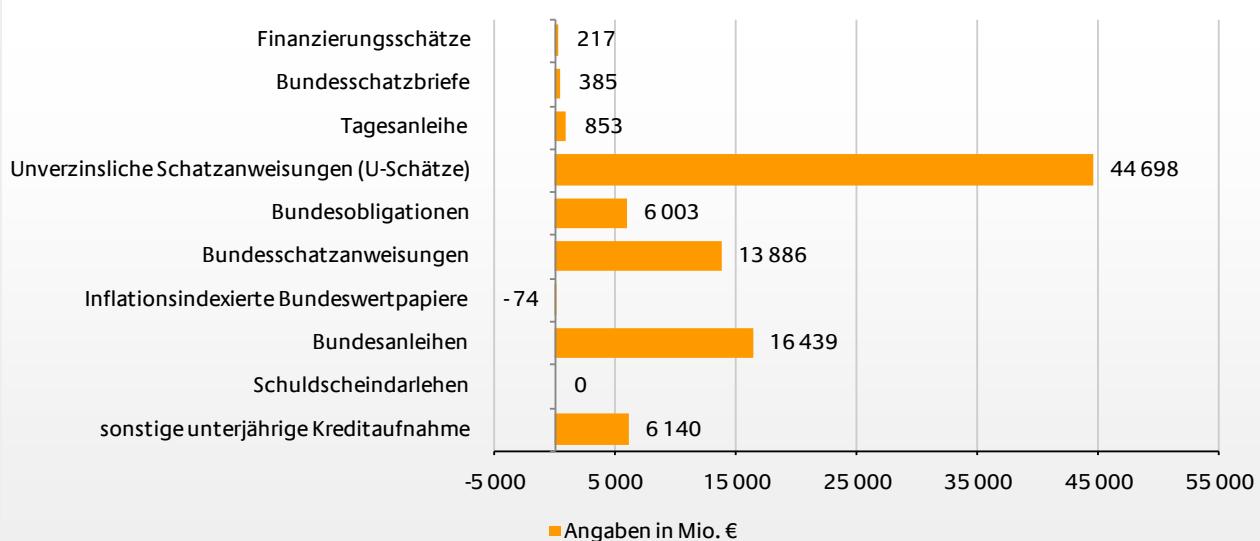
Die europäischen Aktienmärkte stiegen im April weiter an; der Deutsche Aktienindex kletterte Ende April auf 4 769 Punkte gegenüber 4 085 Punkten Ende März, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 stieg im gleichen Zeitraum von 2 071 Punkten auf 2 375 Punkte.

Monetäre Entwicklung

Die Dynamik des Geldmengen- und Kreditwachstums hat sich im Zuge der Finanzkrise und des konjunkturellen Abschwungs insgesamt weiter abgeschwächt.

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet sank im März auf 5,1 % (nach 5,8 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 für den

Kreditaufnahme des Bundes inkl. Sondervermögen bis März 2009 in Mio. €*



Übersichten und Termine

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Zeitraum Januar 2009 bis März 2009 betrug 5,6 %, verglichen mit 6,4 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

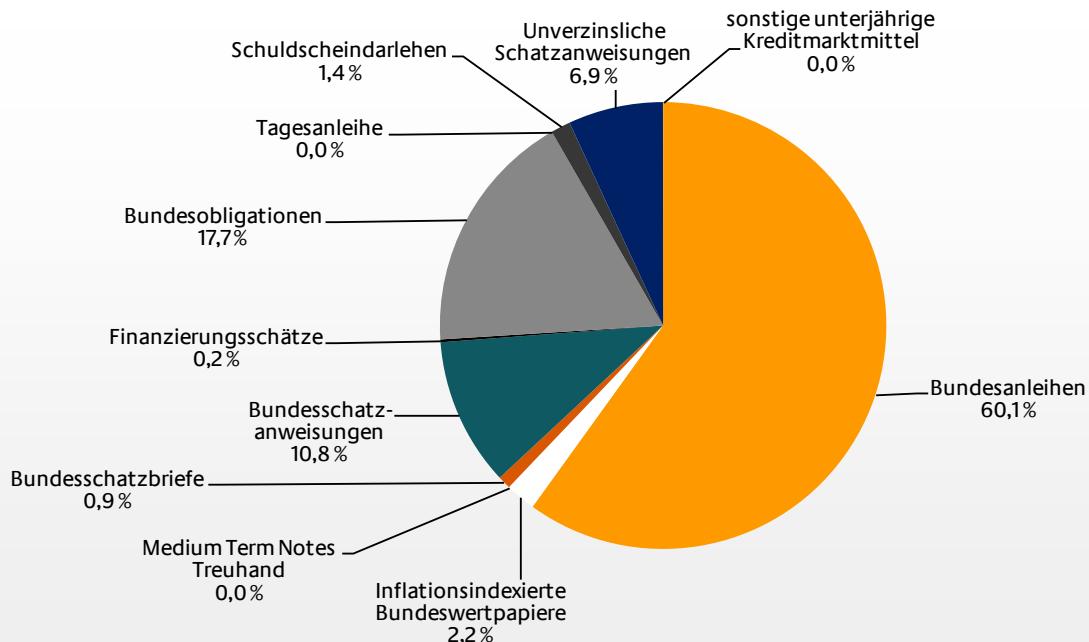
Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum sank im März 2009 auf 4,7 % (nach 5,7 % im Vormonat). In Deutschland sank diese Kreditwachstumsrate von 6,0 % im Februar 2009 auf 4,9 % im März 2009.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen (Finanzmarktstabilisierungsfonds und Investitions- und Tilgungsfonds) betrug bis einschließlich März 2009 insgesamt 88,55 Mrd. €. Davon wurden 90 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 3,71 Mrd. €).

Die im März 2009 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 31. März 2009



Kreditmarktmittel des Bundes einschl. der Eigenbestände: 922,8 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 43,7 Mrd. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Übersichten und Termine

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Anleihen	14,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14,3
Bundesobligationen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15,0
U-Schätz des Bundes	6,8	6,8	6,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20,5
Bundesschatzbriefe	0,3	0,0	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,6
Finanzierungsschätzte	0,2	0,2	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5
Tagesanleihe	0,2	0,2	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,6
Fundierungsschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,2	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2
Kredite zur Rekapitalisierung	10,2	2,0	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14,2
Sonstige Schulden gesamt	0,0	0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,1	9,4	24,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	66,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,6	0,2	1,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Übersicht über die „Emissionsvorhaben des Bundes im ersten Quartal 2009“.

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich März 2009 die Tilgungen auf rund 65,96 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 15,10 Mrd. €.

Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 58,52 Mrd. €, der Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 29,97 Mrd. € und der Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 0,05 Mrd. € eingesetzt.

 Übersichten und Termine

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

**Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2009
Kapitalmarktinstrumente**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135374 WKN 113 537	Aufstockung	7. Januar 2009	10 Jahre fällig 4. Januar 2019 Zinslaufbeginn 14. November 2008 erster Zinstermin 4. Januar 2010	6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001115251 WKN 111 524	Aufstockung	14. Januar 2009	2 Jahre fällig 10. Dezember 2010 Zinslaufbeginn 10. Dezember 2008 erster Zinstermin 10. Dezember 2009	7 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135374 WKN 113 537	Aufstockung	11. Februar 2009	10 Jahre fällig 4. Januar 2019 Zinslaufbeginn 14. November 2008 erster Zinstermin 4. Januar 2010	6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137255 WKN 113 725	Neuemission	11. März 2009	2 Jahre fällig 11. März 2011 Zinslaufbeginn 11. März 2009 erster Zinstermin 11. März 2010	8 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135374 WKN 113 537	Aufstockung	18. März 2009	10 Jahre fällig 4. Januar 2019 Zinslaufbeginn 14. November 2008 erster Zinstermin 4. Januar 2010	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141547 WKN114 154	Neuemission	25. März 2009	5 Jahre fällig 11. April 2014 Zinslaufbeginn 27. März 2009 erster Zinstermin 11. April 2010	7 Mrd. €
1. Quartal 2009 insgesamt				ca. 39 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2009 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115244 WKN 111 524	Neuemission	12. Januar 2009	6 Monate fälltig 15. Juli 2009	7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115251 WKN 111 525	Neuemission	19. Januar 2009	9 Monate fälltig 28. Oktober 2009	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115269 WKN 111 526	Neuemission	26. Januar 2009	12 Monate fälltig 27. Januar 2010	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115277 WKN 111 527	Neuemission	9. Februar 2009	9 Monate fälltig 25. November 2009	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115285 WKN 111 528	Neuemission	16. Februar 2009	6 Monate fälltig 12. August 2009	7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115293 WKN 111 529	Neuemission	23. Februar 2009	12 Monate fälltig 24. Februar 2010	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115301 WKN 111 530	Neuemission	16. März 2009	6 Monate fälltig 16. September 2009	7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115319 WKN 111 531	Neuemission	23. März 2009	9 Monate fälltig 16. Dezember 2009	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115327 WKN 111 532	Neuemission	30. März 2009	12 Monate fälltig 31. März 2010	5 Mrd. €
1. Quartal 2009 insgesamt				ca. 51 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- BIP-Rückgang beschleunigte sich im 1. Quartal 2009.
- Anstieg der Arbeitslosigkeit hat sich fortgesetzt.
- Privater Konsum ist geprägt von der Umweltprämie.
- Preisentwicklung verläuft weiter in ruhigen Bahnen.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Sog der weltwirtschaftlichen Abwärtsentwicklung. Der Einbruch der Auslandsnachfrage hat die deutsche Binnenkonjunktur mit voller Wucht getroffen. Sämtliche Wirtschaftsdaten signalisieren die heftigste Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Dies schlägt sich in einer Beschleunigung des Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu Jahresbeginn gegenüber dem Schlussquartal 2008 nieder. So verringerte sich gemäß Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 15. Mai 2009 das BIP im 1. Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 3,8 %. Die heftigsten negativen Einflüsse auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts gingen vom Außenbeitrag und den Anlageinvestitionen aus. Hier zeigen sich die Belastungen im Zusammenhang mit dem Einbruch der Auslandsnachfrage. Dagegen ist der private Konsum den Indikatoren zufolge im Quartalsverlauf spürbar angestiegen; die Einführung der Umweltprämie hat die Pkw-Käufe privater Haushalte stark begünstigt.

Die negativen Auswirkungen der Rezession werden auf dem Arbeitsmarkt – mit zeitlicher Verzögerung – immer deutlicher sichtbar. So hat die Zahl der Arbeitslosen seit November vergangenen Jahres spürbar zugenommen. Gleichzeitig wurde Beschäftigung abgebaut. Die Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt sowie die starke Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität treten auch

im Bereich der Steuereinnahmen immer offener zutage. Die Steuern vom Umsatz stagnierten vom Januar bis April gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nahezu. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer verringerten sich zuletzt zwar deutlich. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass im April der einmalig gewährte Kinderbonus zur Auszahlung gekommen war und die rückwirkende Senkung des Einkommensteuertarifs berücksichtigt wurde.

Die in die Zukunft weisenden Indikatoren signalisieren zusammen mit den anhaltend schlechten außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, dass die Schwächephase der deutschen Wirtschaft vorerst anhalten dürfte. Allerdings gibt es Anzeichen, dass sich der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität ab dem 2. Quartal verlangsamen könnte. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich die Konjunkturindikatoren – ungeachtet einer teilweisen Stabilisierung am aktuellen Rand – auf einem äußerst niedrigen Niveau befinden.

Die Detailergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 1. Quartal werden zwar erst nach Redaktionsschluss am 26. Mai 2009 bekanntgegeben. Die vorhandenen Konjunkturindikatoren lassen aber bereits Entwicklungstendenzen der einzelnen Nachfrageaggregate erkennen.

Der Abwärtstrend der nominalen Warenexporte hat sich im 1. Quartal gegenüber dem Schlussquartal des

Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

vergangenen Jahres spürbar verstärkt, obgleich es im März zu einem leichten Anstieg gekommen war (saisonbereinigt). Auch nach Ursprungswerten wurde im 1. Quartal 2009 das entsprechende Vorjahresniveau sehr stark unterschritten. Die Ausfuhren im März waren gegenüber dem Vorjahr ebenfalls weiter rückläufig. Nach Ländergruppen gingen die Exporte in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union (EU) im 1. Quartal überdurchschnittlich zurück (- 25,7 % gegenüber dem Vorjahr). Aber auch Exporte in den Euroraum und in Drittländer gaben deutlich nach (jeweils - 19,6 %). Die Exportentwicklung dürfte vorerst verhalten bleiben, wenngleich sich der Rückgang abschwächen könnte. So ist die Auslandsnachfrage trendmäßig weiterhin rückläufig, auch wenn sich die Abwärtsdynamik verlangsamt hat. Des Weiteren sind die ifo-Exporterwartungen für die nächsten drei Monate zuletzt zwar angestiegen, liegen aber auf einem sehr niedrigen Niveau. Internationale Organisationen haben ihre Schätzungen für die Weltwirtschaft und den Welthandel deutlich nach unten revidiert. Der IWF und die Europäische Kommission prognostizieren einen Rückgang des Welt-BIP um rund 1½ % und einen Einbruch des Welthandels um rund 11 %. Die deutsche Exportwirtschaft wird, insbesondere durch die wirtschaftliche Abschwächung in den Handelspartnerländern der EU sowie in den Schwellenländern, stark belastet.

Auch die nominalen Warenimporte setzten ihre abwärtsgerichtete Tendenz fort. Sie verzeichneten im 1. Quartal saisonbereinigt ein deutliches Minus, das jedoch nicht so hoch ausfiel wie das der Exporte. Nach Ursprungswerten wurde das Vorjahresniveau allerdings erheblich unterschritten. Angesichts des hohen Anteils an importierten Vorleistungen bei den Exporten und der rückläufigen Inlandsnachfrage dürfte der rückläufige Trend vorerst anhalten.

Im März wurde die bis zuletzt anhaltende Verschlechterung der Industriekennzahlen in saisonbereinigter Betrachtung vorerst gestoppt. Angesichts des Einbruchs in den vergangenen Monaten ist das Niveau der Indikatoren jedoch noch äußerst niedrig und ihre Entwicklungstendenz noch abwärts gerichtet. So hat sich der Rückgang der industriellen Produktion – ungeachtet der Dämpfung der Abwärtsdynamik im März – im 1. Quartal spürbar beschleunigt. Besonders stark ausgeprägt war dabei der Rückgang der Herstellung von Investitionsgütern, die rund 19 % unter dem Niveau des Vorquartals lag. Dies spricht für eine erhebliche Beschleunigung der Abwärtsentwicklung der Ausrüstungsinvestitionen. Die Investitionstätigkeit wird durch die deutliche Verringerung der Kapazitätsauslastung der Unternehmen belastet. Das Ausmaß der Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität im Konsumgüterbereich war dagegen deutlich geringer.

Die Industrieumsätze wiesen nach sieben Rückgängen in Folge im März gegenüber dem Vormonat wieder ein deutliches Plus auf, was vor allem auf einen Umsatzanstieg im Investitionsgüterbereich zurückzuführen ist. Im Vorquartalsvergleich sanken die industriellen Umsätze jedoch mit einer zweistelligen Rate. Dabei war der Umsatzrückgang auf den ausländischen Märkten wesentlich höher als im Inland. Dies zeigt zum einen die erhebliche Schwäche der Weltwirtschaft und zum anderen die daraus resultierende zunehmende Belastung der Binnenwirtschaft.

Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2008		Veränderung in % gegenüber					
	in Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			3. Q.08	4.Q.08	1.Q.09	3. Q.08	4.Q.08	1.Q.09
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	110,1	+1,3	-0,5	-2,2	-3,8	+1,4	-1,7	-6,7
jeweilige Preise	2 492	+2,9	-0,3	-1,3	-3,8	+2,8	+0,5	-5,1
Einkommen¹								
Volkseinkommen	1 880	+2,9	+0,1	-2,5	.	+2,9	-0,3	.
Arbeitnehmerentgelte	1 226	+3,6	+0,8	+0,6	.	+3,9	+3,5	.
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	654	+1,7	-1,2	-8,3	.	+1,4	-8,1	.
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 552	+2,5	+0,6	-0,2	.	+3,0	+1,3	.
Bruttolöhne u. -gehälter	996	+3,9	+0,9	+0,3	.	+4,3	+3,6	.
Sparen der privaten Haushalte	182	+8,6	+1,9	+3,9	.	+10,0	+9,3	.
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2008		Veränderung in % gegenüber					
	in Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Feb 09	Mrz 09	Dreimonats-durchschnitt	Feb 09	Mrz 09	Dreimonats-durchschnitt
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	81	-0,6	+11,0	.	-6,7	-21,3	.	-9,7
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	993	+2,8	-1,3	+0,7	-13,9	-23,5	-15,8	-20,9
Waren-Importe	814	+5,7	-4,8	+0,8	-9,7	-16,9	-11,6	-14,1
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100)²	111,5	-0,0	-3,4	+0,0	-12,0	-21,0	-20,3	-19,8
Industrie ³	113,1	+0,3	-3,4	-0,4	-13,8	-22,7	-22,8	-21,8
Bauhauptgewerbe	108,2	-0,6	+1,9	+7,6	-0,2	-14,6	+4,9	-9,2
Umsätze im Produzierenden Gewerbe²								
Industrie (Index 2005 = 100) ³	112,7	-0,3	-4,1	+1,7	-14,2	-24,3	-22,4	-22,7
Inland	108,8	+0,1	-4,4	+2,2	-10,4	-20,7	-18,2	-18,9
Ausland	117,3	-0,7	-3,8	+1,0	-18,3	-28,2	-27,0	-26,7
Auftragseingang (Index 2005 = 100)²								
Industrie ³	111,3	-7,0	-3,1	+3,3	-14,5	-36,1	-33,1	-34,4
Inland	108,3	-5,7	-5,5	+1,1	-10,9	-30,7	-29,4	-29,1
Ausland	113,9	-8,2	-0,9	+5,6	-17,5	-40,5	-36,0	-38,7
Bauhauptgewerbe	102,8	-4,2	-5,8	.	-5,0	-15,2	.	-16,7
Umsätze im Handel (Index 2005=100)								
Einzelhandel								
(ohne Kfz. und mit Tankstellen)	96,6	-0,6	+0,0	-0,4	-1,0	-6,1	-0,8	-3,0
Handel mit Kfz	91,1	-5,1	+17,6	-3,1	+9,3	-0,9	+12,8	-1,1

Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2008		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen in Mio.	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Feb 09	Mrz 09	Apr 09	Feb 09	Mrz 09	Apr 09
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,27	-13,5	+52	+71	+58	-66	+78	+171
Erwerbstätige, Inland	40,35	+1,5	-16	-43	.	+60	-50	.
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,46	+2,2	-18	.	.	+166	.	.
Preisindizes	2008		Veränderung in % gegenüber					
2005=100	Index	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
Importpreise	109,9	+4,5	-0,1	-0,4	.	-6,4	-7,1	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	112,7	+5,5	-0,5	-0,7	.	+0,9	-0,5	.
Verbraucherpreise	106,6	+2,6	+0,6	-0,1	+0,0	+1,0	+0,5	+0,7
ifo-Geschäftsclimate	saisonbereinigte Salden							
gewerbliche Wirtschaft	Sep 08	Okt 08	Nov 08	Dez 08	Jan 09	Feb 09	Mrz 09	Apr 09
Klima	-15,3	-20,6	-28,9	-35,2	-34,5	-35,4	-36,2	-33,1
Geschäftslage	-4,7	-4,6	-14,1	-25,7	-29,7	-34,6	-37,7	-36,0
Geschäftserwartungen	-25,2	-35,2	-42,4	-44,2	-39,0	-36,2	-34,8	-30,2

¹ Quartale Rechenstand Februar 2009.

² Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

³ Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Die Auftragseingänge in der Industrie überraschten im März mit einem kräftigen Plus gegenüber dem Vormonat, in dem noch ein spürbarer Rückgang verzeichnet worden war. Das industrielle Bestellvolumen erreichte im März wieder das Niveau von Januar, wodurch der Rückgang im Vormonat ausgeglichen wurde. Die Auftragseingänge in der Industrie waren zuletzt im August des vergangenen Jahres gestiegen. Vor allem die Bestellungen aus dem Ausland zeigten einen deutlichen Anstieg, der maßgeblich auf stark überdurchschnittliche Großaufträge im Investitionsgüterbereich zurückzuführen ist. Der Nachfrageanstieg könnte teilweise auch eine technische Reaktion auf den vorangegangenen Einbruch des Bestellvolumens in der Industrie darstellen. Die binnenwirtschaftliche Nachfrage blieb vergleichsweise verhalten. Ungeachtet des

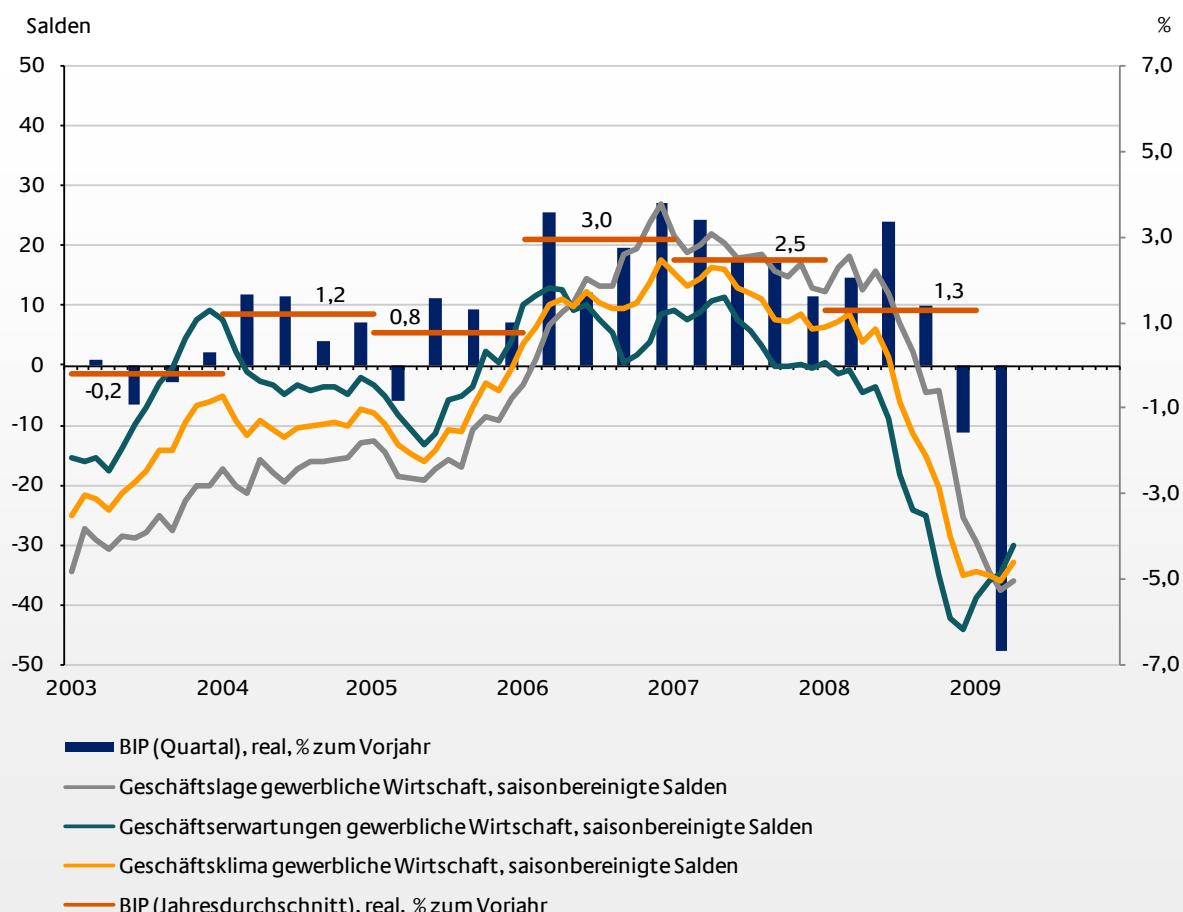
jüngsten Anstiegs lag das Ordervolumen in der Industrie im 1. Quartal 2009 fast 15 % unter dem Niveau des Vorquartals.

Der Rückgang der Produktion und der Inlandsaufträge von Investitionsgütern im 1. Quartal dürfte durch die Umweltprämie gedämpft worden sein. Darauf deutet eine kräftige Ausweitung der Produktion (im März) und der Bestellungen von Kfz und Kfz-Teilen (seit Januar) hin. Ungeachtet dieser – maßgeblich durch die Umweltprämie hervorgerufenen – Sonderentwicklung lag die Erzeugung in dieser Branche vor allem aufgrund des Produktionseinbruchs zum Jahresende 2008 rund 20 % unter dem Niveau des Vorquartals. Die Zunahme der Inlandsbestellungen für Kfz und Kfz-Teile im 1. Quartal spricht für eine weitere Begünstigung der Produktion in diesem Bereich.

Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsclima



Ungeachtet der Stabilisierung der industriellen Indikatoren am aktuellen Rand – die qualitativ im Einklang mit dem leichten Anstieg des ifo-Geschäftsclimaindex für das Verarbeitende Gewerbe stehen – war das 1. Quartal 2009 insgesamt von einem zuletzt beispiellosen Einbruch der Industriekonjunktur gekennzeichnet.

Der Baubereich dürfte die gesamtwirtschaftliche Aktivität im 1. Quartal belastet haben. Die Produktion im Bauhauptgewerbe wurde zwar im Monat März deutlich ausgeweitet, im gesamten ersten Vierteljahr wirken sich aber noch die erheblichen witterungsbedingten Produktionsausfälle im Januar aus. Die

Aussichten stellen sich uneinheitlich dar. So sind die Auftragseingänge für den Tiefbau im Januar/Februar (saisonbereinigt gegenüber November/Dezember) sehr stark angestiegen (knapp 10%). Hochbau ohne Wohnungsbau und Wohnungsbau verzeichneten dagegen Nachfragerückgänge jeweils in dieser Größenordnung.

Die weiter in die Zukunft weisenden Indikatoren zeigen an, dass sich die Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im 2. Quartal 2009 verlangsamen könnte. Dabei wird die Entwicklung im industriellen Bereich voraussichtlich durch die kräftigen Auftragsrückgänge der vergangenen Monate weiterhin belastet sein.

Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Der private Konsum hat im 1. Quartal dieses Jahres von der durch die Umweltprämie hervorgerufenen Ausweitung der privaten Käufe von Pkw profitiert. Die Zahl der privaten Pkw-Neuzulassungen lag im ersten Jahresviertel saisonbereinigt um 80,2 % über dem Niveau des Vorquartals. Obwohl bei den realen Einzelhandelsumsätze im Bereich des Kfz-Handels im März ein Rückgang gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen war, stiegen die Umsätze im Durchschnitt des 1. Quartals spürbar an. Zugleich waren jedoch die realen Einzelhandelsumsätze ohne Kfz im gleichen Zeitraum rückläufig. Die Kaufzurückhaltung in diesem Bereich dürfte sowohl die weiterhin eingetrübten Einkommenserwartungen der privaten Haushalte als auch Substitutionseffekte im Zusammenhang mit Neuwagenkäufen widerspiegeln. Während die Zahl der privaten Pkw-Neuzulassungen im Monat April nochmals anstieg, deutet die Lagebeurteilung im Einzelhandel – ungeachtet einer leichten Erholung im April – weiterhin auf eine verhaltene Kaufneigung der privaten Haushalte hin.

Die an den Einzelhandelszahlen ablesbare Kaufzurückhaltung dürfte zugleich Ausdruck der sich zunehmend verschlechternden Situation am Arbeitsmarkt und den damit verbundenen eingetrübten Einkommensperspektiven der privaten Haushalte sein. Im März stieg die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen erneut deutlich an, und zwar um 58 000 Personen gegenüber dem Vormonat. Im Vorjahresvergleich (Ursprungswerte) erhöhte sich die Arbeitslosenzahl um 171 000 Personen. Obwohl die im Rahmen der Konjunkturprogramme ergriffenen Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderung der Kurzarbeit den Anstieg der Arbeitslosigkeit bis zuletzt noch abgemildert haben dürften, sind die Folgen der Rezession nun immer deutlicher am Arbeitsmarkt erkennbar. Die Arbeitslosenquote (BA-Konzept) nahm im April um 0,5 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr zu und liegt nun bei 8,6 % (West: 7,2 %, Ost: 13,9 %). Die

Erwerbstätigkeit war im März erneut rückläufig. In saisonbereinigter Betrachtung blieb die Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) um 43 000 Personen hinter der des Vormonats zurück. Im Vorjahresvergleich kam es damit erstmalig seit Februar 2006 zu einem Rückgang der Erwerbstätigkeit (- 50 000 Personen). Dennoch lag die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse im Februar weiterhin deutlich über dem Stand des Vorjahrs (+ 166 000), wenn sich auch der Abstand nochmals spürbar verringert hat. Der erneute Rückgang des BA-X Stellenindex im April deutet darauf hin, dass sich der Beschäftigungsabbau im Jahresverlauf weiter fortsetzen und zunehmend verstärken dürfte. Aufgrund der schlechten Absatzperspektiven sowie der rückläufigen Kapazitätsauslastung wollen immer mehr Unternehmen Personal abbauen. Diesen Trend berücksichtigte auch die Bundesregierung in ihrer jüngsten Frühjahrsprojektion für das Jahr 2009. Sie geht von einem jahresdurchschnittlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit um 450 000 Personen aus.

Die Jahresteuerungsrate des Verbraucherpreisindex (VPI) stieg im April zwar auf 0,7 % an; im Vormonatsvergleich blieb das Preisniveau jedoch unverändert. Während sich die Preise für Kraftstoffe und Heizöl im April gegenüber dem Vorjahr mit zweistelligen Raten verbilligten, wurde für Pauschalreisen ein deutlicher Anstieg (+ 16,5 %) verzeichnet. Dieser Anstieg dürfte jedoch auf einen Kalendereffekt zurückzuführen sein, der sich aus der gegenüber dem Vorjahr abweichenden Lage des Osterfestes ergab. Nahrungsmittelpreise lagen im April erstmals seit März 2006 wieder unter dem Niveau des Vorjahrs (- 0,6 %).

In den nächsten Monaten ist weiterhin mit einem ruhigen Preisklima zu rechnen. Aufgrund der anhaltenden Schwäche der Weltwirtschaft dürfte der Rohölpreis weiterhin auf niedrigem Niveau verharren. Die Jahresteuerungsrate könnte aufgrund von Basiseffekten vorübergehend negative Werte

► Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

aufweisen, da der kräftige Preisanstieg in der ersten Jahreshälfte 2008 sich nun dämpfend auf die Vorjahresrate auswirkt. Bei Betrachtung des derzeitigen Niveaus der Kerninflationsrate sollte aus vorübergehend negativen Vorjahresraten jedoch nicht auf deflationäre Tendenzen geschlossen werden.

Im März setzte sich der seit November 2008 zu beobachtende Rückgang des Importpreisindex fort. Gegenüber dem Vorjahr war das Importpreisniveau um 7,1% niedriger. Hierfür

war vor allem erneut die deutliche Verbilligung von Importen von Rohöl und Mineralölerzeugnissen ausschlaggebend. Erdgas war dagegen deutlich teurer als vor einem Jahr. Dennoch waren die Importpreise auch ohne Berücksichtigung der Energiekomponente sowohl im Vormonatsvergleich (- 0,3%) als auch im Vorjahresvergleich (- 2,5%) rückläufig.

Übersichten und Termine

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS MÄRZ 2009

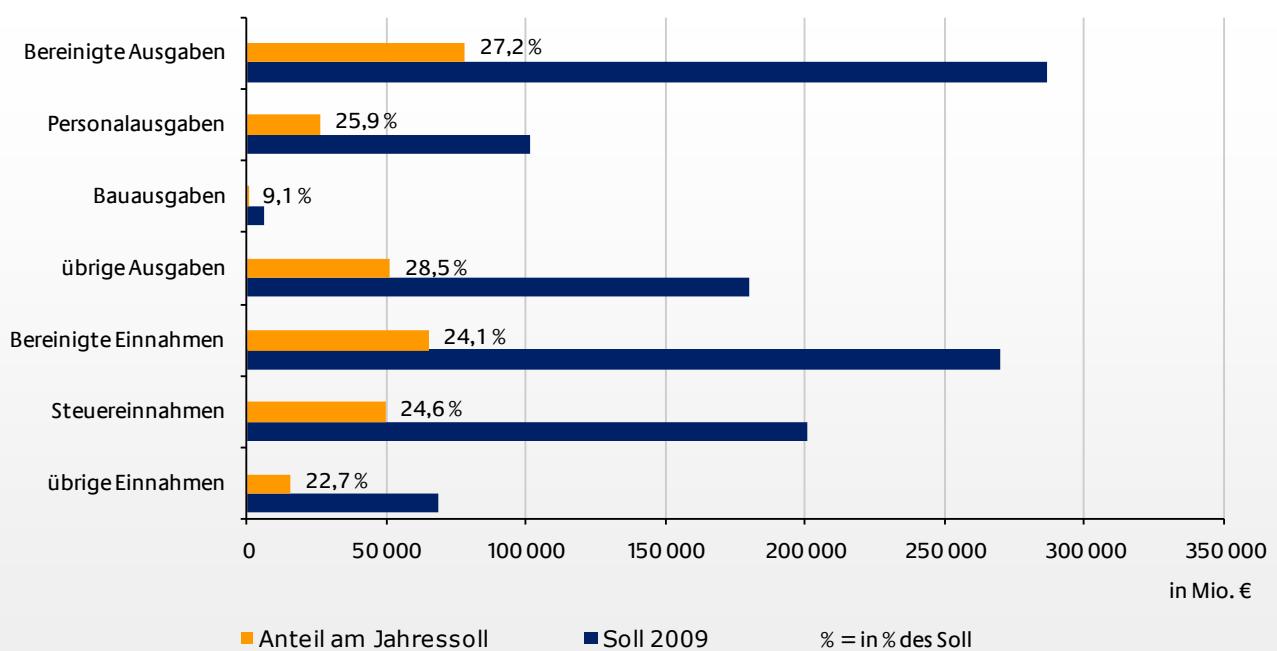
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2009

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich März 2009 vor.

Die Entwicklung der Länderhaushalte verläuft im 1. Quartal des Jahres – auch aufgrund von Sondereffekten – deutlich ungünstiger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen der Ländergesamtheit verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um -3,6 %, während die Ausgaben um +10,4 % anstiegen. Die Steuereinnahmen der

Ländergesamtheit sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit -1,4 % rückläufig. Während bei den Stadtstaaten ein Rückgang von -5,7 % und bei den ostdeutschen Flächenländern von -5,5 % ausgewiesen wurde, stagnierten die Steuereinnahmen bei den westdeutschen Flächenländern auf Vorjahresniveau. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt betrug am Ende des Berichtszeitraums rund -12,9 Mrd. € und verschlechterte sich damit gegenüber dem Vorjahreswert um rund 9,7 Mrd. €.

Länder insgesamt

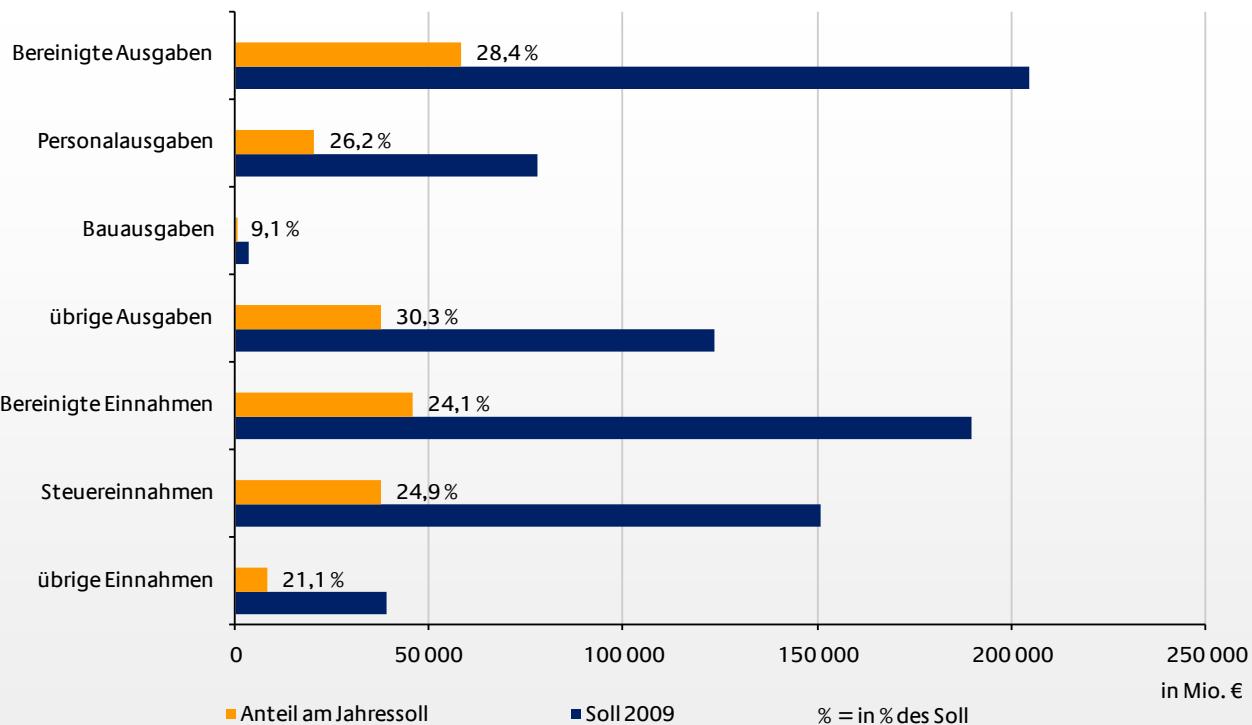


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Übersichten und Termine

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS MÄRZ 2009

Flächenländer West

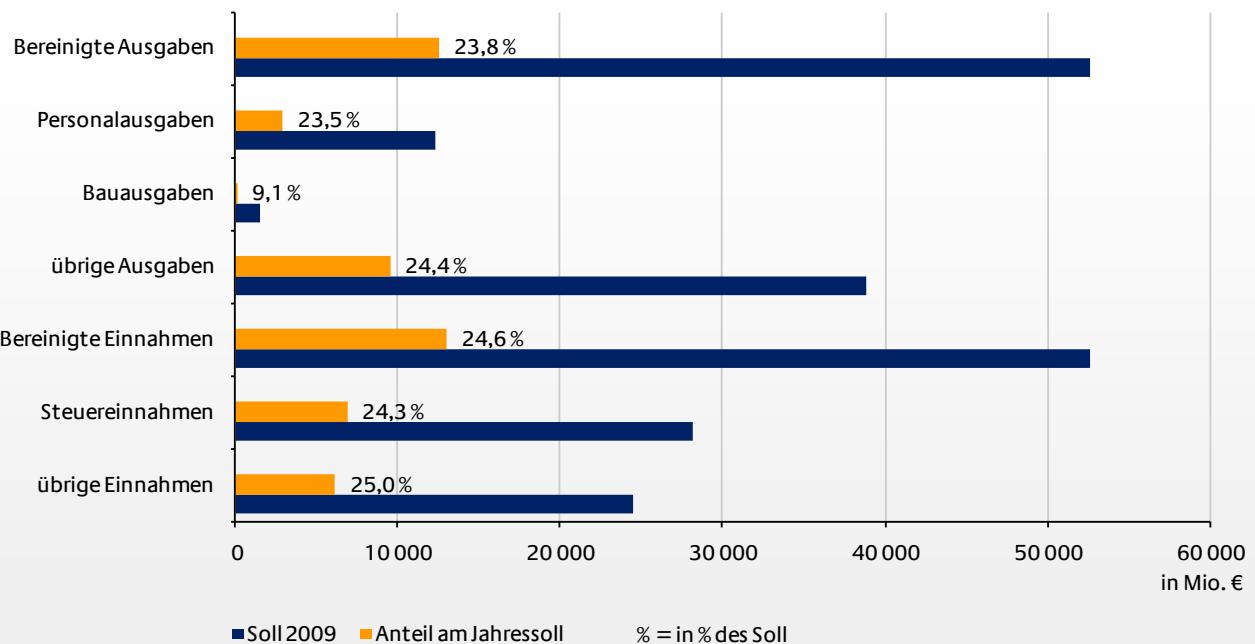


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Übersichten und Termine

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS MÄRZ 2009

Flächenländer Ost

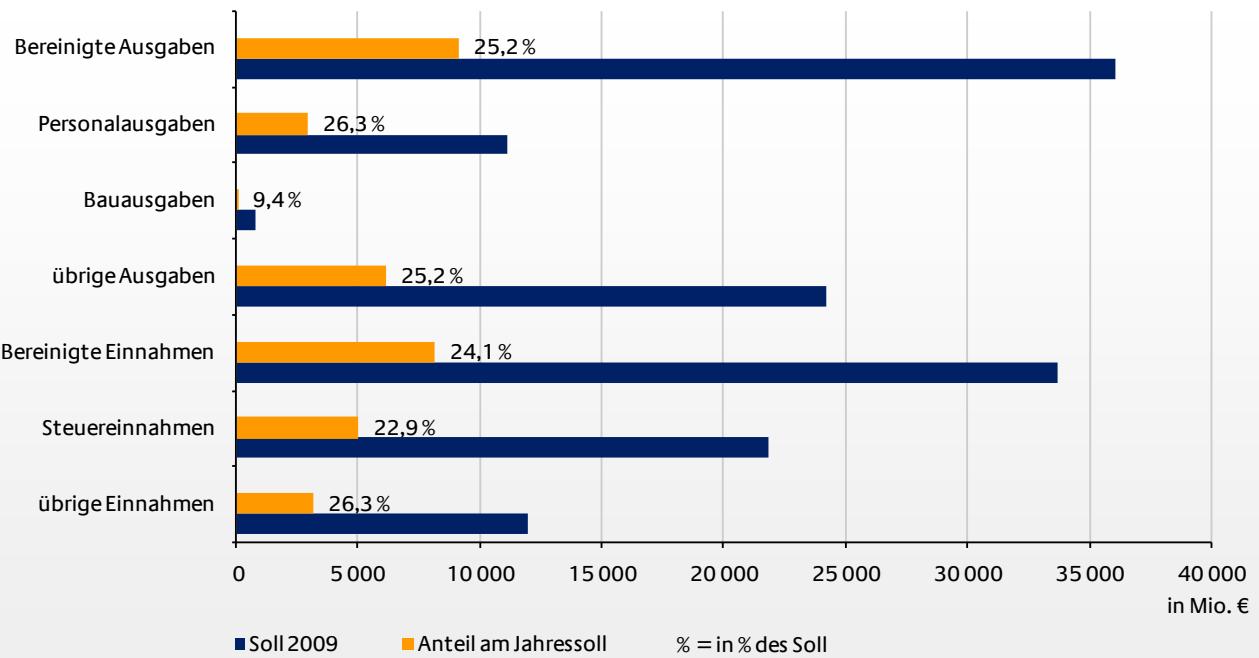


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Übersichten und Termine

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Stadtstaaten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Übersichten und Termine

EUROPAISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 5. Mai 2009 in Brüssel

Wirtschaftliche und finanzielle Lage

EU-Kommissar Joaquín Almunia hat die am 4. Mai 2009 vorgelegte Frühjahrsprognose zur Konjunkturentwicklung und Entwicklung der öffentlichen Defizite erläutert. Die Kommission erwartet für die EU einen Rückgang des Wachstums um 4,0 % im Jahr 2009 und eine weitere leichte Abschwächung um 0,1% im Jahr 2010. Für Deutschland wird 2009 ein Rückgang um 5,4 % erwartet. Im Jahr 2010 soll in Deutschland jedoch die Wirtschaft bereits wieder leicht um 0,3 % wachsen. Die Haushaltsdefizite der Mitgliedstaaten werden 2009 und 2010 im Durchschnitt bei 6,0 % beziehungsweise 7,3 % liegen. Neben den sieben bereits laufenden Defizitverfahren werden gegenüber Litauen, Polen, Rumänien und Malta neue Defizitverfahren eingeleitet. Die Kommission stellte in ihren Ausführungen einen erheblichen fiskalischen Impuls zur Stabilisierung der Konjunktur in Höhe von insgesamt rund 5 % des BIP für 2009/10 fest. Davon entfielen 1,8 % auf diskretionäre Maßnahmen, 2,7 % auf automatische Stabilisatoren und 0,5 % auf außerbudgetäre Maßnahmen.

Minister Peer Steinbrück stellte fest, dass Konjunkturprogramme ihre Wirkung nicht entfalten könnten, wenn zentrale Probleme im Finanzsektor nicht gelöst sind. Hierzu zählten u. a. die Bereinigung der Bankbilanzen von „impaired assets“ sowie die Gefahr einer Kreditklemme für Staat und Unternehmen. Es sei daher wenig sinnvoll, in einem solchen Szenario über weitere Konjunkturprogramme nachzudenken.

Zu den internationalen Rechnungslegungsstandards forderten die Finanzminister Deutschlands und der Niederlande sowie die französische Finanzministerin die Kommission auf,

schriftlich darzulegen, ob die Änderungen in den USA die Wettbewerbsbedingungen zu Lasten Europas verschoben haben. Die Kommission sicherte dies zu.

Zudem erzielten die ECOFIN-Minister eine politische Verständigung über die Verdoppelung des Plafonds der EU-Zahlungsbilanzhilfe von derzeit 25 Mrd. € auf 50 Mrd. €. Im Vorfeld der ECOFIN-Sitzung konnte darüber hinaus eine Verständigung über die Gewährung einer EU-Zahlungsbilanzhilfe für Rumänien in Höhe von 5 Mrd. € im Rahmen eines Gesamtpakets gefunden werden.

Qualität und Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Der ECOFIN-Rat hat Ratsschlussfolgerungen zu folgenden Aspekten der Finanzpolitik verabschiedet: Konsequenzen der Bevölkerungsalterung (Ageing Report), Festlegung neuer Mittelfristziele (MTOs) unter Berücksichtigung der impliziten Verbindlichkeiten auf Basis der neuen Alterungskostenberechnungen und Qualität der öffentlichen Finanzen.

Fünf Jahre nach der EU-Erweiterung

Der ECOFIN-Rat hat Ratsschlussfolgerungen zum Thema „Fünf Jahre nach der Erweiterung“ verabschiedet, in denen die Entwicklungen und Erfahrungen im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung bewertet werden.

Dialog mit Drittländern

Kommissar Charlie McCreevy berichtete über die Fortschritte beim Dialog mit wichtigen Drittstaaten. Hierbei ging es insbesondere um

Übersichten und Termine

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Regulierungen im Bereich Finanzdienstleistungen.

Steuern

Tabakwaren-Richtlinie

Die Kommission hat dem Rat im Herbst 2008 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung bestehender Richtlinien hinsichtlich der Struktur und der Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabakwaren vorgelegt. Die Präsidentschaft hat auf dieser Grundlage ein Eckpunktepapier erarbeitet, das im Rahmen des ECOFIN-Mittagessens im März dieses Jahres erstmals von den Ministern diskutiert wurde. Im ECOFIN-Rat fand nun eine intensive Diskussion statt, eine Einigung konnte jedoch noch nicht erreicht werden. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wurde beauftragt, weiter an einer Lösung der offenen Punkte zu arbeiten.

Mitteilung über die Förderung der verantwortungsvollen Führung („Good Governance“) in Steuerfragen

Die EU ist bestrebt, Drittländer zu guter Regierungsführung im Steuerbereich zu bewegen (Grundsatz der Transparenz, Informationsaustausch, fairer Steuerwettbewerb). Dies soll zur Bekämpfung von Steuerbetrug, Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung beitragen. Der ECOFIN-Rat einigte sich am 14. Mai 2008 auf Ratsschlussfolgerungen, mit denen der Kommission ein Mandat für entsprechende Verhandlungen von Steuerfragen mit Drittländern gegeben wird. Die Schlussfolgerungen enthalten eine Klausel, die in relevanten Abkommen der EU und der Mitgliedstaaten mit Drittländern (z. B. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) für diesen Zweck aufgenommen werden soll. Die Kommission hat Ende April dieses Jahres eine Mitteilung zur guten Regierungsführung im Steuerbereich verabschiedet. Kommissar László Kovács hat diese im ECOFIN-Rat vorgestellt und über den Stand der

Verhandlungen mit Liechtenstein über ein Betrugsbekämpfungsabkommen berichtet. Er kündigte an, in Kürze Vorschläge für Mandate zur Verhandlung von Abkommen mit weiteren europäischen Drittstaaten vorlegen zu wollen.

Haushaltsplanvorentwurf für 2010

Kommissar László Kovács hat in Vertretung für Kommissarin Dalia Grybauskaité den Haushaltsvorentwurf der Kommission für 2010 vorgestellt. Da die weiteren Verfahrensschritte unter schwedischer Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2009 stattfinden, hat Schweden für diesen Tagesordnungspunkt den Vorsitz übernommen. Der ECOFIN-Rat hat das Dossier an den Haushaltsausschuss des Rates zur Vorbereitung des Budget-Rates im Juli 2009 überwiesen.

Sonstiges

Informationen über den Stand der Arbeiten betreffend die Regulierung der Finanzdienstleistungen

Die Präsidentschaft hat die Minister darüber unterrichtet, dass zu folgenden Rechtsakten eine Einigung zwischen Rat und EP erzielt werden konnte:

- a) Verordnung über Rating-Agenturen
- b) Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen in €
- c) E-Geld-Richtlinie
- d) Solvabilität-II-Richtlinie

Zusammenkunft mit den Beitrittskandidaten

Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei

Der jährliche Dialog dient dazu, beitrittswillige Länder auf die Haushaltüberwachung und wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU vorzubereiten. Hierzu legen die

► Übersichten und Termine

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Beitrittskandidaten jährlich Programme vor, in denen sie ihre mittelfristige Finanz- und Wirtschaftspolitik erläutern. Dieses Jahr wurde das türkische Programm jedoch so spät unterbreitet, dass es noch nicht behandelt

werden konnte. In den Schlussfolgerungen der Präsidentschaft wird insbesondere auf die Risiken hoher Leistungsbilanzdefizite, Auslandsverschuldung und Haushaltsdefizite hingewiesen.

Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

26./27. Mai 2009	Nordisch-baltische Finanzministerkonferenz in Stockholm
8./9. Juni 2009	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
12./13. Juni 2009	G8-Finanzminister-Treffen
18./19. Juni 2009	Europäischer Rat in Brüssel
23. Juni 2009	Internationale Konferenz zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Steuerhinterziehung in Berlin
6./7. Juli 2009	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2010

12. bis 14. Mai 2009	Steuerschätzung
bis 12. Juni 2009	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
22. Juni 2009	Zuleitung an Kabinett
24. Juni 2009	Kabinettsbeschluss
8. Juli 2009	Finanzplanungsrat
7. August 2009	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Juni 2009	Mai 2009	22. Juni 2009
Juli 2009	Juni 2009	20. Juli 2009
August 2009	Juli 2009	20. August 2009
September 2009	August 2009	21. September 2009
Oktober 2009	September 2009	22. Oktober 2009
November 2009	Oktober 2009	20. November 2009
Dezember 2009	November 2009	21. Dezember 2009

► Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹

Telefax: 01805 / 77 80 94¹

¹Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet:

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

<http://www.bmf.bund.de>

Analysen und Berichte

Analysen und Berichte

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 12. bis 14. Mai 2009	37
Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009	43
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2009	54
Ergebnisse der IWF-Frühjahrstagung und des G7-Finanzminister-Treffens	58
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	63

Analysen und Berichte

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 12. BIS 14. MAI 2009

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 12. bis 14. Mai 2009

1	Steuerrechtsänderungen.....	37
2	Gesamtwirtschaftliche Annahmen.....	38
3	Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“	39
4	Finanzpolitische Schlussfolgerungen	40

- Der Konjunktureinbruch und steuerliche Maßnahmen zu seiner Bekämpfung haben massive Steuerausfälle zur Folge.
- Die öffentlichen Haushalte nehmen in den Jahren 2009 bis 2012 insgesamt 316 Mrd. € weniger ein als zuletzt geschätzt.
- Gegenüber der November-Steuerschätzung ergeben sich für den Bund für das laufende Jahr Mindereinnahmen in Höhe von 21,5 Mrd. €, die bereits teilweise im 1. Nachtragshaushalt 2009 berücksichtigt wurden.

Vom 12. bis 14. Mai 2009 fand in Bad Kreuznach auf Einladung des rheinland-pfälzischen Ministeriums der Finanzen die 134. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2009 bis 2013.

1 Steuerrechtsänderungen

Für das Jahr 2009 wurden gegenüber der vorangegangenen Steuerschätzung vom November 2008 die finanziellen Auswirkungen der nachstehenden Gesetze erstmals einbezogen:

- Gesetz zur Schaffung einer Nachfolgeregelung und Änderung des Investitionszulagengesetzes 2007
- Jahressteuergesetz 2009
- Gesetz zur Modernisierung und Entbürokratisierung des Steuerverfahrens (Steuerbürokratieabbauigesetz)
- Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakts „Beschäftigungssicherung durch

Wachstumsstärkung“ (sogenanntes Konjunkturpaket I)

- Gesetz zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (Familienleistungsgesetz)
- Gesetz zur Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts (Erbschaftsteuerreformgesetz)
- Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (sogenanntes Konjunkturpaket II)
- Gesetz zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung (Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz)
- Drittes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft (Drittes Mittelstandsentlastungsgesetz)
- Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer und Änderung anderer Gesetze
- Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 106, 106b, 107, 108)

Analysen und Berichte

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 12. BIS 14. MAI 2009

- Gesetz zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen (Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung) (mit Stand Regierungsentwurf)
- Gesetz zur Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungspauschale
- Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz)
- Gesetz zur Änderung der Förderung von Biokraftstoffen (mit Stand Bundestagsbeschluss)
- Gesetz zur Änderung des Fünften Vermögensbildungsgesetzes („Bildungssparen“)

Für die Jahre 2010 bis 2013 wurden zusätzlich berücksichtigt:

- Finanzielle Auswirkungen des EuGH-Urteils „Meilicke“
- Eigenheimrentengesetz
- Gesetz zur Modernisierung des Wagniskapitalmarktes

2 Gesamtwirtschaftliche Annahmen

Neben den Steuerrechtsänderungen prägt die in der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung das Ergebnis der Steuerschätzung. Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Abwärtssog der weltwirtschaftlichen Krise. Die gesamtwirtschaftliche Aktivität hat sich im 1. Quartal dieses Jahres beschleunigt abgeschwächt. Das Bruttoinlandsprodukt ging kalender-, saison- und preisbereinigt um 3,8 % gegenüber dem Vorquartal zurück. Dies ist die größte Abnahme des Bruttoinlandsprodukts

seit der Einführung und Veröffentlichung amtlicher Quartalsergebnisse im Jahr 1970. Erst für die 2. Jahreshälfte ist mit einer konjunkturellen Stabilisierung zu rechnen. Die Bundesregierung hat deshalb – wie andere Institutionen – ihre Erwartungen zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber den vorangegangenen Schätzterminen deutlich nach unten korrigiert. War im November vergangenen Jahres für das Jahr 2009 noch ein Zuwachs des nominalen BIP von + 2,0 % angenommen worden, so geht die aktuelle Prognose von einem Rückgang um - 5,3 % aus. Für das Jahr 2010 wird im Zuge der erwarteten Erholung der Wirtschaft ein leichter Zuwachs beim nominalen BIP von + 1,2 % unterstellt. In den Folgejahren beschleunigt sich der Anstieg auf + 3,3 %.

Auch bei den für die Steuerschätzung relevanten Einkommensaggregaten waren deutliche Korrekturen notwendig. So wurden die Niveaus der Bruttolöhne und -gehälter und der Unternehmens- und Vermögenseinkommen für den gesamten kurz- und mittelfristigen Schätzzeitraum deutlich nach unten angepasst.

Betrachtet man die Veränderungsraten der für die Steuerschätzung relevanten Aggregaten (vgl. Tabelle 1), so werden für die Jahre ab 2010 vor dem Hintergrund des Einbruchs im Jahre 2009 im Vergleich zur Mai-Schätzung 2008 teilweise höhere Zuwachsraten angenommen. Die Bruttolohn- und Gehaltsumme geht in diesem und im nächsten Jahr infolge von Kurzarbeit und sinkender Beschäftigung zurück. Erst ab 2011 wird wieder mit Zuwachsen von + 2,8 % gerechnet. Bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen ist der Einbruch in diesem Jahr mit - 18,3 % massiv. Hier wird aber bereits ab 2010 mit einer beginnenden Erholung gerechnet. Die für die Entwicklung der Umsatzsteuer maßgebliche sogenannte modifizierte letzte inländische Verwendung entwickelt sich durchgängig schwächer als in der letzten Mittelfristschätzung erwartet.

Analysen und Berichte

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 12. BIS 14. MAI 2009

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Vorgaben des interministeriellen Arbeitskreises „Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen“ für die Steuerschätzung Mai 2009 im Vergleich zur jeweils letzten Steuerschätzung Veränderungen in %

	2009		2010		2011		2012		2013
	Steuer-schätzung November 2008	Steuer-schätzung Mai 2009	Steuer-schätzung Mai 2009						
BIP nominal in % gegenüber Vorjahr	+ 2,0	- 5,3	+ 3,1	+ 1,2	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,3
BIP real in % gegenüber Vorjahr	+ 0,2	- 6,0	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,9
Bruttolohn- und -gehaltssumme in % gegenüber Vorjahr	+ 2,7	- 0,4	+ 2,5	- 1,8	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen in % gegenüber Vorjahr	+ 1,2	- 18,3	+ 4,2	+ 9,1	+ 4,0	+ 2,9	+ 5,2	+ 6,7	+ 6,6
Modifizierte letzte inländische Verwendung in % gegenüber Vorjahr	+ 2,7	+ 1,5	+ 2,8	+ 1,3	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,2

3 Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“

Die Schätzergebnisse sind der Tabelle 2 zu entnehmen. Danach werden die Steuereinnahmen insgesamt gegenüber dem Ist-Ergebnis 2008 in diesem Jahr um - 34,2 Mrd. € und im kommenden Jahr um weitere - 16,6 Mrd. € zurückgehen. Erst danach kommt es zu einem allmählichen Wiederanstieg des Steueraufkommens. Für Bund, Länder und Gemeinden zeigt sich dabei ein ähnliches Verlaufsmuster.

So außerordentlich der Einbruch in diesem Jahr ist: Im Mai 2005 war für das Jahr 2009 ein Aufkommen von lediglich 501,1 Mrd. € erwartet worden. Das sind 25,9 Mrd. € weniger als in der aktuellen Schätzung.

Tabelle 3 zeigt den Vergleich der aktuellen Schätzergebnisse mit der jeweils letzten Steuerschätzung (November 2008 für das Jahr 2009, Mai 2008 für die Jahre 2010 bis 2012). Für das erstmal in die Schätzung einbezogene Jahr 2013 ist naturgemäß kein Vergleich möglich.

Gegenüber der Steuerschätzung vom November 2008 werden die Steuereinnahmen im Jahre 2009 voraussichtlich um - 45 Mrd. € niedriger ausfallen. Für den Bund ergibt sich ein Einnahmerückgang um - 21,5 Mrd. €, wovon allerdings - 11 Mrd. € (konjunkturelle Entwicklung und Steuerrechtsänderungen) bereits im ersten Nachtragshaushalt 2009 berücksichtigt wurden. Die Länder müssen 2009 mit Einnahmeeinbußen in Höhe von - 16,5 Mrd. € rechnen, für die Gemeinden ergeben sich Mindereinnahmen von - 7,6 Mrd. €.

Das Steueraufkommen insgesamt wird 2010 um - 84,7 Mrd. € geringer ausfallen als im Mai 2008 angenommen. Auf den Bund entfallen davon - 41,1 Mrd. €. In den Jahren 2011 und 2012 werden die Einnahmen voraussichtlich um - 93,4 Mrd. € (Bund: - 44,7 Mrd. €) beziehungsweise - 93,2 Mrd. € (Bund: - 45,2 Mrd. €) unter dem Schätzansatz der letzten Mittelfristschätzung vom Mai 2008 liegen.

Die Ergebnisse der neuen Steuerschätzung bilden, soweit sie den Bund betreffen, die Grundlage für den 2. Nachtragshaushalt 2009,

Analysen und Berichte

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 12. BIS 14. MAI 2009

Tabelle 2: Ergebnisse der Steuerschätzung Mai 2009

	ist	Schätzung				
		2008	2009	2010	2011	2012
1. Bund (in Mrd. €)	239,2	225,5	214,7	222,6	232,0	241,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,9	-5,7	-4,8	3,6	4,2	4,0
2. Länder (in Mrd. €)	221,9	209,0	201,5	206,7	216,5	225,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,1	-5,8	-3,6	2,6	4,8	3,9
3. Gemeinden (in Mrd. €)	77,0	70,3	67,6	70,5	75,1	80,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	5,9	-8,7	-3,8	4,3	6,6	6,5
4. EU (in Mrd. €)	23,1	22,3	26,6	26,9	28,4	28,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,7	-3,3	19,3	1,1	5,5	1,7
5. Steuereinnahmen insgesamt (in Mrd. €)	561,2	527,0	510,4	526,7	552,0	575,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,3	-6,1	-3,1	3,2	4,8	4,2

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich;

Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten;

Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet.

den Entwurf des Bundeshaushalts 2010 sowie die Fortschreibung des Finanzplans bis 2013.

4 Finanzpolitische Schlussfolgerungen

Vor allem die erwarteten Steuermindereinnahmen des Bundes, aber auch die zusätzlichen, unumgänglichen Belastungen auf der Ausgabenseite, z. B. für den Arbeitsmarkt, machen eine nochmalige Erhöhung der Neuverschuldung und damit einen 2. Nachtragshaushalt 2009 erforderlich. Das Bundeskabinett wird voraussichtlich am 27. Mai 2009 hierüber beschließen.

Die Bundesregierung wird der erwarteten Entwicklung nicht „hinterher sparen“. In der gegenwärtigen Situation darf die öffentliche Hand nicht dazu beitragen, die vorliegende Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes durch Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen noch zu verstärken. Klar ist aber auch: Finanzpolitischer Spielraum für weitere zusätzliche, massive Belastungen der öffentlichen Haushalte - etwa durch größere Steuerentlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer - besteht derzeit nicht.

Stattdessen müssen schon jetzt dafür die Grundlagen gelegt werden, die Schulden nach Ende der Krise zurückzuführen. Defizite aus schlechten Zeiten müssen und können in guten Zeiten wieder ausgeglichen werden. Die auf den Weg gebrachte Reform der verfassungsrechtlichen Verschuldungsregel wird hierzu beitragen.

 Analysen und Berichte

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 12. BIS 14. MAI 2009

Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung Mai 2009 von den Ergebnissen der Steuerschätzung November 2008 bzw. der Steuerschätzung Mai 2008 - Ebenen in Mrd. €

	2009	Ergebnis der Steuerschätzung November 2008	Abweichungen			Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2009
			Abweichung insgesamt	davon:	Schätz-abweichung ²	
Bund ³	246,9	-21,5	-8,5	-1,0	-12,0	225,5
Länder ³	225,5	-16,5	-5,6	-	-10,9	209,0
Gemeinden ³	77,9	-7,6	-2,4	-	-5,2	70,3
EU	21,7	0,6	0,0	1,0	-0,4	22,3
Steuereinnahmen insgesamt	572,0	-45,0	-16,5	0,0	-28,5	527,0
	2010	Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2008	Abweichungen			Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2009
			Abweichung insgesamt	davon:	Schätz-abweichung ²	
Bund ³	255,9	-41,1	-13,6	-1,4	-26,1	214,7
Länder ³	234,9	-33,4	-10,1	-	-23,4	201,5
Gemeinden ³	78,2	-10,7	-4,7	-	-5,9	67,6
EU	26,1	0,5	0,0	1,4	-0,9	26,6
Steuereinnahmen insgesamt	595,2	-84,7	-28,4	0,0	-56,3	510,4
	2011	Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2008	Abweichungen			Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2009
			Abweichung insgesamt	davon:	Schätz-abweichung ²	
Bund ³	267,2	-44,6	-13,8	-1,9	-28,9	222,6
Länder ³	244,4	-37,7	-11,8	-	-26,0	206,7
Gemeinden ³	82,6	-12,1	-5,0	-	-7,1	70,5
EU	25,8	1,1	0,0	1,9	-0,8	26,9
Steuereinnahmen insgesamt	620,0	-93,4	-30,6	0,0	-62,7	526,7
	2012	Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2008	Abweichungen			Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2009
			Abweichung insgesamt	davon:	Schätz-abweichung ²	
Bund ³	277,3	-45,2	-13,2	-2,2	-29,8	232,0
Länder ³	253,9	-37,4	-10,5	-	-26,8	216,5
Gemeinden ³	87,3	-12,2	-4,3	-	-7,8	75,1
EU	26,8	1,6	0,0	2,2	-0,7	28,4
Steuereinnahmen insgesamt	645,3	-93,2	-28,1	0,0	-65,1	552,0

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Analysen und Berichte

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 12. BIS 14. MAI 2009

noch Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung Mai 2009 von den Ergebnissen der Steuerschätzung November 2008 bzw. der Steuerschätzung Mai 2008 - Ebenen in Mrd. €

¹2009 ff.:

Gesetz zur Schaffung einer Nachfolgeregelung und Änderung des Investitionszulagengesetzes 2007 (InvZulG 2010).

Jahressteuergesetz 2009 (JStG 2009) vom 19.12.2008.

Gesetz zur Modernisierung und Entbürokratisierung des Steuerverfahrens (Steuerbürokratieabbaugegesetz).

Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“.

- Sog. Konjunkturpaket I vom 21.12.2008.

Gesetz zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (Familienleistungsgesetz - FamLeistG).

Gesetz zur Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts (Erbschaftsteuerreformgesetz - ErbStRG) vom 24.12.2008.

Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 2.3.2009 - sog. Konjunkturpaket II.

Gesetz zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung (Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz) vom 7.3.2009.

Drittes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbes. i.d. mittelständischen Wirtschaft (Drittes Mittelstandsentlastungsgesetz vom 17.3.2009).

Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer und Änderung anderer Gesetze.

Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 106, 106b, 107, 108) vom 19.3.2009.

Gesetz zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen (Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung).

Gesetz zur Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungspauschale.

Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz - KiFöG).

Gesetz zur Änderung der Förderung von Biokraftstoffen.

Gesetz zur Änderung des Fünften Vermögensbildungsgesetzes („Bildungssparen“).

2010 ff.:

Finanzielle Auswirkungen EuGH-Urteil „Meilicke“.

Eigenheimrentengesetz.

Gesetz zur Modernisierung des Wagniskapitalmarktes.

² Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte.

³ Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009

Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen bis März 2009

1	Eckwerte des Bundeshaushalts 2009.....	43
2	Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2009	45
3	Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen	47
4	Entwicklung der Einnahmen	52

- Im 1. Quartal 2009 vollzog sich der Bundeshaushalt sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmeseite im Rahmen der Eckwerte des im März verkündeten Nachtragshaushalts.
- Mit dem ersten Nachtragshaushalt 2009 wurde die geplante Nettokreditaufnahme des Bundeshaushalts auf 36,9 Mrd. € erhöht.
- Das Ergebnis der aktuellen Steuerschätzung und zu erwartende Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise machen einen zweiten Nachtragshaushalt mit einer weiteren deutlichen Erhöhung der Nettokreditaufnahme erforderlich.

1 Eckwerte des Bundeshaushalts 2009

Das Haushaltsgesetz 2009 wurde am 28. November 2008 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 29. Dezember 2008 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 2899) verkündet. Darüber hinaus hat der Deutsche Bundestag am 13. Februar 2009 das Nachtragshaushaltsgesetz 2009 beschlossen, welches am 5. März 2009 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 406) verkündet wurde. Dieser Bericht fußt auf dem Nachtragshaushalt 2009.

Ausgaben: Im 1. Quartal 2009 sind die Ausgaben des Bundes gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,4 Mrd. € auf 78,0 Mrd. € gestiegen. Dies entspricht einer Ausgabensteigerung von + 1,8 %. Bereinigt um die ab 2009 geänderte Zahlungsmodalität bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung lag die Steigerung sogar bei + 4,4 %. Die investiven Ausgaben beliefen sich bis Ende März 2009 auf 5,1 Mrd. € und sind somit um 0,7 Mrd. € gestiegen.

Einnahmen: Die Einnahmen des Bundes (ohne Nettokreditaufnahme) betragen bis Ende März 2009 insgesamt 60,7 Mrd. €. Damit lag das Ergebnis um 1,9 Mrd. € (+ 3,2 %) über dem Vergleichszeitraum des Vorjahrs. Die Steuereinnahmen lagen mit - 0,5 % leicht unter dem Vorjahresniveau. Die Verwaltungseinnahmen stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um + 22,7 %. Der im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 Mrd. € auf 6,3 Mrd. € gestiegene Jahresüberschuss der Deutschen Bundesbank aus dem Jahr 2008, der gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz im März an den Bundeshaushalt abgeführt wurde, trug insbesondere dazu bei.

Finanzierungssaldo: Der Finanzierungssaldo lag im 1. Quartal 2009 bei - 17,4 Mrd. €. Dies sind 0,4 Mrd. € beziehungsweise 2,2 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Einer Nettotilgung in Höhe von 0,8 Mrd. € stand ein kassenmäßiger Fehlbetrag in Höhe von - 18,3 Mrd. € gegenüber. Die Zahlen des 1. Quartals eines Jahres bieten erfahrungsgemäß keine belastbare Grundlage für Vorhersagen zum weiteren Jahresverlauf.

Analysen und Berichte

ERSTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2009

Die Gründe sind oftmals buchungstechnischer Art, hinzu kommt die nicht gleichmäßige Verteilung von Zahlungsein- und -ausgängen im Jahresverlauf des Bundeshaushalts.

Ausblick: Das Ergebnis der aktuellen Steuerschätzung macht deutlich, dass die

bisher erwarteten Steuereinnahmen nicht zu realisieren sind. Daher und wegen zu erwartender Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise wird eine Anpassung des Bundeshaushalts durch einen weiteren Nachtragshaushalt mit einer deutlichen

Tabelle 1: Gesamtübersicht für das 1. Quartal 2009

Aufgabenbereich	Soll 2009	Januar bis März	Januar bis März	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2009	2008	in Mrd. € ¹	in %
Die Ermittlung des Finanzierungssaldos:					
Ausgaben zusammen	297,6	78,0	76,6	+1,4	+1,8
Einnahmen zusammen	260,3	60,6	58,8	+1,9	+3,2
Steuereinnahmen	233,2	49,3	49,6	-0,2	-0,5
Verwaltungseinnahmen	27,2	11,3	9,2	+2,1	+22,7
Finanzierungssaldo = Einnahmen - Ausgaben	-37,3	-17,4	-17,8	+0,4	+2,2
Die Deckung des Finanzierungssaldos:					
Nettokreditaufnahme / aktueller Kapitalmarktsaldo ²	36,9	-0,8	-11,8	+11,0	x
kassenmäßiger Fehlbetrag		18,3	29,7	-11,4	-38,4
Münzeinnahmen	0,4	-0,1	-0,1	0	+3,3
Nachrichtlich:					
Investitionen (inklusive Darlehen)	28,8	5,1	4,4	+0,7	+15,9

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Soll: Nettokreditaufnahme, unterjährig: aktueller Kapitalmarktsaldo.

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum

Aufgabenbereich	Soll 2009	Januar bis März	Januar bis März	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2009	2008	in Mrd. € ¹	in %
Mehrausgaben ggü. Vorjahr					
Bundeseisenbahnvermögen	5,5	1,1	0,1	+1,0	x
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	31,0	8,0	7,5	+0,5	+6,7
Eisenbahnen des Bundes - Deutsche Bahn AG	4,1	0,8	0,4	+0,4	+100
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8,8	1,0	0,9	+0,1	+11,1
Minderausgaben ggü. Vorjahr					
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung	7,8	0,0	1,9	-1,9	-100,0
Zinsen	41,4	13,2	14,7	-1,5	-10,2
Erziehungsgeld	0,02	0,002	0,3	-0,298	-99,3
Förderung des Steinkohlebergbaus	1,6	1,4	1,8	-0,4	-22,2

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Analysen und Berichte

ERSTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2009

Erhöhung der Nettokreditaufnahme notwendig. Die Kabinettsbefassung soll am 27. Mai 2009 erfolgen. Ein Inkrafttreten im Juli dieses Jahres wird angestrebt. Mit der Vorlage eines zweiten Nachtragshaushalts 2009 sowie des Bundeshaushalts 2010 einschließlich der Finanzplanung bis zum Jahr 2013, die sich derzeit im Haushaltaufstellungsverfahren befinden, wird der finanzpolitische Handlungsbedarf aufgezeigt.

Wesentliche Veränderungen in der Ausgabenentwicklung sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum u. a. beim Erziehungsgeld (- 99,3 %) und bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (- 100,0 %) festzustellen. Weiterhin wurden Minderausgaben im Bereich des Steinkohlebergbaus im Vergleich zum Vorjahresberichtszeitraumes um 0,4 Mrd. € (- 24,2 %) festgestellt. Eine Ausgabenzunahme im Vergleich zum Vorjahresberichtszeitraum ist bei dem Bundesseisenbahnvermögen in Höhe von 1 Mrd. € zu verzeichnen. Dies ist ebenso im Bereich der Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG in Höhe von 0,4 Mrd. € (+ 100 %) und bei den Ausgaben für Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen in Höhe von 0,1 Mrd. € (+ 11,1 %) der Fall.

2 Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2009

Mit dem **Unternehmensteuerreformgesetz 2008** vom 14. August 2007 (BGBl. I S. 1912) werden nationalen wie internationalen Investoren attraktive steuerliche Rahmenbedingungen geboten, das Steueraufkommen langfristig gesichert und der weitere Verlust an Steuersubstrat verhindert. Kernelemente der Reform sind u. a. die Senkung der Gesamtbelastung für Kapitalgesellschaften um fast neun Prozentpunkte auf unter 30 % sowie die Einführung einer Tarifvergünstigung für thesaurierte Gewinne von

Personenunternehmen. Des Weiteren wurde die Neukonzeption der Besteuerung von Kapitaleinkünften des Privatvermögens beschlossen und zum 1. Januar 2009 umgesetzt. Zukünftig werden alle im Privatvermögen zufließenden Kapitaleinkünfte einheitlich mit einer 25 %igen, durch die Kreditinstitute einzubehaltenden Abgeltungssteuer belegt. Eine Veranlagungsoption bleibt bestehen. Somit ergibt sich für Steuerpflichtige mit Zinseinkünften bei einem unter 25 % liegenden individuellen Grenzsteuersatz keine Mehrbelastung.

Das **Jahressteuergesetz 2009** vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794) umfasst eine Vielzahl von Verbesserungen in verschiedenen Bereichen des Steuerrechts. Das Spektrum reicht von der Gesundheitsförderung über die Bekämpfung von Steuerstraftaten oder extremistischen Vereinen bis hin zu Maßnahmen, die der Verhinderung von Steuerausfällen, dem Bürokratieabbau und der Vereinfachung des Steuerrechts dienen.

Die Bundesregierung hat am 5. November 2008 das **Konjunkturpaket I „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“** beschlossen. Dessen steuerliche Regelungen wurden im Rahmen des „**Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets** **Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung**“ vom 21. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2896) umgesetzt. Ziel ist, den Folgen der weltweiten Abschwächung der Konjunktur sowie der Finanzmarktkrise auch mit gezielten steuerlichen Maßnahmen entgegenzuwirken.

Mit dem „**Gesetz zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen**“ vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2955) wurde die finanzielle Leistungsfähigkeit von Familien verbessert. Die Maßnahmen beinhalten die spürbare Erhöhung des Kindergeldes (164 € für das erste und zweite Kind, 170 € für das dritte Kind, 195 € für jedes weitere Kind) und des

Analysen und Berichte

ERSTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2009

Kinderfreibetrages (6 024 € für zusammen veranlagte Ehegatten), das Schulbedarfspaket von 100 € jährlich pro hilfebedürftigem/r Schüler/in sowie die deutliche Ausweitung der Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen.

Mit dem „Gesetz zur Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts“ vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018) wurden die Erbschaftsteuer und die zugehörige Bewertung des Vermögens verfassungskonform ausgestaltet. Erben größerer Vermögen werden auch künftig ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Erbschaften innerhalb der Kernfamilie werden im Vergleich zum bisherigen Recht steuerlich entlastet. Zur steuerlichen Erleichterung der Generationenfolge in den Betrieben sind für Erwerber von unternehmerischen Vermögen weitreichende Verschonungsregelungen vorgesehen.

Das **Konjunkturpaket II** wurde im Rahmen des „**Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland**“ vom 2. März 2009 (BGBl. S. 416), dem „**Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes**“ und dem „**Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer und Änderung anderer Gesetze**“ umgesetzt. Unter anderem wird die Einkommensteuerbelastung dauerhaft abgesenkt – zum einen durch die Anhebung des Grundfreibetrages in zwei Stufen zum 1. Januar 2009 sowie zum 1. Januar 2010 um jeweils 170 €, zum anderen durch die Senkung des Eingangssteuersatzes ab dem 1. Januar 2009 von 15 % auf 14 %.

Mit dem „**Gesetz zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung**“ vom 7. März 2009 (BGBl. I S. 451) wurden die Rahmenbedingungen verbessert, in denen sich Arbeitnehmer stärker als bisher am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen beteiligen können. Ab dem Jahr 2009 wird die steuerliche Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung im Rahmen des Einkommensteuergesetzes und des Fünften

Vermögensbildungsgesetzes erweitert. Außerdem wurde das Investmentgesetz geändert, um insbesondere für Mitarbeiter kleiner und mittlerer Unternehmen die Möglichkeit der Anlage von Kapital in einem Mitarbeiterbeteiligungsfonds zu schaffen.

Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung: Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wurden bereits zum 1. Januar 2007 von 6,5 % auf 4,2 % deutlich gesenkt. Beitragspflichtige Arbeitnehmer und Arbeitgeber wurden zum 1. Januar 2008 nochmals durch eine Beitragssenkung um 0,9 Prozentpunkte (auf 3,3 %) nachhaltig entlastet. Bereits im vergangenen Jahr wurde beschlossen, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung ab Anfang 2009 längerfristig auf 3,0 % festzulegen und ihn, allerdings befristet bis zum 30. Juni 2010, auf 2,8 % abzusenken. Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurde entschieden, den Beitragssatz nunmehr bis zum Ende des Jahres 2010 auf 2,8 % zu stabilisieren.

Eingliederungsbeitrag: Die Bundesagentur für Arbeit ist seit dem Jahr 2008 mit einem Eingliederungsbeitrag in Höhe der Hälfte an den vom Bund getragenen Aufwendungen für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (Eingliederungsleistungen) und den Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitssuchende beteiligt. Im Jahr 2009 beträgt dieser Eingliederungsbeitrag knapp 4,9 Mrd. €.

Das Sondervermögen Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) als wesentlicher Bestandteil des Konjunkturpakets II ist nicht Gegenstand des Bundeshaushalts 2009. Der ITF verfügt über eine eigene Kreditermächtigung. Mit dem ITF stellt der Bund insgesamt 16,9 Mrd. € für Investitionen der öffentlichen Hand zur Verfügung, davon 10 Mrd. € als Finanzhilfen für Zukunftsinvestitionen der Länder und Kommunen, die zur schnellen Konjunkturbelebung beitragen sollen.

Analysen und Berichte

ERSTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2009

3 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen

Soziale Sicherung

In Tabelle 3 sind die wesentlichen Ausgaben

des Bundes für die soziale Sicherung dargestellt. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Für die soziale Sicherung

Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2009	Januar bis März 2009	Januar bis März 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Leistungen an die Rentenversicherung (RV)	78,9	25,3	25,0	+0,3	+1,2
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	38,6	12,9	12,7	+0,2	+1,6
zusätzlicher Zuschuss	18,7	6,2	6,1	+0,1	+1,6
Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,5	2,9	2,9	0	-0,1
Erstattungen von einigungsbedingten Leistungen	0,4	0,1	0,1	0	-10,9
Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	6,0	2,0	2,1	-0,1	-4,8
Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung nachrichtlich:	2,6	0,8	0,8	0	+1,3
Überführung der Sonderversorgungssysteme in die Rentenversicherung	1,6	0,5	0,5	0	+1,1
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	7,2	1,7	0	+1,7	X
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,7	1,1	1,2	-0,043	-3,7
Darunter:					
Alterssicherung	2,3	0,6	0,6	-0,004	-0,007
Krankenversicherung	1,2	0,3	0,3	-0,003	-1
Unfallversicherung	0,1	0,2	0,3	-0,035	-12,4
Arbeitsmarktpolitik	44,3	8,7	10,5	-1,8	-20,2
Darunter:					
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung	7,8	0	1,9	-1,9	-100
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,2	0,06	0,08	-0,02	-28,5
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende	36,2	8,6	8,5	+0,1	+1,2
Darunter:					
Arbeitslosengeld II	22,1	5,6	5,7	-0,1	-0,8
Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	3,5	0,9	1,0	-0,1	-15,5
Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung	4,0	0,9	0,8	+0,1	+14,3
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	6,6	1,2	1,0	+0,2	+16,7
Elterngeld	4,4	1,2	1,0	+0,2	+13,3
Erziehungsgeld / Mutterschutz	0,02	0,002	0,3	-0,298	-99,3
Kinderzuschlag für Anspruchsberechtigte nach § 6 a Bundeskindergeldgesetz	0,4	0,1	0,03	+0,07	+65,5
Wohngeld	0,6	0,1	0,1	+0,04	+26,7
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,4	0,1	0,1	-0,02	-17,6
Kriegsopfersversorgung und -fürsorge	2,1	0,7	0,7	0	-3,9

¹Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Analysen und Berichte

ERSTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2009

sind im Bundeshaushalt 2009 insgesamt 147,1 Mrd. € veranschlagt. Mit einem Anteil von 49,4 % ist dies der Schwerpunkt auf der Ausgabenseite.

Allgemeine Dienste

Bei den in Tabelle 4 dargestellten wesentlichen Ausgaben des Bundes für „Allgemeine Dienste“ handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste sind im Bundeshaushalt 2009 mit 53,6 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 18,0 % an den Gesamtausgaben.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Tabelle 5 gibt einen Überblick über die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Für diesen Aufgabenbereich sind im Bundeshaushalt 2009 insgesamt 14,6 Mrd. € vorgesehen. Der Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes beträgt somit 4,9 %.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

In Tabelle 6 sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen abgebildet. Wesentliche Aufgabenbereiche sind hier der Bau und Betrieb der Bundesautobahnen, Bundesstraßen

Tabelle 4: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Soll 2009	Januar bis März 2009	Januar bis März 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	31,0	8,0	7,5	+0,5	+7,1
militärische Beschaffung, Materialerhaltung, Wehrforschung, wehrtechn. u. sonst. Entwicklung	10,3	2,3	2,2	+0,1	+4,3
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	5,7	1,9	1,7	+0,2	+13,7
Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	2,3	0,8	0,6	+0,2	+16,3
Beteiligung an den Einrichtungen der Weltbankgruppe	0,7	0,3	0,3	0	+18,1
Beitrag zu den „Europäischer Entwicklungsfonds“	0,8	0,4	0,4	0	-0,1
Beiträge an die VN, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen	0,1	0,1	0,1	0	-2,2
Politische Führung und zentrale Verwaltung (Oberfunktion 01)	6,4	1,6	1,7	-0,1	-5,9
Zivildienst	0,6	0,2	0,1	+0,1	+100
Finanzverwaltung (Oberfunktion 06)	3,8	0,8	0,7	+0,1	+14,3
Öffentliche Sicherheit und Ordnung (Oberfunktion 04)	3,7	0,8	0,7	+0,1	+14,3
nachrichtlich:					
Ausgaben für Versorgung	7,3	2,2	2,0	+0,2	+10
ziviler Bereich	2,8	0,8	0,7	+0,1	+14,3
Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung	4,5	1,4	1,3	+0,1	+7,7

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Analysen und Berichte

ERSTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2009

Tabelle 5: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Soll 2009	Januar bis März 2009	Januar bis März 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagsschulen nach Art. 104a GG	0,0	0,1	0,1	0	0
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8,8	1,0	0,9	+0,1	+11,1
Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	3,4	0,3	0,3	0	+13,8
darunter					
Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft	0,6	0,07	0,07	0	-4,1
Fraunhofer-Gesellschaft	0,5	0,02	0,03	-0,01	-34,5
Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1,5	0,2	0,2	0	+8,7
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) & nationales Weltraumprogramm und ESA	1,1	0,06	0,05	+0,01	+16
Technologie und Innovation im Mittelstand (TG 05 0902)	0,6	0,08	0,06	+0,02	+37,4
Forschung und Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rationellen Nutzung der Energie	0,2	0,01	0,01	0	+53,3
Forschung und experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der Gesundheit	0,3	0,02	0,02	0	+7,5
Forschung Klima, Energie, Umwelt	0,4	0,02	0,02	0	+5,9
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1,4	0,4	0,4	0	+12,7
Hochschulen	2,6	0,7	0,5	+0,2	+54,6
Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,7	0,3	0,2	+0,1	+50
Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. (DFG)	0,9	0,1	0,09	+0,01	+51,1
Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,05	0,03	+0,02	+40,3
Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,3	0,06	0,06	0	-0,1
Hochschulpakt 2020	0,4	0,09	0,07	+0,02	+23,8
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,01	0,01	0	-31,5
Kunst- und Kulturflege im In- und Ausland	1,8	0,7	0,7	0	+4,9

¹Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

und Bundeswasserstraßen sowie Bau, Ausbau und Ersatzinvestitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes. Die Ausgaben sind im Bundeshaushalt 2009 auf 12,9 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,3 % an den Gesamtausgaben. Die Steigerung der klassischen Verkehrsinvestitionen im Jahr 2009 um fast 2 Mrd. € gegenüber der alten Finanzplanung

auf rund 11,1 Mrd. € resultiert je zur Hälfte aus Mehreinnahmen aus der Mauterhöhung sowie aus der Aufstockung im Rahmen des Konjunkturpakets I.

Analysen und Berichte

ERSTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2009

Tabelle 6: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2009	Januar bis März 2009	Januar bis März 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Straßen (ohne Kompensation GVFG)	6,8	0,7	0,8	-0,1	-11,4
Bundesautobahnen	3,9	0,4	0,5	-0,1	-10,8
Bundesstraßen	2,8	0,2	0,3	-0,1	-3,1
Wasserstraßen und Häfen	1,9	0,3	0,2	+0,1	+23,9
Kompensationszahlungen an die Länder wg. Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	1,3	0,3	0,3	0	0
Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs	0,3	0,02	0,04	-0,02	-43,5
Nachrichtlich:					
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich aus HFkt. 8					
Eisenbahnen des Bundes - Deutsche Bahn AG	4,1	0,8	0,4	+0,4	+106,2
Bundeseisenbahnvermögen	5,5	1,1	0,1	+1	X

¹Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 7: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2009	Januar bis März 2009	Januar bis März 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,7	0,1	0,2	-0,1	-30,5
Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“	0,7	0,1	0,2	-0,1	-31,8
Förderung des Steinkohlenbergbaus	1,6	1,4	1,8	-0,4	-24,2
Mittelstandsförderung²	0,9	0,1	0,1	0	+27,3
Förderung erneuerbarer Energien	0,8	0,1	0,04	+0,06	+172,6
Gewährleistungen	2,4	0,07	0,1	-0,03	-41,4
Landwirtschaft	1	0,1	0,1	0	-4,3
Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,7	0,04	0,02	+0,026	+149,1

¹Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Ohne Altprogramme.

Wirtschaftsförderung

In Tabelle 7 sind die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Gewerbe und Dienstleistungen, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und

Wasserwirtschaft aufgeführt. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung sind im Bundeshaushalt 2009 auf 7,4 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 2,5 % an den Gesamtausgaben des Bundes.

Analysen und Berichte

ERSTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2009

Tabelle 8: Übrige Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2009	Januar bis März 2009	Januar bis März 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Zinsen	41,4	13,2	14,7	-1,5	-10,3
Wohnungswesen	1,2	0,2	0,2	0	-7,2
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,1	0,1	0	-4,6
Wohnraummodernisierungsprogramm	0,6	0,06	0,06	0	+1,2
Städtebauförderung	0,6	0,05	0,05	0	+14,2
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1,2	0,2	0,2	0	+13,4
Gesundheit	0,4	0,1	0,1	0	+12,4
Umweltschutz	0,4	0,04	0,03	+0,01	+22,7
Sport und Erholung	0,1	0,04	0,04	0	+7,4
Postbeamtenversorgungskasse	5,9	1,1	1,0	+0,1	+10,4
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,3	0,04	0,05	-0,01	-15,2

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Übrige Ausgaben

Tabelle 8 gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Wohnungswesen, Gesundheit und Sport und allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen auf die Bundesschuld.

Analysen und Berichte

ERSTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2009

4 Entwicklung der Einnahmen

In Tabelle 9 sind die Einnahmen des Bundes im Jahr 2009 aufgeführt. Deren weitaus größten Teil (89,6 %) machen die veranschlagten Steuereinnahmen des Bundes mit 233,2 Mrd. € aus. Für sonstige Einnahmen sind im Jahr 2009 insgesamt 27,2 Mrd. € vorgesehen, was einem Anteil von 13,1 % an den Einnahmen insgesamt entspricht. Zur Deckung des Finanzierungssaldos aus Ausgaben und Einnahmen sind eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 36,9 Mrd. € und Münzeinnahmen in Höhe von 0,4 Mrd. € veranschlagt.

Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2009	Januar bis März 2009	Januar bis März 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Einnahmen zusammen	260,3	60,7	58,8	+1,9	+3,2
darunter:					
Steuereinnahmen zusammen	233,2	49,3	49,6	-0,3	-0,5
Nachrichtlich:					
Bundesanteile an Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage²	199,1	43,7	44,3	-0,6	-1,6
Lohnsteuer	64,4	13,0	12,6	+0,4	+3,4
Veranlagte Einkommensteuer	12,9	1,3	1,6	-0,3	-19,4
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	8,7	1,6	1,5	+0,1	+3,5
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ³	5,2	2,4	2,4	0	+1,0
Körperschaftsteuer	8,1	2,2	2,4	-0,2	-7,3
Steuern vom Umsatz	98,4	23,2	23,8	-0,6	-2,7
Gewerbesteuerumlage	1,3	0,005	0,1	-0,095	-95,8
Bundessteuern	86,5	17,3	17,5	-0,1	-0,9
Energiesteuer	39,6	4,8	4,7	+0,1	+2,3
Tabaksteuer	13,5	2,4	2,5	-0,1	-7,1
Solidaritätszuschlag	13,3	3,1	3,2	0	-0,03
Versicherungsteuer	10,5	4,5	4,5	0	-0,8
Stromsteuer	6,2	1,6	1,5	+0,1	+0,8
Branntweinsteuern	2,1	0,6	0,6	0	-5,3
Kaffeesteuern	1,0	0,2	0,2	0	-3,1
Schaumweinsteuern	0,4	0,1	0,2	-0,1	-8,7
Sonstige Bundessteuern	0,002	0,001	0,001	0	+13,6
Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung	-13,8	0	0	0	0

Analysen und Berichte

ERSTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2009

noch Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2009	Januar bis März	Januar bis März	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2009	2008	in %	
Abzugsbeträge⁴	-38,7	-11,8	-11,1	-0,7	-4,9
Ergänzungszuweisungen an Länder	-14,2	-3,4	-3,6	+0,2	+4,4
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus Mineralölsteueraufkommen	-6,8	-1,7	-1,7	0	+1,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	1,3	-1,7	-1,6	-0,1	-5,2
Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	-19,0	-4,9	-5,4	+0,5	+10,1
Sonstige Einnahmen	27,2	11,3	9,2	+2,1	+22,7
Darunter:					
Abführung Bundesbank	3,5	3,5	3,5	0	0
Abführung Erblastentilgungsfonds	0,1	2,8	0	+2,8	X
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüssen sowie Privatisierungserlösen	4,0	0,8	0,8	0	-4,9
Erlöse aus dem Verkauf von CO ₂ Zertifikaten	0,9	0	0	0	0
Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	4,9	0,8	1,3	-0,4	-34,7
Einnahmen aus der streckenbezogenen LKW-Maut	5,0	0,9	0,8	+0,1	+14

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Ohne Berücksichtigung der Globalpositionen des Nachtragshaushalts 2009 (vgl. gesonderte Position „Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung“).

³ Bis 2008 Zinsabschlag.

⁴ Abzugsbeträge sind Zahlungen, die aus dem Steueraufkommen des Bundes geleistet werden.

Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM 1. QUARTAL 2009

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2009

1	Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) im 1. Quartal 2009	54
2	Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 1. Quartals 2009	56
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen.....	56

- Die schlechte konjunkturelle Entwicklung bleibt nicht ohne Folgen für die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte.
- Die Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) insgesamt sinken im 1. Quartal 2009 um - 1,8 %.
- Bund, Länder und EU verbuchen im 1. Quartal 2009 Einbußen, die Gemeinden können ein leichtes Plus verzeichnen.

1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern)¹ im 1. Quartal 2009

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. Quartal 2009 nach endgültigen Ergebnissen 116,7 Mrd. €, das sind - 2,2 Mrd. € beziehungsweise - 1,8 % weniger als im 1. Quartal 2008.

Die Steuereinnahmen im 1. Quartal 2009 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern nahm im 1. Quartal 2009 im Vorjahresvergleich um - 1,3 % ab. Die schlechte konjunkturelle Entwicklung schlägt sich nunmehr in ihren Auswirkungen auch voll in den Ergebnissen der Steuereinnahmen nieder.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer sind im Berichtsquartal gegenüber dem 1. Quartal 2008 lediglich noch um + 3,6 % gestiegen. Dies ist auf den verminderten Zuwachs der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse sowie auf die massive Ausweitung der Kurzarbeit zurückzuführen. Darüberhinaus übertrafen die aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergeldzahlungen um + 3,6 % und die Leistungen aus der Altersvorsorgezulage um + 43,7 % ihr jeweiliges Vorjahresniveau.

Die veranlagte Einkommensteuer konnte ihr Bruttoaufkommen im 1. Quartal 2009 um + 6,2 % ausdehnen. Hier nahmen jedoch die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG um + 88,4 % zu, weil mit Schwerpunkt im Februar die Erstattungen infolge der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale durchgeführt wurden. Dieser Zuwachs konnte durch den Rückgang der Zahlungen aus der Investitionszulage (- 40,1 %) und aus der Eigenheimzulage (- 19,7 %, bedingt durch den Wegfall eines weiteren Förderjahrganges) nicht kompensiert werden. Insgesamt verringerte sich das Kassenaufkommen aus der Einkommensteuer demzufolge um - 19,0 % im 1. Quartal 2009.

¹ Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM 1. QUARTAL 2009

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. Quartal 2009

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	1. Quartal		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2009	2008		
			in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	93 052	94 239	-1 187	-1,3
Reine Bundessteuern	17 313	17 515	-201	-1,1
Reine Ländersteuern	5 351	6 114	-763	-12,5
Zölle	966	980	-13	-1,3
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	116 683	118 847	-2 164	-1,8

Differenzen in den Summen durch Rundung.

gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer reduzierten sich im 1. Quartal 2009 gegenüber dem Vergleichszeitraum um - 6,9 % aufgrund der deutlich verschlechterten Gewinnentwicklung der Unternehmen, die sich in einem starken Rückgang der Vorauszahlungen im Monat März widerspiegeln. Außerdem nahmen die Zahlungen aus der Investitionszulage um gut ein Drittel (+ 37,5 %) zu.

Das Aufkommen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag übertraf das Ergebnis des vergleichbaren Vorjahresquartals im 1. Quartal 2009 mit + 4,6 %. Ab dem Jahr 2009 wird auf Dividendeneinnahmen eine Abgeltungsteuer in Höhe von 25 % erhoben. Das Januar-Aufkommen war jedoch noch geprägt von in den Dezember 2008 vorgezogenen und im Januar kassenwirksam werdenden

Dividendenzahlungen, die noch unter die Besteuerung nach dem Halbeinkünfteverfahren fielen. Dem daraus resultierenden Zuwachs von + 33,4 % im Januar stand im März ein drastischer Rückgang um - 65,5 % gegenüber. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese negative Entwicklung im 2. Quartal, in dem die großen Publikumsgesellschaften ihre Dividenden ausschütten, in diesem Umfang fortsetzt.

Bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (bis 2008: Zinsabschlag)

konnte sich das Volumen der Einnahmen im 1. Quartal 2009 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um + 1,0 % vergrößern. Zu berücksichtigen ist dabei die Reduzierung des Steuersatzes von 30 % auf 25 % zum 1. Januar 2009, was sich naturgemäß in den Einnahmen widerspiegelt. Auch hier ist das Kassenaufkommen im Januar noch geprägt vom alten Recht.

Das Aufkommen aus den Steuern vom Umsatz unterschritt das Vorjahresniveau im 1. Quartal 2009 um - 2,7 %. Während die Umsatzsteuer noch mit + 2,2 % im Plus lag, reduzierten sich die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Staaten um - 18,1 %. Dies ist nicht nur auf niedrigere Preise (insbesondere für Energieprodukte), sondern auch auf eine Verringerung des Einfuhrvolumens infolge der schwachen Produktionstätigkeit im Inland zurückzuführen.

Die reinen Bundessteuern unterschritten im 1. Quartal 2009 ihr entsprechendes Vorjahresergebnis um - 1,1 %. Lediglich die Energie- und die Stromsteuer konnten positive Abstandsrate melden (+ 2,3 % beziehungsweise + 0,8 %). Die Energiesteuer auf Heizöl stieg um + 83,3 %, weil viele Bürger angesichts sinkender Preise ihre Tanks auffüllen ließen. Mit - 7,1 % lag das Aufkommen der Tabaksteuer deutlich im Minus. Der Trend zum geringeren Tabakkonsum scheint sich zu verfestigen. Ebenfalls rückläufig war das

Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM 1. QUARTAL 2009

Aufkommen von Solidaritätszuschlag (- 1,5 %) und Versicherungsteuer (- 0,8 %).

Die Einnahmen aus den reinen Ländersteuern mit insgesamt - 12,5 % weisen auch nur bei zwei Einzelsteuern ein positives Ergebnis auf: Die Zuwächse bei der Erbschaftsteuer (+ 5,2 %) und der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 1,6 %) konnten die Verluste bei den übrigen Ländersteuern nicht kompensieren. Das Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer (- 11,8 %) war wegen neu eingeführter Steuerentlastungen für schadstoffarme Autos deutlich rückläufig. Auch die Biersteuer (- 5,1 %) und die Feuerschutzsteuer (- 3,9 %) erbrachten weniger Einnahmen. Besonders drastisch ist jedoch der Rückgang mit - 30,5 % bei der Grunderwerbsteuer, der die gegenwärtige Schwäche auf dem Immobilienmarkt widerspiegelt.

2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 1. Quartals 2009

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im Januar 2009 um + 3,4 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Die gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten mit + 4,8 % deutliche Zuwächse, während die Mehreinnahmen bei den Bundessteuern lediglich + 0,8 % betrugen. Bei den Ländersteuern kam es dagegen zu Aufkommenseinbußen in Höhe von - 13,2 %. Die Steuereinnahmen des Bundes überschritten das Ergebnis des Januar 2008 um + 8,5 % nicht zuletzt aufgrund der um 500 Mio. € niedrigeren Abführung von EU-Eigenmitteln.

Im Februar 2009 nahmen die Steuereinnahmen insgesamt um - 6,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat ab. Hier schlügen die Folgen der verschlechterten gesamtwirtschaftlichen Lage aufkommensmindernd auf die Steuereinnahmen von Bund und Ländern durch (- 6,6 % beziehungsweise - 6,7 %). Besonders betroffen waren die Lohnsteuer und

die Steuern vom Umsatz, aber auch die Grunderwerbsteuer. Darüber hinaus führte das Verfassungsgerichtsurteil zur Pendlerpauschale über die entsprechenden Erstattungen zu einer Reduzierung der Einnahmen. Die reinen Bundessteuern stagnierten mit + 0,2 % nahezu auf dem Vorjahresniveau, mit unterschiedlichen Entwicklungen z. B. bei der Energiesteuer (+ 17,7 %) einerseits und der Tabaksteuer (- 9,6 %) und dem Solidaritätszuschlag (- 13,8 %) andererseits. Bei den reinen Ländernsteuern (- 16,0 %) lagen alle Einzelkomponenten bis auf die Rennwett- und Lotteriesteuer im Minus.

Im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat März 2009 unterschritten die Steuereinnahmen insgesamt ihr Vorjahresniveau um - 2,6 %, verursacht durch Abnahmen sowohl bei den gemeinschaftlichen Steuern (- 2,0 %) als auch bei den Bundessteuern (- 3,4 %) und den Ländersteuern (- 8,2 %). Damit hat sich zwar der Rückgang im Vergleich zum Februar 2009 abgeschwächt, jedoch auch eine größere Anzahl von Einzelsteuern erfasst. Bei der Einkommensteuer (+ 34,0 %) erwiesen sich die Vorauszahlungen angesichts der Wirtschaftskrise als überraschend stabil. Zudem erhöhte sich das Aufkommen durch den Wegfall eines weiteren Förderjahrganges aus der Eigenheimzulage und umfangreiche Nachzahlungen für vergangene Zeiträume. Zum Minus bei den reinen Bundessteuern trugen insbesondere die Energiesteuer (- 2,0 %), die Tabaksteuer (- 7,1 %), die Versicherungsteuer (- 5,0 %) und der Solidaritätszuschlag (- 3,6 %) bei, während bei den reinen Ländernsteuern hauptsächlich die Grunderwerbsteuer mit einer Einbuße von - 30,9 % verantwortlich zeichnete.

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. Quartal 2009 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen

Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM 1. QUARTAL 2009

gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der nachstehenden Tabelle dargestellt.

Im Berichtszeitraum konnten die Gemeinden ihre Einnahmen aus der Einkommen- und Umsatzsteuer noch leicht um + 0,8 % erhöhen. Der Aufkommensrückgang beim Bund (- 0,3 %) fiel geringer aus als bei den Ländern (- 3,0 %), da die Abführungen an die EU deutlich niedriger lagen als im Vorjahresquartal (- 6,1 %).

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. Quartal 2009 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter <http://www.bundesfinanzministerium.de> unter der Rubrik Steuern > Steuerschätzung/Steuereinnahmen > Steuereinnahmen.

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Steuereinnahmen nach Ebenen	1. Quartal		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2009	2008		
			in Mio. €	in Mio. €
Bund ¹	50 739	50 907	-168	-0,3
Länder ¹	51 365	52 932	-1 567	-3,0
Gemeinden ²	7 057	7 002	55	0,8
EU	7 521	8 006	-485	-6,1
Zusammen	116 683	118 847	-2 164	-1,8

Differenzen in den Summen durch Rundung.

¹ Nach Bundesergänzungszuweisungen.

² Lediglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, am Zinsabschlag und an den Steuern vom Umsatz.

Analysen und Berichte

ERGEBNISSE DER IWF-FRÜHJAHRTAGUNG UND DES G7-FINANZMINISTER-TREFFENS

Ergebnisse der IWF-Frühjahrstagung und des G7-Finanzminister-Treffens

Tagung in Washington am 24./25. April 2009

1	Einleitung.....	58
2	Wirtschaftsentwicklung und Finanzmärkte	59
2.1	Wirtschaftsentwicklung	59
2.2	Finanzmärkte	60
3	Reformen beim Internationalen Währungsfonds (IWF)	61
3.1	IWF-Ressourcenerhöhung	61
3.2	Governance-Reformen sowie Quoten- und Stimmrechtsreform	61
4	Reformen in der Weltbank	62
5	Ausblick auf das nächste G20-Treffen: Follow-up des Londoner Weltfinanzgipfels.....	62

- Die Ergebnisse des Weltfinanzgipfels vom 2. April 2009 wurden bekräftigt und konkretisiert.
- Der Stabilisierung des Finanzsektors wurde erneut zentrale Bedeutung für die wirtschaftliche Erholung zugemessen.
- Bei der Umsetzung der IWF-Ressourcenerhöhung wurden Fortschritte erzielt, weitere Reformen bei IWF und Weltbank wurden diskutiert.

1 Einleitung

Vom 24. bis 25. April fand in Washington, D.C., die gemeinsame Frühjahrstagung von IWF und Weltbank sowie das Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure statt. Außerdem gab es ein Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20-Staaten¹, was erneut die gestiegene Bedeutung dieser Formation unterstrich.

Sowohl beim Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure als auch bei der Sitzung des International Monetary and Financial Committee (IMFC)² standen die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowie Reformen des IWF im Mittelpunkt der Diskussionen. Die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure beschäftigten sich schwerpunktmäßig mit der Umsetzung der Beschlüsse des Londoner Weltfinanzgipfels vom 2. April.

¹ Mitglieder der G20 sind die folgenden Staaten: Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei, USA, Vereiniges Königreich sowie die EU (vertreten durch die jeweilige Ratspräsidentschaft und die Europäische Zentralbank).

² Der IMFC ist das oberste Beratungsgremium für den Rat der Gouverneure des IWF. Dem IMFC gehören 24 Mitglieder (Zentralbank-Gouverneure, Minister oder gleichrangig) an, die die Zusammensetzung des Exekutivdirektoriums des IWF reflektieren. Der IMFC tagt zweimal jährlich.

Analysen und Berichte

ERGEBNISSE DER IWF-FRÜHJAHRTAGUNG UND DES G7-FINANZMINISTER-TREFFENS

2 Wirtschaftsentwicklung und Finanzmärkte

2.1 Wirtschaftsentwicklung

Der World Economic Outlook des IWF vom 22. April diente als Grundlage der Beratungen über die globale Wirtschaftslage. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob erste Anzeichen einer Stabilisierung zu erkennen seien. Vor allem die USA zeigten sich verhalten optimistisch und begründeten dies insbesondere mit der Stabilisierung auf den Finanzmärkten.

Der IWF erkannte die in allen wichtigen Industriestaaten und vielen Schwellenländern eingeleiteten fiskalpolitischen Maßnahmen als zentralen Beitrag zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise an. Nach Einschätzung des IWF zeigte die antizyklische Finanzpolitik bereits Wirkung und führte zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung. Es sei jetzt von großer Bedeutung, die Implementierung der beschlossenen

Maßnahmen entschieden voranzutreiben. Zudem hob der IWF die wichtige Rolle der automatischen Stabilisatoren hervor. Der IWF wurde von den G7-Finanzministern beauftragt, ein „Monitoring“ der ergriffenen fiskalpolitischen Maßnahmen durchzuführen und hierzu regelmäßig an die G7- und G20-Finanzminister zu berichten.

IMFC und G7-Finanzminister würdigten zudem die entschiedene Reaktion der Zentralbanken auf die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise und sprachen sich für die Beibehaltung von expansiven Geldpolitiken aus, solange dies nötig sei und im Einklang mit Preisstabilität stehe.

Die teilnehmenden Staaten bekärfihtigten insgesamt ihr Bekenntnis, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Finanzmärkte zu stabilisieren, die Trendwende bei der wirtschaftlichen Entwicklung herbeizuführen und gleichzeitig die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen. Wenn die Krise abklinge, müssten glaubhafte Strategien für eine

Tabelle 1: Lage der Weltwirtschaft im Überblick

Wachstumsrate des BIP (in %)	Tatsächlich		Projektion		Revision ggü. März 2009	
	2008	2009	2010	2009	2010	
Welt	3,2	-1,3	1,9	-0,5	-0,2	
Industrieländer	0,9	-3,8	0,0	-0,5	-0,3	
Schwellen-/ Entwicklungsländer	6,1	1,6	4,0	-0,4	-0,2	
China	9,0	6,5	7,5	0,0	0,0	
USA	1,1	-2,8	0,0	-0,2	-0,2	
Kanada	0,5	-2,5	1,2	-0,5	0,0	
Japan	-0,6	-6,2	0,5	-0,4	0,7	
Euroraum	0,9	-4,2	-0,4	-1,0	-0,4	
Deutschland	1,3	-5,6	-1,0	-1,6	-1,0	
Frankreich	0,7	-3,0	0,4	-0,6	0,0	
Italien	-1,0	-4,4	-0,4	-0,9	-0,3	
Großbritannien	0,7	-4,1	-0,4	-0,3	-0,2	

Annahmen: Konstante reale effektive Wechselkurse auf Basis des Durchschnitts-Niveaus im Zeitraum vom 25.2.2009 bis 25.3.2009; Ölpreis 52,00 US-Dollar/Barrel in 2009 und 62,50 US-Dollar/Barrel in 2010.

Datenquelle: IWF, World Economic Outlook vom 22. April 2009.

Analysen und Berichte

ERGEBNISSE DER IWF-FRÜHJAHRTAGUNG UND DES G7-FINANZMINISTER-TREFFENS

Rücknahme der umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen – in der Finanzpolitik, zur Stabilisierung der Finanzmärkte sowie in der Geldpolitik – entwickelt werden. Sie sprachen sich zudem für einen Verzicht auf Maßnahmen aus, die zu Handels- oder Investitionsbarrieren führen könnten und beauftragten die Welthandelsorganisation damit, die Einhaltung dieser Zusagen zu überprüfen und hierzu einen öffentlichen Bericht zu erstellen.

2.2 Finanzmärkte

Die Lage der Finanzmärkte wurde auf Basis des Global Financial Stability Report des IWF erörtert. Die ergriffenen Maßnahmen hätten zu einer ersten Stabilisierung der Situation an den Finanzmärkten beigetragen; dennoch sei die Situation weiterhin angespannt und von großen Unsicherheiten mit Blick auf die weitere Entwicklung geprägt. Der IWF hat seine Schätzung der Verluste im Finanzsektor aus US-amerikanischen, europäischen und japanischen Vermögenswerten auf circa 4 000 Mrd. US-Dollar erhöht (darunter 2 700 Mrd. US-Dollar Abschreibungen auf US-Vermögenswerte). Trotz umfassender staatlicher Interventionen sah er weiterhin Risiken für die Finanzstabilität. Die wichtigste Herausforderung sei es, die wechselseitige Abwärtsspirale zwischen Finanzsystem und Realwirtschaft zu brechen.

In diesem Zusammenhang ist es nach Ansicht aller Teilnehmer von besonderer Bedeutung, wirksame Lösungen für die Behandlung sogenannter illiquider beziehungsweise toxischer Vermögenswerte von Finanzinstituten zu finden. Solche Lösungen stellen nicht zuletzt eine wichtige Voraussetzung dafür dar, dass die Stabilisierungsmaßnahmen von Finanz- und Geldpolitik ihre volle Wirkung entfalten können. Deutschland hat den anderen Teilnehmern erste Informationen zur für Deutschland geplanten Lösung für problematische Vermögenswerte gegeben, die mittlerweile in das parlamentarische

Gesetzgebungsverfahren eingebbracht wurde. Die USA haben ihrerseits weitere Überlegungen zum US-Modell vorgestellt und für Mitte Mai die Veröffentlichung weiterer Details angekündigt.

Die Ergebnisse des Weltfinanzgipfels vom 2. April zur Reform des globalen Finanzsystems wurden intensiv diskutiert. Im Zentrum stand dabei die Frage, wie eine möglichst zügige und effektive Umsetzung des dort vereinbarten Aktionsplans sichergestellt werden kann. Als vorrangig angesehen wurden fortgesetzte nationale Anstrengungen zum Umgang mit systemischen Risiken, eine Ausweitung der Regulierung auf alle systemisch relevanten Institutionen, Märkte und Instrumente, eine angemessene Kapitalisierung von Finanzinstitutionen, ein besseres Risikomanagement, eine verbesserte Transparenz sowie eine verstärkte internationale Zusammenarbeit.

Die G20 haben dem IWF und dem Financial Stability Board (FSB, Finanzstabilitätsrat)³ die Verantwortung für den Frühwarnmechanismus zur rechtzeitigen Erkennung von Risiken für das Finanzsystem übertragen. Dabei sollen künftig regelmäßig Frühwarnübungen („Early Warning Exercises“) durchgeführt werden. Die Ergebnisse einer Pilot-Frühwarnübung wurden bei der IWF-Frühjahrstagung vorgestellt und fanden

³ Das Financial Stability Forum (FSF) hat im März 2009 die von der G20 geforderte Erweiterung des FSF um bisher nicht im FSF vertretene G20-Länder plus Spanien und die EU-KOM beschlossen. Die G20-Staats- und Regierungschefs haben darüber hinaus beim Gipfel am 2. April in London die Neuschaffung des FSF als Financial Stability Board (FSB; Finanzstabilitätsrat) mit erweitertem Mandat und Stärkung der institutionellen Basis beschlossen. Das FSB soll eine zentrale Rolle bei der Reform des globalen Finanzsystems ausüben, mit dem Bestreben, nachhaltige Finanzstabilität zu erreichen.

Analysen und Berichte

ERGEBNISSE DER IWF-FRÜHJAHRTAGUNG UND DES G7-FINANZMINISTER-TREFFENS

allgemeine Zustimmung. Die Pilot-Frühwarnübung unterstrich die zentrale Bedeutung der Stabilisierung des Finanzsektors als Voraussetzung für die wirtschaftliche Erholung. Zur Jahrestagung von IWF und Weltbank im Oktober dieses Jahres werden den politischen Entscheidungsträgern die Ergebnisse der nächsten „Early Warning Exercise“ von IWF und FSB vorgelegt werden.

3 Reformen beim Internationalen Währungsfonds (IWF)

Die beiden Themenschwerpunkte in diesem Bereich bildeten die Frage der Erhöhung der IWF-Finanzmittel sowie der Reformen seiner Governance-Strukturen.

3.1 IWF-Ressourcenerhöhung

Die beim Gipfeltreffen der G20-Staats- und -Regierungschefs in London getroffenen Entscheidungen zur Erhöhung der IWF-Ressourcen stießen auf breite Zustimmung bei den IWF-Mitgliedern. Durch Beitragszusagen mehrerer Länder konnte die Verdoppelung der Finanzmittel des IWF sichergestellt werden. Es wird jetzt intensiv an der konkreten vertraglichen Ausgestaltung der bilateralen Beiträge gearbeitet, mit denen der IWF in den nächsten Wochen rund 250 Mrd. US-Dollar an zusätzlichen Ressourcen erhalten soll.

Deutschland steht – im Rahmen der von den EU-Mitgliedstaaten zugesagten 75 Mrd. € – bereit, dem IWF durch die Bundesbank einen bilateralen, temporären Kredit zur raschen Aufstockung der IWF-Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Noch in diesem Jahr sollen diese Mittel in die sogenannten Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) des IWF überführt werden. Die NKV stellen eine Art „Reservetank“ an Finanzmitteln zur Kreditvergabe des IWF dar, auf den zurückgegriffen werden kann, wenn die regulären Mittel des IWF an Länder mit Zahlungsbilanzproblemen vergeben worden

sind. Ziel ist es, dem IWF – entsprechend der G20-Vereinbarung von London – auf diesem Weg insgesamt bis zu 500 Mrd. US-Dollar an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung zu stellen.

Der IMFC und die G7-Finanzminister begrüßten zudem die verbesserten Möglichkeiten des IWF, Mitgliedstaaten, die angesichts der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten sind, zukünftig rascher und flexibler helfen zu können. Für Länder mit soliden wirtschaftlichen Fundamentaldaten (einschließlich einer guten mittelfristigen Perspektive bezüglich ihrer Finanzlage) wurde hierzu die sogenannte „Flexible Credit Line“ geschaffen. Die G7-Finanzminister unterstützten die in diesem Rahmen gestellten Kreditanträge von Mexiko, Polen und Kolumbien.

3.2 Governance-Reformen sowie Quoten- und Stimmrechtsreform

Mit der Reform der Quoten- und Stimmrechte aus dem Jahr 2008 wurde ein entscheidender Schritt zu einer Stärkung der Repräsentanz der Schwellen- und Entwicklungsländer geleistet. Es wurde nochmals zur raschen Ratifizierung dieser Reform aufgerufen. Deutschland hat die Reform bereits ratifiziert; das Gesetz wurde Ende März verabschiedet. Die USA befinden sich nunmehr im Prozess der Ratifizierung mit dem Kongress.

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen weitergehende Reformvorschläge. Hierzu gehört auch die beim G20-Gipfel vereinbarte erneute Überprüfung der Quoten- und Stimmrechte, die bis Anfang 2011 abgeschlossen werden soll, um die Mitwirkungsrechte der Schwellen- und Entwicklungsländer weiter zu stärken. Eine detaillierte Diskussion soll im Rahmen der Jahrestagung von IWF und Weltbank im Oktober dieses Jahres erfolgen.

Analysen und Berichte

ERGEBNISSE DER IWF-FRÜHJAHRTAGUNG UND DES G7-FINANZMINISTER-TREFFENS

4 Reformen in der Weltbank

Im Zentrum der Diskussion bei der Frühjahrstagung der Weltbank standen die Auswirkungen der Finanzkrise auf Schwellen- und Entwicklungsländer. Die Weltbank wurde für ihr rasches und umfassendes Krisenmanagement gelobt. Konsens bestand darüber, dass die G20-Beschlüsse nun zügig umgesetzt werden müssten. Die Industrieländer wurden aufgefordert, zu ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Entwicklungsländern zu stehen. Die Weltbank wurde aufgefordert, ihre verschiedenen Initiativen zur Krisenbekämpfung schnell zu implementieren, insbesondere die Maßnahmen in den Bereichen soziale Sicherung, Handelsfinanzierung, Unterstützung des Finanzsektors und Infrastrukturentwicklung. Die erwartete Verdreifachung der Kreditvergabe durch die Weltbank wurde begrüßt. Gleichzeitig wurde die Weltbankgruppe aufgefordert, bis zur Jahrestagung im Oktober 2009 zu überprüfen, ob ihre Kapitalausstattung sowie die konzessionären Kredite an die ärmsten Entwicklungsländer angemessen hoch sind. Schließlich wurde der von den G20 geforderte Abschluss der Stimmrechtsreform bis zur Frühjahrstagung 2010 bestätigt.

5 Ausblick auf das nächste G20-Treffen: Follow-up des Londoner Weltfinanzgipfels

Der Gipfel der G20-Staats- und Regierungschefs am 2. April in London wurde vom IMFC sowie den G7-Finanzministern als Erfolg gewertet. Von entscheidender Bedeutung ist es nun nach Ansicht aller Teilnehmer, die getroffenen Entscheidungen konsequent umzusetzen. Dies erfordert große Anstrengungen auf der internationalen (IWF, Weltbank), regionalen (z. B. EU) und nationalen Ebene.

Ein nächster Gipfel der G20-Staats- und Regierungschefs wird aller Voraussicht nach im September 2009 in den USA stattfinden. Dabei wird es aus deutscher Sicht insbesondere darum gehen, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, wie weit die Implementierung der beschlossenen Maßnahmen zur Neuordnung des globalen Finanzsystems vorangekommen ist. Trotz der bisherigen erheblichen Fortschritte zur Reform von Finanzmarktregulierung und -aufsicht sowie der internationalen Finanzinstitutionen (IWF, Weltbank, regionale Entwicklungsbanken) dürfen die Anstrengungen zur Schaffung eines krisenfesteren globalen Finanzsystems jetzt keinesfalls verringert werden. Darüber hinaus wird der Austausch über die aktuelle Lage der Weltwirtschaft und die Situation an den Finanzmärkten ein wichtiger Bestandteil des Treffens sein.

Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern

1	Überblick	63
2	China	64
3	Indien	66
4	Südkorea	67
5	Indonesien	69
6	Russland	70
7	Ukraine	72
8	Argentinien	74
9	Brasilien	75
10	Mexiko	76
11	Südafrika	77

- Die Finanzkrise hat massive Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern.
- China verzeichnete 2008 das schwächste Wirtschaftswachstum seit sieben Jahren.
- Russland und die Ukraine befinden sich in der Rezession.
- Die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der lateinamerikanischen Region hat sich im Vergleich zu früheren Krisen deutlich erhöht, auch wenn der IWF für dieses Jahr einen erheblichen Wachstumseinbruch prognostiziert.

1 Überblick

Im Jahr 2008 konnten die Schwellen- und Entwicklungsländer mit einem realen Wirtschaftswachstum von 6,1% (laut dem Internationalen Währungsfonds - IWF) insgesamt noch eine stabile wirtschaftliche Entwicklung aufweisen, auch wenn im 4. Quartal ein deutlicher Wachstumseinbruch erfolgte. Auch der Bankensektor war in diesen Ländern insgesamt im vergangenen Jahr noch relativ solide, wobei jedoch in Osteuropa zunehmend Probleme im Bankensektor zutage treten. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Schwellenländer im Jahr 2009 deutlich stärker von dem durch die Finanzkrise verursachten globalen Wachstumseinbruch in Mitleidenschaft gezogen werden.

Der IWF geht davon aus, dass die Weltwirtschaft in diesem Jahr erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg schrumpfen und erst im 1. Halbjahr 2010 ein Aufschwung eintreten wird. Die aktuelle Krise treffe inzwischen gerade auch die Schwellenländer immer stärker. Dies sei einerseits durch den Rückgang des Welthandels bedingt, andererseits dadurch, dass die westlichen Banken ihr Kapital aus den Schwellenländern abzögen. Der IWF geht im jüngsten World Economic Outlook¹ davon aus, dass die aktuelle Krise zu einem lange dauernden Rückgang des Kapitalflusses in Schwellenländer führen werde.

¹ Alle Angaben zu IWF-Prognosen beruhen auf dem World Economic Outlook, April 2009.

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Für Asien sind die Auswirkungen der globalen Krise nach Auffassung des IWF wegen des Einbruchs der Exportnachfrage überraschend stark ausgefallen. Die Region müsse daher versuchen, die Exportabhängigkeit zu verringern und den privaten Konsum als Wachstumsmotor anzukurbeln. Dennoch dürften die asiatischen Schwellenländer, in erster Linie China und Indien, weiterhin relativ hohe Wachstumsraten verzeichnen können.

Auch andere internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank oder die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) haben ebenso wie der IWF ihre Wachstumsprognosen weiter zurückgeführt. So erwartet beispielsweise die ADB 2009 einen Rückgang des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungs- und Schwellenländern Asiens auf das niedrigste Niveau seit der Asienkrise (1997/98). In ihrer jüngsten Prognose geht sie davon aus, dass die entsprechenden Länder 2009 nur noch um 3,4% wachsen werden. Für 2010 rechnet sie mit einer Beschleunigung des Wachstums auf 6,0 %.

Nach den größtenteils herben Verlusten an den lateinamerikanischen Aktienmärkten zum Ende des vergangenen und zu Beginn dieses Jahres gab es im März und April inzwischen wieder deutliche Anzeichen einer Stabilisierung der lateinamerikanischen Finanzmärkte: Zuletzt konnten die meisten Währungen in der Region ebenso wie die Börsenindizes zum Teil kräftige Gewinne verbuchen. Auch die Risikoaufschläge für lateinamerikanische Anleihen haben sich seit Jahresbeginn im Durchschnitt stark verringert. Ungeachtet der im Vergleich zu früheren Krisensituationen verbesserten wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit der meisten lateinamerikanischen Länder geht der IWF für 2009 von einem negativen realen Wirtschaftswachstum der Region von 1,5 % aus. Erst im Jahr 2010 dürfte das reale Wachstum mit +1,6 % wieder in den positiven Bereich wechseln.

Eine Neuaustrichtung der staatlichen Gegenmaßnahmen in der Wirtschafts- und Finanzkrise und die leichte Festigung des Ölpreises haben seit Ende Januar 2009 zu einer Stabilisierung der russischen Finanzlage beigetragen. Die Kapitalflucht hat deutlich nachgelassen, die Zinsen an den Geldmärkten sind gesunken, und die Aktienmärkte haben sich ebenso wie der Rubel spürbar erholt. Die größte Sorge in Russland gilt heute der Krise des Realsektors und in diesem Zusammenhang auch dem erwarteten Anstieg der Kreditausfallraten bei den russischen Banken.

Die Ukraine befindet sich seit Herbst 2008 in einer dreifachen Krise: politisch, wirtschaftlich und finanziell. In einer politisch seit langem instabilen Lage, die wichtige Reformen erschwert, bringt die Finanzkrise insbesondere den ukrainischen Privatsektor in Bedrängnis. Das noch vor kurzem fast zweistellige Wirtschaftswachstum verkehrt sich in eine Rezession. Die staatliche Haushaltsslage verschlechtert sich zusehends, und ein verbreitetes Bankensterben muss befürchtet werden.

2 China

Das reale Wirtschaftswachstum in China lag nach offiziellen Angaben 2008 bei 9 % – die niedrigste Rate seit sieben Jahren (8,3 % im Jahr 2001). Erreichten die Wachstumsraten in den ersten beiden Quartalen des vergangenen Jahres über 10 %, war bereits im 3. Quartal ein deutlicher Rückgang (9 %) festzustellen, der sich im 4. Quartal fortsetzte (6,8 %). Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug 2008 rund 4 421 Mrd. US-Dollar. Die chinesische Regierung geht für 2009 von einem Wirtschaftswachstum von 8 % aus. Der IWF erwartet ein Wachstum des realen BIP von 6,5 % und für 2010 einen leichten Anstieg auf 7,5 %. Im 1. Quartal 2009 ist die chinesische Wirtschaft um 6,1 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gewachsen – das ist die niedrigste Quartalswachstumsrate seit fast zehn Jahren. Sie lag um 4,5 Prozentpunkte unter der des ersten Quartals 2008.

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Zur Ankurbelung der Konjunktur hat die Regierung umfangreiche Maßnahmen ergriffen. Ein rund 586 Mrd. US-Dollar umfassendes Konjunkturpaket, das u. a. Ausgabenerhöhungen für Infrastruktur, Gesundheitswesen und Bildung sowie Steuersenkungen in ausgewählten Bereichen vorsieht, wurde im November verabschiedet und soll bis 2010 umgesetzt werden.

Zur Unterstützung dieser Maßnahmen hat die chinesische Zentralbank (People's Bank of China – PBoC) seit September 2008 die Leitzinsen in fünf Schritten auf aktuell 5,31 % bei einjährigen Krediten beziehungsweise 2,25 % bei einjährigen Einlagen gesenkt. Außerdem wurden die Mindestreservesätze für Geschäftsbanken in vier Schritten auf 13,5 % für kleine Geschäftsbanken und auf 15,5 % für die großen Staatsbanken zurückgenommen sowie die Kreditquoten für Banken ausgesetzt.

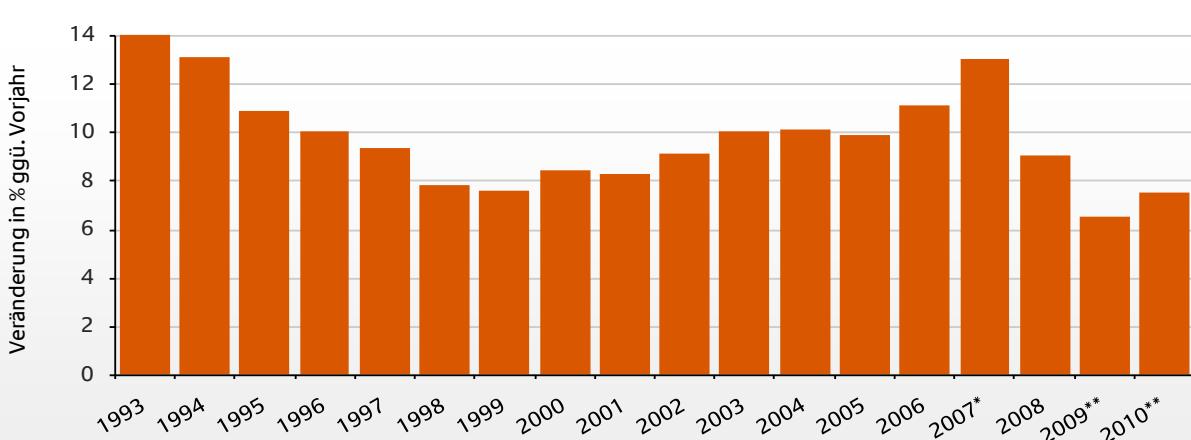
Die Inflationsrate lag 2008 im Jahresdurchschnitt bei 5,9 % (Vorjahr: 4,8 %). Ursache hierfür war insbesondere die hohe Preissteigerung im 1. Halbjahr. Sinkende Preise für Rohstoffe sorgten ab Mitte des Jahres für ein Abflauen der Inflation. Im Dezember stiegen

die Verbraucherpreise nur noch mit einer Jahresrate von 1,2 %. Die Tendenz des abnehmenden Preisauftriebs setzte sich 2009 fort, und im Februar sank die Inflationsrate zum ersten Mal in sechs Jahren um 1,6 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Im 1. Quartal ist die Inflationsrate damit insgesamt um 0,6 % zurückgegangen. Das Inflationsziel der Regierung liegt bei jahresdurchschnittlich 4 %.

Die chinesischen Finanzmärkte verzeichneten 2008 starke Einbrüche. So verlor der chinesische Aktienmarkt bis Ende 2008 rund 65 % gegenüber dem Jahresbeginn. Seit Anfang 2009 konnte er allerdings wieder rund 35 % an Wert zulegen. Die Risikoaufschläge für chinesische Staatsanleihen haben sich bis Ende 2008 zwar verdoppelt, wiesen aber mit 228 Basispunkten das geringste Niveau der Schwellenländer auf. Bis Ende April wurde eine Senkung auf 141 Basispunkte erreicht.

Die von der PBoC gesteuerte Aufwertung der Landeswährung Yuan kam fast zum Stillstand. Der Wertzuwachs des Yuan gegenüber dem US-Dollar im Jahr 2008 betrug insgesamt 6,6 %, gegenüber dem Euro knapp 11,4 %. Seit Anfang

Abbildung 1: Wachstum des realen BIP in China seit 1993



* Korrektur von 11,9 % auf 13 % im März 2009.
**2009/2010: IWF-Prognose, WEO April 2009.

Quelle: National Bureau of Statistics of China.

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

2009 ist die Entwicklung gegenüber dem US-Dollar relativ stabil. Die chinesischen Währungsreserven stiegen 2008 um knapp 418 Mrd. US-Dollar auf 1 946 Mrd. US-Dollar Ende Dezember (+ 27,3 % im Jahresvergleich), wovon China gut ein Drittel in US-Bundesanleihen hält. Im 1. Quartal 2009 stiegen die Währungsreserven weiter um 16 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf 1 954 Mrd. US-Dollar.

Im Jahr 2008 konnte bei einem Außenhandelsvolumen von rund 2 558 Mrd. US-Dollar (Exporten von rund 1 429 Mrd. US-Dollar standen Importe von gut 1 133 Mrd. US-Dollar gegenüber) ein Handelsüberschuss von rund 295 Mrd. US-Dollar (+ 17,8 % gegenüber dem Vorjahr) erzielt werden. Allerdings kam es im November erstmals seit mehr als sieben Jahren zu einem Exportrückgang um 2,2 % im Jahresvergleich, die Importe fielen jedoch noch stärker. Diese Tendenz setzte sich auch 2009 fort. Vor allem die Nachfrageschwäche in den USA und die sinkende Nachfrage aus den Industrieländern insgesamt machten sich bemerkbar. Die erhoffte Kompensation durch den innerasiatischen Handel blieb zudem aus. Wichtigster Handelspartner war die EU, gefolgt von den USA und Japan. Nach offiziellen Angaben fielen Exporte und Importe 2009 bisher jeweils mit zweistelligen Raten. Im 1. Quartal 2009 konnte bei Exporten von 246 Mrd. US-Dollar (- 20 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum) und Importen von 183 Mrd. US-Dollar (- 31 %) ein Handelsüberschuss von rund 63 Mrd. US-Dollar erzielt werden.

Auch 2008 war ein Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen (FDI) in China auf rund 94 Mrd. US-Dollar (ohne Finanzinvestitionen) zu verzeichnen – eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um knapp 24 %. Allerdings waren die Steigerungsraten seit Oktober rückläufig. Bis einschließlich März 2009 war zwar weiterhin ein relativ hoher Zufluss an FDI (insgesamt 21,8 Mrd. US-Dollar) zu verzeichnen; der Wert sank aber um 20,8 % gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahreszeitraums. 2008 sind nach offiziellen Angaben auch

erhebliche chinesische Investitionen ins Ausland geflossen, nämlich knapp 41 Mrd. US-Dollar (ohne Finanzsektor), das bedeutet einen Anstieg um 63,5 % gegenüber dem Vorjahr.

3 Indien

Auch die drittgrößte Volkswirtschaft Asiens bekommt die Auswirkungen der internationalen Krise mehr und mehr zu spüren. Im 3. Quartal (Oktober bis Dezember) des Fiskaljahres wuchs das BIP um 5,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Damit wurde das schwächste Wachstum seit nahezu sechs Jahren registriert. Nachdem die indische Wirtschaft in den vergangenen drei Jahren um durchschnittlich 9 % gewachsen ist, erwartet die indische Zentralbank (Reserve Bank of India – RBI) für das im März abgelaufene Fiskaljahr 2008/2009 nur noch ein Wirtschaftswachstum von 6,5 % bis 6,7 %. Der Kapitalzufluss aus dem Ausland, der in den vergangenen Jahren die inländische Nachfrage angetrieben hat, ist aufgrund der globalen Finanzkrise fast zum Stillstand gekommen. Nach Einschätzung des IWF dürfte sich das indische Wirtschaftswachstum weiter abschwächen. Indien sei aber aufgrund der bislang hohen Wachstumsraten gut aufgestellt, um den Auswirkungen der Finanzkrise auf die inländische Wirtschaft zu widerstehen. Für 2009 rechnet der IWF mit einer Wachstumsrate des BIP von 4,5 %, für 2010 mit 5,6 %. Allerdings solle sich die indische Regierung nach Auffassung des IWF auf kurzfristige Maßnahmen zur Belebung der Kreditströme und den Erhalt der Liquidität konzentrieren. Eine Erhöhung der Staatsausgaben sei aufgrund der bereits hohen Staatsschuld (rund 80 % des BIP) kritisch zu sehen.

Um den Folgen des weltweiten Abschwungs zu begegnen, hat die indische Regierung bereits im Dezember ein Maßnahmenpaket eingeführt, das u. a. zusätzliche Ausgaben und partielle Steuersenkungen im Umfang von rund 10 Mrd. US-Dollar umfasste. Anfang Januar folgte ein zweites

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Konjunkturprogramm mit Ausgaben für die Rekapitalisierung von Staatsbanken und Steuererleichterungen für Exportunternehmen. Im Mittelpunkt des im April verkündeten dritten Konjunkturpakets steht die Senkung der indirekten Steuern.

Am 16. April hat in Indien die Parlamentswahl begonnen. Bis zum 13. Mai sind aus organisatorischen und Sicherheitsgründen an insgesamt fünf Wahltagen mehr als 700 Millionen Menschen zur Stimmabgabe aufgerufen. Das Ergebnis der Wahl soll am 16. Mai verkündet werden. Die von Sonia Gandhis Kongress-Partei geführte Regierungskoalition wird von der National-Demokratischen Allianz, an deren Spitze die hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) steht, herausgefordert.

Der indische Aktienmarkt verzeichnete im Jahr 2008 einen Kursrückgang von rund 52%. Bis Februar setzte der Aktienmarkt seine Talfahrt fort, konnte aber seit Anfang März einen rasanten Anstieg verzeichnen und befand sich Ende April 2009 etwa auf dem Niveau von Mitte Oktober 2008.

Die indische Währung (Rupie), die teilweise konvertibel ist, wertete 2008 gegenüber dem US-Dollar um knapp 19 % und gegenüber dem Euro um 15 % ab. Von Anfang 2009 bis Ende April betrug der Wertverlust der Rupie knapp 3 % gegenüber dem US-Dollar, gegenüber dem Euro verzeichnete die Rupie einen Wertzuwachs von etwa 2,5 %. Auch aufgrund der Stützungskäufe der RBI kam es zu einem starken Rückgang der Währungsreserven – nach einem Höchststand von rund 315 Mrd. US-Dollar im Mai 2008 betrugen diese Ende Dezember rund 254 Mrd. US-Dollar. Bis Mitte April war ein weiterer Rückgang auf 252 Mrd. US-Dollar zu verzeichnen.

Die Inflationsrate war in den vergangenen Monaten deutlich rückläufig. Der Großhandelspreisindex, der noch im August einen Anstieg auf den Höchstwert von 12,9 % im Vergleich zum Vorjahr auswies, stieg Ende

Dezember im Vorjahresvergleich um knapp 6,4 %. Auch 2009 ist die Inflationsrate weiter rückläufig.

Im April hat die RBI erneut die Leitzinsen um 25 Basispunkte gesenkt; die Rate, zu der die RBI Geld an Geschäftsbanken verleiht, wurde auf 4,75 % und der Einlagensatz auf 3,25 % reduziert. Mit dieser Maßnahme sollen die Banken zu einer verstärkten Kreditvergabe für produktive Zwecke ermutigt werden. Weitere Zinssenkungen dürften in den nächsten Monaten folgen. Seit Oktober hat die RBI damit den Ausleihzinssatz in sechs Schritten um insgesamt 425 Basispunkte und den Einlagensatz seit Dezember in vier Schritten um 175 Basispunkte gesenkt. Auch die Mindestreserveverpflichtung für die Geschäftsbanken wurde seit Oktober in vier Schritten auf 5 % zurückgeführt.

Es wird erwartet, dass die FDI im Fiskaljahr 2008/2009 das erste Mal seit fünf Jahren zurückgegangen sind. Die Nettozuflüsse dürften nach Regierungsprognosen auf rund 30 Mrd. US-Dollar sinken, nach 34,4 Mrd. US-Dollar im Vorjahr. Während in der ersten Hälfte des Fiskaljahres 2008/09 noch hohe FDI zuflossen, kam in der zweiten Jahreshälfte die Wende. Im Zeitraum von April 2008 bis Januar 2009 konnte Indien insgesamt FDI in Höhe von 27,4 Mrd. US-Dollar attrahieren.

Das Handelsdefizit ist im Haushaltsjahr 2008/2009 weiter gestiegen. Im Zeitraum von April bis Januar wuchs es auf 98,5 Mrd. US-Dollar. Dabei beliefen sich die Exporte auf 143 Mrd. US-Dollar (+12,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum), während sich die Importe noch stärker auf 241,5 Mrd. US-Dollar (+24,4 %) erhöhten.

4 Südkorea

Die wirtschaftliche Dynamik der stark exportorientierten Volkswirtschaft hat sich angesichts des eingetrübten internationalen Umfelds weiter abgeschwächt. Die Wachstumsrate des realen BIP lag 2008 nur

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

noch bei 2,5 %. Das BIP war im 4. Quartal 2008 im Vergleich zum Vorjahr um real 3,4 % gesunken – der niedrigste Stand seit zehn Jahren. Die starken weltweiten Wachstumseinbrüche haben die Wirtschaft des Landes hart getroffen. Insbesondere die kapitalschwachen klein- und mittelständischen Unternehmen verkraften die Krise wesentlich schlechter als die auf den Weltmärkten gut aufgestellten Großunternehmen. Der IWF prognostiziert für die koreanische Wirtschaft, dass das Land in diesem Jahr erstmals seit mehr als zehn Jahren in eine Rezession rutschen wird – während der Asienkrise 1998 war die Wirtschaftsleistung des Landes um 6,9 % gefallen. Die Wirtschaftsleistung wird dem IWF zufolge um 4 % schrumpfen. Für 2010 erwartet der IWF aber, dass Südkorea im Zuge einer Erholung der Weltwirtschaft wieder ein Wachstum von 1,5 % erreichen wird.

Zur Stützung der Wirtschaft hat die Regierung verschiedene Maßnahmen ergriffen. Im November wurde ein Konjunkturprogramm in Höhe von 14 Bio. Won (rund 11 Mrd. US-Dollar) aufgelegt, davon für Steuersenkungen 3 Bio. Won und für zusätzliche Staatsausgaben 11 Bio. Won. Die Finanzierung erfolgt überwiegend über Staatsanleihen. Außerdem sollen Regierung und Zentralbank zusätzlich 16 Mrd. US-Dollar für Exporteure zur Verfügung stellen, damit diese ihre Finanzierungsprobleme überwinden können. Im Dezember hat die Regierung weitere Steuervergünstigungen und Subventionen zur Förderung der regionalen Entwicklung und Ausgaben für Infrastrukturprojekte angekündigt. Diese Maßnahmen können weitere Kosten von bis zu 41 Mrd. US-Dollar verursachen.

Ungeachtet der Finanzkrise und des allgemein ungünstigen Investitionsklimas stiegen die FDI 2008 auf 11,7 Mrd. US-Dollar an (+ 11,3 % gegenüber dem Vorjahr) – der erste Anstieg seit 2004. Dazu dürfte eine investitionsfreundliche Politik der Regierung beigetragen haben. Steigende Investitionen

aus Japan und der EU konnten den Investitionsrückgang aus den USA überdecken. Bedingt durch die weltweite negative wirtschaftliche Entwicklung sind die FDI im 1. Quartal 2009 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum jedoch um 38 % auf 1,7 Mrd. US-Dollar zurückgegangen. Die koreanischen Auslandsinvestitionen erhöhten sich 2008 um gut 18 % gegenüber dem Vorjahr auf rund 33 Mrd. US-Dollar, wofür insbesondere die großen Konglomerate verantwortlich zeichneten. Im Vordergrund standen vor allem Investitionen im Bergbau- und im verarbeitenden Sektor. Die meisten Investitionen flossen in den Irak und nach Australien, während Investitionen in China und Vietnam zurückgingen.

Für das Gesamtjahr 2008 verzeichnete Korea ein Handelsdefizit von rund 13 Mrd. US-Dollar. Die Exporte beliefen sich 2008 auf 422 Mrd. US-Dollar (+ 13,6 % gegenüber Vorjahr). Größter Abnehmer koreanischer Waren war China, gefolgt von den USA und Japan. Die Importe betrugen 2008 rund 435 Mrd. US-Dollar (+ 22 %). Größte Lieferantenländer waren China, Japan und die USA. Im 1. Quartal 2009 gingen die Exporte im Vergleich zum Vorjahr um 24,5 % zurück und erreichten 75 Mrd. US-Dollar. Da die Importe um 32,9 % auf gut 71 Mrd. US-Dollar zurückgingen, konnte Korea einen Überschuss in der Handelsbilanz von knapp 4 Mrd. US-Dollar erreichen. Für 2009 erwartet die koreanische Regierung einen Gesamtüberschuss von 17 Mrd. bis 18 Mrd. US-Dollar.

Auch die koreanischen Finanzmärkte bekamen die internationale Finanzkrise heftig zu spüren und mussten 2008 erhebliche Einbußen hinnehmen. So war am Aktienmarkt ein Kursrückgang um gut 40 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Der koreanische Aktienmarkt hat aber seit Anfang März deutliche Gewinne erzielen können und erreichte bis Ende April ein Plus von fast 22 % gegenüber dem Jahresanfang 2009.

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Im Jahr 2008 geriet die koreanische Währung unter starken Abwertungsdruck. Gegenüber dem US-Dollar hat der Won 2008 insgesamt um fast 26 % abgewertet, gegenüber dem Euro um gut 22 %. Von Jahresbeginn 2009 bis Ende April betrug die Abwertung des Won gegenüber dem US-Dollar gut 2 %, gegenüber dem Euro hat der Won einen Wertzuwachs von gut 3 % erzielt. Auch aufgrund der massiven Interventionen der Bank of Korea (BoK) sanken die Währungsreserven von zwischenzeitlich rund 264 Mrd. US-Dollar (im März 2008) auf rund 201 Mrd. US-Dollar Ende Dezember und stiegen bis Ende März 2009 wieder um knapp 5 Mrd. US-Dollar auf 206 Mrd. US-Dollar an. Sie sind weiterhin die sechsthöchsten der Welt.

Angesichts der Krise hat die koreanische Zentralbank seit Oktober eine Lockerung der Geldpolitik vorgenommen. Der Leitzins wurde seitdem in sechs Schritten um 325 Basispunkte auf 2 % – ein historischer Tiefstand – gesenkt, zuletzt Mitte Februar um 50 Basispunkte. Positiv kann der nachlassende Preisdruck gesehen werden. Die Inflationsrate sank von 5,9 % im Juli 2008 auf 3,9 % im März 2009. Dadurch war die BoK in der Lage, ungeachtet des schwachen Won Zinssenkungen vorzunehmen, ohne kurzfristig zunehmende Inflation befürchten zu müssen.

5 Indonesien

Aus den Parlamentswahlen im April ist die Demokratische Partei (PD) von Indonesiens Präsident Susilo Bambang Yudhoyono als Gewinnerin hervorgegangen. Nach Hochrechnungen erhielt die PD 20,4 % der Stimmen und konnte ihren Stimmenanteil gegenüber 2004 fast verdreifachen. Zweitstärkste Kraft wurde die von der früheren Präsidentin Megawati Sukarnoputri geführte Partei des Demokratischen Kampfes mit 15 %. Das offizielle Ergebnis der dritten Wahl seit dem Sturz der autoritären Suharto-Regierung 1998 wird erst in einigen Wochen feststehen. Bei der am 8. Juli stattfindenden Präsidentenwahl hat der 59-jährige Ex-General

Yudhoyono gute Aussichten für eine Wiederwahl.

Die indonesische Wirtschaft gerät im Rahmen der globalen Finanzkrise zunehmend unter Druck. Für 2008 weist Indonesien ein Wirtschaftswachstum von 6,1 % aus (Vorjahr: + 6,3 %). Nach Einschätzung der Regierung dürfte das Wachstum des realen BIP im 1. Quartal 2009 mit etwa 4,6 % die ursprünglichen Prognosen von internationalen Finanzinstitutionen deutlich übertreffen, die für 2009 ein Wachstum zwischen 3 % und 4 % vorausgesagt hatten. Ausschlaggebend für die günstigere Entwicklung sei die stärkere Zunahme des privaten Verbrauchs, der etwa 70 % des BIP ausmache. Für das Gesamtjahr hält die Regierung ein Wirtschaftswachstum von 4,5 % für möglich. Der IWF erwartet 2,5 % für 2009 und 3,5 % für 2010.

Ende Februar 2009 hat das indonesische Parlament das Konjunkturprogramm der Regierung mit einem Gesamtvolumen von 73,3 Bio. Rupiah (etwa 6,5 Mrd. US-Dollar) gebilligt, das Steuererleichterungen und Subventionen für Unternehmen sowie Verbraucher von 56,3 Bio. Rupiah beinhaltet. Die weiteren Ausgaben sind im Wesentlichen für Infrastrukturvorhaben vorgesehen.

Aufgrund höher als geplant ausgefallener Einnahmen und geringerer Ausgaben konnte 2008 der Staatshaushalt deutlich verbessert werden. Der Anteil des Haushaltsdefizits am BIP sank auf 0,1 % und lag weit unter den zum Jahresbeginn geplanten 2,1 %. Nach offiziellen Angaben beträgt der Fehlbetrag im Staatshaushalt 2008 etwa 4,2 Bio. Rupiah. Für das Wahljahr 2009 erwartet die indonesische Regierung ein Defizit von 2,5 %.

Um die Auswirkungen der weltweiten Wachstumsschwäche auf die indonesische Wirtschaft zu begrenzen, hat die indonesische Notenbank (Bank Indonesia) seit Dezember den Leitzins in fünf Schritten um 200 Basispunkte verringert, zuletzt wurde der Schlüsselzinssatz im März um 50 Basispunkte

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

und Anfang April um weitere 25 Basispunkte auf 7,5 % reduziert. Aufgrund des nachlassenden Inflationsdruck seien die Zinssenkungen möglich gewesen. Die durchschnittliche Inflationsrate lag 2008 bei circa 10 % – bei einem Inflationsziel von 5 %. Nach Einschätzung der Bank Indonesia dürfte die Inflationsrate 2009 auf Werte zwischen 5 % und 7 % zurückgehen; das Inflationsziel für 2009 liegt bei 4,5 % (mit Korridor von +/- 1%). Im Februar hatte sich die Inflationsrate auf 8,6 % abgeschwächt. Auch im März stieg der Verbraucherpreisindex im Vergleich zum Vorjahr langsamer an (7,9 %).

Angesichts der insbesondere von Oktober bis Ende November letzten Jahres vorherrschenden extremen Risikoaversion internationaler Anleger fiel der indonesische Aktienindex im genannten Zeitraum auf ein 10-jähriges Tief (im November circa 60 % unter dem Stand von Anfang 2008). Seit Dezember setzte eine leichte Kurserholung ein, seit Jahresbeginn 2009 konnte ein Plus von mehr als 20 % erreicht werden.

Von Anfang September bis Anfang Dezember stand die indonesische Währung unter starkem Abwertungsdruck – die Abwertung im genannten Zeitraum betrug knapp 40 % gegenüber dem US-Dollar – und erreichte einen historischen Tiefstand. Maßnahmen der Bank Indonesia zur Verminderung von Kapitalflucht und somit weiterem Abwertungsdruck Mitte November zeigten Wirkung, sodass der Druck auf den Wechselkurs etwas nachließ und zu einer gewissen Erholung - allerdings nur bis Anfang Januar - führte. Die Währungsreserven betrugen Ende März 54,8 Mrd. US-Dollar.

Der indonesische Außenhandel konnte 2008 ungeachtet der im letzten Quartal deutlich verschlechterten Bedingungen eine Expansion verzeichnen. 2008 stiegen die Exporte des Landes um fast 20 % gegenüber dem Vorjahr auf rund 137 Mrd. US-Dollar, während die Importe um fast 73 % auf rund 129 Mrd. US-Dollar hochschnellten. Für 2009 erwartet die

indonesische Regierung einen deutlichen Rückgang der Im- und Exporte um 15 % bis 30 %. Allerdings spielen die Exporte für Indonesien im Gegensatz zu den stärker exportabhängigen Ländern in der Region, wie Malaysia oder Singapur, eine nicht so bedeutende Rolle. Die Exporte machen rund ein Drittel des BIP aus.

Im Jahr 2008 betragen die realisierten FDI in Indonesien nach offiziellen Angaben insgesamt knapp 15 Mrd. US-Dollar – ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um fast 44 %. Das Ziel der Regierung für 2008 von 5,4 Mrd. US-Dollar wurde deutlich überschritten. Die FDI kamen aus Mauritius, gefolgt von Singapur, Japan, Großbritannien und Malaysia.

6 Russland

Die Reaktionen der russischen Regierung und Zentralbank auf die Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich im Verlauf des vergangenen Jahres deutlich geändert. Bis in den Sommer 2008 prägten starke Fundamentalsdaten bei hohen Rohstoffpreisen, hohen Aktienkursen und einem starken Rubel das Selbstverständnis als „Insel der Stabilität“ in der heraufziehenden Finanzkrise; die Gefahren schienen eher von einer Überhitzung z. B. des Immobiliensektors und zweistelligen Inflationsraten auszugehen.

Nach jahrelang starkem Wachstum trafen im August/September 2008 in kurzer Folge sinkende Rohstoff-, insbesondere Ölpreise, die Vorgänge um erneute staatliche Einflussnahme im Fall Metschel und die Georgienkrise die russischen Finanzmärkte, bevor mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers eine krisenhafte Zuspitzung eintrat. Der russische Aktienindex RTS fiel innerhalb weniger Wochen auf nur noch rund 30 % seines Höchststandes vom 19. Mai 2008. Kapital wurde wieder aus Russland abgezogen; im 4. Quartal 2008 wurde ein Nettokapitalabfluss von 130 Mrd. US-Dollar berichtet.

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Die erste Phase des russischen Krisenmanagements war daher von dem Bemühen geprägt, die Liquidität im Finanzsektor zu stützen und den raschen Zusammenbruch einer Vielzahl von Banken zu verhindern. Dies ist in einer raschen Abfolge von koordinierten Notmaßnahmen der Regierung (neue Kreditlinien) und der Zentralbank (u. a. Senkung der Zinssätze) mit einem geschätzten Gesamtvolumen von 200 Mrd. US-Dollar gelungen. Ein Ansturm auf die Banken blieb aus, und das System insbesondere der großen Banken blieb funktionsfähig. Nicht verhindert werden konnte allerdings eine spürbare Verknappung des Kreditangebots für Unternehmen mit entsprechenden Folgen für die Realwirtschaft. Kleine und mittlere Unternehmen tun sich sehr schwer, neue Kredite zu erhalten. Von knapp 1 200 Banken befanden sich Mitte März 15 in der Restrukturierung und mehr als 70 in Liquidation.

Im weiteren Verlauf der Krise wurde klar, dass zwar eine akute Katastrophe (Funktionsuntüchtigkeit des Finanzsystems, endemische Bankeninsolvenzen) einstweilen vermieden werden konnte, dass aber die Krise nicht von kurzer Dauer sein und daher auch dem Realsektor große Probleme bereiten würde. Angesichts der zunächst noch entspannten Haushaltsslage reagierte die Regierung darauf mit breitgefächerten Maßnahmen zur Förderung und Entlastung der Wirtschaft.

Der Rubel geriet durch Kapitalabflüsse und sinkende Rohstoffpreise unter starken Druck. Die erste Reaktion der Zentralbank waren Stützungskäufe aus den umfangreichen Währungsreserven. Als sich im Spätherbst erwies, dass insbesondere der niedrigere Ölpreis so bald nicht wieder das frühere Niveau erreichen würde, wurde bis in den Januar eine Linie verfolgt, die anhaltende Stützungskäufe mit einer Vielzahl von Abwertungsschritten um jeweils 1% kombinierte. Die Währungsreserven sanken dabei von rund 600 Mrd. US-Dollar auf knapp 400 Mrd.

US-Dollar, und die Spekulation gegen den mittlerweile um 20 % abgewerteten Rubel nahm zu. Deswegen zog die Notenbank am 22. Januar 2009 die Bremse und verteidigte eine neue, niedrigere Interventionsgrenze des Rubels im Verhältnis zu US-Dollar und Euro u. a. mit höheren Referenzzinssätzen. Auch der Ölpreis stabilisierte sich. Der zeitweise um 40 % gefallene Rubel/US-Dollar-Kurs fing sich und stieg seitdem um etwa 10 % an.

Die russische Regierung stellt sich inzwischen auf eine längere, d. h. mindestens über das Jahr 2009 hinaus anhaltende Krise und einen für längere Zeit niedrigeren Ölpreis ein. Dies äußert sich in einer Beendigung des massiven Einsatzes von Haushalts- und Reservemitteln zur Erhöhung der Liquidität; der Akzeptanz eines dauerhaft niedrigeren Rubelkurses; der Vorlage eines auf der Grundlage eines Ölpreises von 41 US-Dollar je Barrel überarbeiteten Haushalts 2009 und der Zurückweisung von Forderungen, die Unternehmen mit Staatshilfen über die Krise zu retten. Stattdessen weisen Regierungsvertreter auf Modernisierungserfordernisse, die Selektionsfunktion des Wettbewerbs und Konsolidierungswänge im Bankensektor hin.

Seit Februar 2009 hat sich die Finanzlage, wiederum parallel zur Ölpreisentwicklung, auf niedrigem Niveau stabilisiert. Dies gilt für den Kurs des Rubel wie für die Aktienkurse, die Zinsaufschläge auf Regierungsanleihen und die Höhe der Währungsreserven; allerdings hält die Kapitalflucht an: 39 Mrd. US-Dollar im 1. Quartal 2009. Die wirtschaftlichen Krisenfolgen, nämlich Produktionseinbrüche, steigende Arbeitslosigkeit und drohende soziale Probleme, treten in den Vordergrund. Der überarbeitete Haushalt 2009 verschiebt die Prioritäten: keine Hilfen auf breiter Front, aber 20 Mrd. US-Dollar Hilfen nur für ausgewählte „strategische“ Unternehmen und Sektoren (Liste von 295 „systemrelevanten“ Firmen), 13 Mrd. US-Dollar für Arbeitslosengeld und andere Sozialleistungen, 8 Mrd. US-Dollar für besonders getroffene Regionen. Das

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Haushaltsdefizit von 7,4 % des BIP soll aus dem Reservefonds finanziert werden.

Das Wachstum des realen BIP lag 2008 in Russland bei 5,6 %. Für 2009 prognostiziert der IWF ein negatives Wirtschaftswachstum von 6,0 %, die russische Regierung geht von -3,5 % aus. Eine „zweite Welle“ der Finanzkrise könnte bei unveränderten Parametern im Herbst ansteigen, wenn zahlreiche in Fremdwährungen aufgenommene Unternehmenskredite fällig werden.

7 Ukraine

Die politische Lage ist nach wie vor geprägt von heftigen Auseinandersetzungen zwischen den drei großen Lagern: Staatspräsident Wiktor Juschtschenko, Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und die oppositionelle Partei der Regionen. Die Partei Juschtschenkos hatte im September 2008 die Ende 2007 gebildete Koalition mit der Timoschenko-Partei aufgekündigt. Eine im Dezember 2008 neu gebildete Koalition genießt insbesondere bei der Partei Juschtschenkos nur wenig Akzeptanz. Mehrmals, zuletzt im Februar 2009, scheiterte ein parlamentarisches Misstrauensvotum gegen Timoschenko. Der Dauerwahl- und -machtkampf sowie die unklare Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Präsident, Regierung und Parlament behindern ein effektives Krisenmanagement der Regierung.

Drei Jahre des Booms 2005 bis 2008 beruhten auf hohen Preisen der Exportgüter und hohen Kapitalzuflüssen, oft in Form kurzfristiger Kredite. Die Zusatzeinnahmen wurden zu einem großen Teil für konsumtive Ausgaben wie Lohnerhöhungen genutzt. Im letzten Jahr haben sich die wichtigsten terms of trade verschlechtert: Preise und Absatzmengen wichtiger Exportgüter, allen voran Stahl (75 %) und Metallprodukte, aber auch Chemieerzeugnisse, sind stark gefallen. Demgegenüber musste die Ukraine mit Russland eine weitere deutliche Erhöhung der

Gaspreise vereinbaren, eine besondere Belastung für die ukrainische Wirtschaft mit ihrer energieintensiven Industriestruktur. Die Industrieproduktion schrumpfte im 1. Quartal 2009 um 32 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum, wuchs allerdings im März 2009 bereits wieder um 8 % gegenüber Februar. Der IWF erwartet für 2009 ein negatives Wirtschaftswachstum von 8 %, für 2010 ein positives Wachstum von 1,0 %.

Der im November 2008 vereinbarte Stand-by-Kredit des IWF (SBA) über 16,4 Mrd. US-Dollar geriet schon in der ersten Überprüfung in Schwierigkeiten; die zweite Auszahlungsrate von 1,9 Mrd. US-Dollar wurde ausgesetzt, nachdem ein in der Rezession unrealistisch gewordenes Budget zur Verfehlung der IWF-Auflagen zu führen drohte. Schritt für Schritt haben Regierung und Parlament der Ukraine einzelne Sparmaßnahmen ergriffen und die Unabhängigkeit der Zentralbank bestätigt. Es wurde Einvernehmen über den Rekapitalisierungsbedarf der ukrainischen Banken erzielt. Letzte Voraussetzungen für den positiven Abschluss der Überprüfung, wie Eindämmung der Defizite des staatlichen Öl- und Gasversorgers Naftogaz, Rentenkürzungen sowie Steuer- und Versorgungstariferhöhungen, hat die Regierung wegen fehlender Mitarbeit des Parlaments im Verordnungswege beschlossen. Die zurückgekehrte IWF-Mission erzielte auf dieser Basis am 17. April 2009 eine Einigung mit der Regierung und empfiehlt dem Board für seine Sitzung im Mai 2009 die Wiederaufnahme der Auszahlungen (unter Einbindung der dritten Auszahlungsrate 2,8 Mrd. US-Dollar sofort und weitere 2,8 Mrd. US-Dollar nach der zweiten Überprüfung im Juni).

Seit September 2008 bis Ende April hat die nationale Währung Hriwna 35 % gegenüber dem Euro und 40 % gegenüber dem US-Dollar verloren. Die Zinsen im Interbankenhandel stiegen dabei auf bis zu 80 %. Ein groß aufgelegtes Anti-Krisen-Maßnahmenpaket nach russischem Muster zeichnet sich in der

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Ukraine nicht ab, u. a., da die Möglichkeiten der Haushaltsfinanzierung begrenzt sind.

Einige private Geschäftsbanken leiden bereits stark unter den eingeschränkten Refinanzierungsmöglichkeiten bei gleichzeitig vermehrt ausfallgefährdetem Kreditbestand. Bereits im Oktober 2008 wurde die Prominvestbank zahlungsunfähig und später von der staatlich-russischen Entwicklungsbank VEB übernommen. Aufgrund des von IWF und Zentralbank ermittelten Rekapitalisierungsbedarfs erhöhten 19 (meist im Auslandsbesitz befindliche) Banken selbständig ihr Eigenkapital, sieben weitere werden hierfür Staatsgelder in Gesamthöhe von 2,5 Mrd. US-Dollar in Anspruch nehmen und dafür 75 % ihrer Aktien übergeben. Im Staatshaushalt sind 5,5 Mrd. US-Dollar für Bankenrekapitalisierungen veranschlagt. Die Auslandsschulden der Banken und Unternehmen beliefen sich Ende 2008 auf 80 Mrd. US-Dollar, wovon 22 Mrd. US-Dollar im Jahr 2009 fällig werden. Die staatliche Auslandsverschuldung betrug 14 Mrd. US-Dollar.

Die Spreads ukrainischer Staatsanleihen im Verhältnis zu US-Treasury Bonds sind seit Sommer 2008 von etwa 500 Basispunkten auf bis zu 3 700 Basispunkte (1 732 Punkte Ende April) gestiegen, die Refinanzierungsmöglichkeiten an den Märkten sind damit de facto ausgefallen. Die Frage ist, wie lange die Währungsreserven (Mitte April 2009 noch 25,4 Mrd. US-Dollar nach 31,4 Mrd. US-Dollar zu Jahresbeginn) einer anhaltenden Wirtschaftskrise standhalten werden.

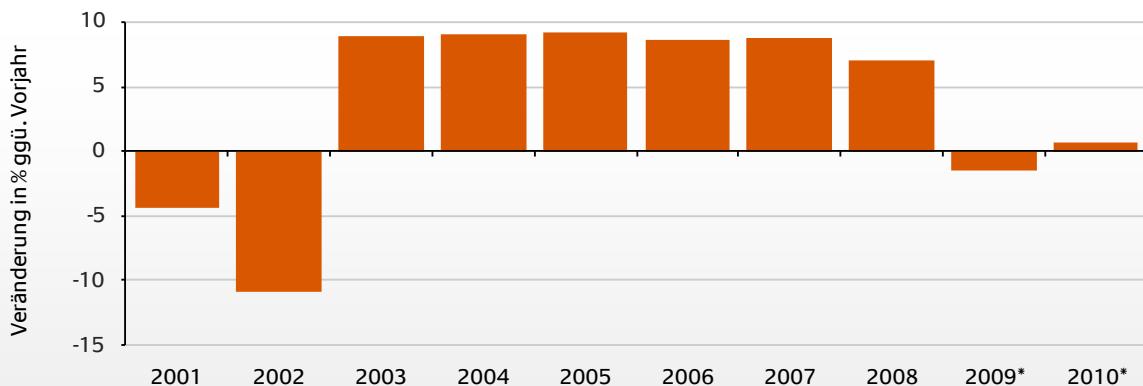
Seit dem Tiefpunkt Ende Februar/Anfang März 2009 hat in der Entwicklung der ukrainischen Marktdaten eine leichte Erholung und anschließende Seitwärtsbewegung eingesetzt. Mit Rücksicht auf praktisch illiquide Kapitalmärkte und niedrige Transaktionsvolumina ist die durch diese Zahlen suggerierte Stabilisierung allerdings vorsichtig zu bewerten. Sinkende Spreads in

den letzten Wochen spiegeln die Erwartungen des Marktes wider, dass die IWF-Zahlungen aus dem SBA wieder aufgenommen werden.

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Abbildung 2: Wachstum des realen BIP in Argentinien seit 2001



* 2009/2010: IWF-Prognose, WEO April 2009.

Quelle: IWF, WEO April 2009.

8 Argentinien

Der IWF geht für 2009 von einer Kontraktion der argentinischen Wirtschaft um 1,5 % aus. Erst im Jahr 2010 erwartet er wieder eine leichte Zunahme des realen Wachstums auf 0,7 %. Die realen Wachstumsraten in den vergangenen sechs Jahren lagen zum Vergleich bei 7 % bis 8 % (siehe auch Abbildung). Zu dem Konjunktureinbruch hat der starke Rückgang der Agrarpreise in Verbindung mit der Dürrekatastrophe in der Landwirtschaft im vergangenen Jahr beigetragen. Hinzu kommen die Verringerung der Exporte von Industriegütern sowie die hohe Kapitalflucht, die sich nach Schätzungen auf über 20 Mrd. US-Dollar im Jahr 2008 beläuft.

Die rückläufigen Einnahmen aufgrund der Abschwächung der Konjunktur und der nachgebenden Nahrungsmittelpreise erschweren die Finanzierung des Staatshaushalts, zumal die Staatsausgaben schneller als die Steuereinnahmen steigen. Diese Entwicklung dürfte es für die Regierung schwieriger werden lassen, ihr Ziel eines Primärüberschusses (Budgetsaldo ohne Zinszahlungen) von 3,3 % des BIP in diesem Jahr zu erreichen. Im Jahr 2008 lag der

Primärüberschuss noch bei rund 9 Mrd. US-Dollar beziehungsweise 3,2 % des BIP. Das sind rund 25 % mehr als 2007. Die Staatsausgaben betragen im vergangenen Jahr rund 50 Mrd. US-Dollar (+ 35 % gegenüber 2007) und die Staatseinnahmen rund 59 Mrd. US-Dollar (+ 33 %).

Nach offiziellen Angaben sind die Verbraucherpreise im März auf Jahresbasis um 6,3 % gestiegen. Die Prognose des IWF für die Inflationsrate im Jahr 2009 beläuft sich auf 6,7 % nach 8,6 % im vergangenen Jahr. In der Verlangsamung der Inflation kommt die Abschwächung der Konjunktur zum Ausdruck. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die tatsächliche Inflation nach nicht-amtlichen Schätzungen deutlich über den offiziellen Angaben liegt. Danach bewegt sich die tatsächliche Preissteigerungsrate derzeit bei rund 15 % bis 20 % mit abnehmender Tendenz.

Auch die argentinischen Aktienbörsen konnten sich der weltweiten Finanzkrise nicht entziehen. Im letzten Jahr verbuchte der MERVAL-Aktienindex einen Verlust von fast 50 %. In den ersten Monaten dieses Jahres weist der Index mit + 18 % wieder eine positivere Entwicklung auf (Ende April 2009).

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Mit 1 769 Basispunkten zahlt Argentinien derzeit von allen Schwellenländern den höchsten Risikoauflschlag auf seine Staatsanleihen. Darin kommt auch zum Ausdruck, dass das Land weiterhin weitgehend vom internationalen Finanzsystem – unter anderem aufgrund der bislang ungelösten Problematik im Zusammenhang mit Inhabern argentinischer Altanleihen (Holdouts) – abgeschnitten ist.

Der Chef der argentinischen Zentralbank und der Präsident der chinesischen Zentralbank unterzeichneten am 30. März 2009 ein Währungsabkommen. Dabei handelt es sich um ein Rahmenabkommen über einen sogenannten "Currency Swap", in dem sich die beiden Länder gegenseitige Kreditlinien in der jeweiligen Landeswährung einräumen. Die Kreditlinien beinhalten einen maximalen Kreditrahmen von 70 Mrd. Yuan (10,2 Mrd. US-Dollar, circa 37 Mrd. ARS) und eine Laufzeit von drei Jahren. Durch dieses Abkommen kann Argentinien eine Schwächung seiner Währungsreserven von derzeit rund 46 Mrd. US-Dollar und eine stärkere Abwertung des Peso vermeiden.

Der argentinische Senat hat am 26. März 2009 auf Antrag von Staatspräsidentin Cristina Kirchner beschlossen, die ursprünglich für den 25. Oktober geplanten Teilwahlen, bei denen die Hälfte des Parlaments und ein Drittel der Mitglieder des Senats neu bestimmt werden, auf den 28. Juni dieses Jahres vorzuziehen. Der Antrag wurde mit dem Erhalt der politischen Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten begründet.

9 Brasilien

Nachdem Brasilien 2008 mit einer realen Wachstumsrate von 5,1% ungeachtet der Finanzkrise noch über eine relativ stabile wirtschaftliche Entwicklung verfügte, wird das Land wie die lateinamerikanische Region insgesamt im Jahr 2009 deutlich stärker unter dem globalen Wachstumseinbruch leiden. Die Erwartungen des IWF für das reale BIP-

Wachstum Brasiliens belaufen sich für 2009 auf -1,3% und für 2010 auf 2,2%.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass Brasilien im Unterschied zu früheren Krisen und zu vielen anderen Schwellenländern mittlerweile über eine deutlich höhere Widerstandskraft gegen externe Schocks verfügt. So halten sich zwar auch die Banken – wie in den Industriestaaten – mit der Vergabe neuer Kredite stärker zurück, der Bankensektor ist aber grundsätzlich in stabiler Verfassung. Hinzu kommen die umfangreichen Währungsreserven in Höhe von derzeit rund 200 Mrd. US-Dollar, die relativ niedrige Fremdwährungsverschuldung, die im Vergleich zu anderen Schwellenländern geringere außenwirtschaftliche Abhängigkeit sowie sich in der Tendenz verringernde Teuerungsraten und Inflationserwartungen. Auf Jahresbasis ging die Inflationsrate von 5,9% im Februar auf 5,6% im März dieses Jahres zurück. Im Jahresdurchschnitt 2008 lag sie bei 5,7%. Wegen der schwächeren Nachfrage erwartet der IWF in diesem Jahr einen weiteren Rückgang der Teuerungsrate auf durchschnittlich 4,8 %.

Die sinkenden Preissteigerungsraten erhöhen den Spielraum der brasilianischen Notenbank für weitere Leitzinssenkungen. Am 28. April dieses Jahres lag der Leitzins Selic bei 11,25 %. Prognosen gehen für Ende 2009 von einer weiteren Verringerung des Leitzinssatzes der brasilianischen Notenbank aus. Als eine der wenigen Zentralbanken kann die Banco Central do Brasil damit zur Belebung der Konjunktur noch in nennenswertem Umfang auf weitere Leitzinssenkungen zurückgreifen und einen zusätzlichen Beitrag zur Überwindung der gegenwärtigen Schwäche phase leisten.

Brasilien bekommt die Auswirkungen der Krise auch über die außenwirtschaftlichen Verflechtungen mit den wichtigsten Handelspartnern zu spüren. Im Jahr 2008 beläuft sich der Fehlbetrag in der Leistungsbilanz auf 28,3 Mrd. US-Dollar

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

beziehungsweise 1,8 % des BIP. Im Vorjahr hatte Brasilien noch einen leichten Leistungsbilanzüberschuss von 1,6 Mrd. US-Dollar ausgewiesen. Dabei ist der Handelsbilanzüberschuss im Gesamtjahr 2008 auf 24,7 Mrd. US-Dollar nach 40 Mrd. US-Dollar im Jahr 2007 gesunken. Für die Jahre 2009 und 2010 erwartet der IWF ein Leistungsbilanzdefizit in Höhe von jeweils 1,8 % des BIP.

Wie andere Staaten versucht auch die brasilianische Regierung, im Rahmen von Konjunkturprogrammen die Binnennachfrage zu stimulieren. Unter anderem hat sie angekündigt, ab 2009 rund 15 Mrd. US-Dollar für ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm zur Verfügung zu stellen, in dessen Rahmen eine Million neuer Wohnungen für gering verdienende Arbeitnehmer entstehen sollen. Hinzu kommen u. a. Steuererleichterungen z. B. im Rahmen einer Einkommensteuerreform und im Kfz-Sektor sowie andere Maßnahmen, wie etwa die Anhebung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und des gesetzlichen Mindestlohns.

Der krisenhaften Zuspitzung auf den internationalen Finanzmärkten konnte sich auch Brasilien nicht entziehen. Der brasilianische Aktienmarkt hatte 2008 einen Kursrückgang von rund 40 % zu verzeichnen. Die Landeswährung Real hat gegenüber dem US-Dollar im Jahr 2008 rund 26 % an Wert verloren. Seit Beginn dieses Jahres zeigt sich jedoch die relative Stärke des brasilianischen Kapitalmarktes deutlicher: Der Bovespa-Index ist bis Ende April bei zwischenzeitlich hoher Volatilität um 27 % gestiegen, der Real hat seit Jahresanfang gegenüber dem US-Dollar um rund 9 % aufgewertet. In dieser positiven Entwicklung spiegelt sich die Einschätzung vieler Finanzmarktteilnehmer wider, dass die brasilianische Wirtschaft besser durch die weltweite Rezession kommt als andere Schwellenländer.

10 Mexiko

Mexiko ist von den realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise stark betroffen. Zu den wesentlichen Ursachen zählen der starke Rückgang der Ölnachfrage und des Ölpreises infolge des globalen Konjunkturabschwungs. Rund 40 % der mexikanischen Staatseinnahmen stammen aus dem Ölexport. Hinzu kommt die starke Abhängigkeit von der Wirtschaftsentwicklung in den USA, da mehr als 75 % der mexikanischen Exporte ins Nachbarland gehen und die Geldüberweisungen mexikanischer Beschäftigter aus den USA in die Heimat (Remittances) einen wichtigen Wirtschaftsfaktor in Mexiko darstellen. Der IWF erwartet vor diesem Hintergrund für das gesamte Jahr 2009 einen Rückgang des realen Wirtschaftswachstums um 3,7 % (2010: +1,0 %). Im vergangenen Jahr hat das BIP real noch um 1,3 % zugenommen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass die Wirtschaft bereits im 4. Quartal 2008 um 1,7 % geschrumpft ist.

Nachdem im Dezember 2008 die Jahresrate der Inflation in Mexiko mit 6,5 % auf den höchsten Stand seit sieben Jahren gestiegen ist, beruhigt sich die Preisentwicklung vor dem Hintergrund des starken Rückgangs der Nachfrage in den USA und der daraus resultierenden negativen Effekte auf die mexikanische Konjunktur seit Anfang dieses Jahres wieder. Im März 2009 ist die auf das Jahr bezogene Inflationsrate auf 6,0 % nach 6,2 % im Februar zurückgegangen. Für das laufende Jahr rechnet der IWF mit einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate von 4,8 % nach 5,1 % im Vorjahr. Wegen des nachlassenden Inflationsdrucks und der sich verschlechternden Konjunkturperspektiven lockert die Banco de México zunehmend ihre Geldpolitik. Sie hat den Leitzins von 8,25 % im Sommer 2008 auf 6,0 % bis April dieses Jahres gesenkt.

Die Rezession in den USA führt zu einer zunehmenden Verschlechterung der mexikanischen Außenhandelsbilanz.

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Nachdem im gesamten 4. Quartal des vergangenen Jahres die Exporte gegenüber dem Vorjahresquartal bereits um rund 14% (Importe: - 6%) zurückgegangen waren, wird für dieses Jahr eine weitere Verschlechterung erwartet (1. Quartal 2009: - 15%; 2. Quartal: 26%; 2009 insgesamt: - 14%). Im Jahr 2008 ist demzufolge das Handelsbilanzdefizit auf 16,8 Mrd. US-Dollar gestiegen (2007: 10,1 Mrd. US-Dollar). Prognosen von Bankanalysten gehen davon aus, dass das Handelsbilanzdefizit 2009 weiter auf 22 Mrd. US-Dollar zunehmen könnte.

Das Exekutivdirektorium des IWF genehmigte am 17. April 2009 eine Flexible Credit Line (FCL) für Mexiko. Die Kreditlinie läuft über ein Jahr und erlaubt Mexiko Zugang zu IWF-Ressourcen in Höhe von 47 Mrd. US-Dollar. Dies ist das erste Mal, dass die neu geschaffene FCL in Anspruch genommen wird. Dabei handelt es sich um den größten jemals vom IWF gewährten Kredit an ein einzelnes Land. Außerdem hat die amerikanische Notenbank FED der mexikanischen Zentralbank eingeräumt, eine Fazilität der FED über 30 Mrd. US-Dollar in Anspruch zu nehmen.

Diese Maßnahmen haben dazu beigetragen, dass die Abwertung der mexikanischen Währung gestoppt werden konnte. Seit Anfang März dieses Jahres ist der Wert des mexikanischen Peso um rund 14% gegenüber dem US-Dollar gestiegen (Stand 23. April 2009), nachdem er in den ersten beiden Monaten dieses Jahres noch um rund 9% gegenüber dem Jahresbeginn abgewertet hatte. Seit Jahresanfang hat die mexikanische Zentralbank rund 7 Mrd. US-Dollar der Währungsreserven zur Stützung des Peso aufgewendet. Sie haben sich damit von 85 Mrd. US-Dollar zum Jahresende 2008 auf derzeit 78 Mrd. US-Dollar verringert.

Mexiko zählt zu denjenigen Schwellenländern, deren Aktienmärkte sich seit Jahresbeginn nur verhalten entwickelten: Mit einem Wertverlust von gut 1% seit Jahresbeginn stagniert der mexikanische IPC praktisch (EM-Index: + 16%;

Ende April 2009), wobei zu berücksichtigen ist, dass der IPC zwischenzeitlich bis zu 25% verloren hatte. Der Risikoaufschlag mexikanischer Staatsanleihen ging seit Anfang 2009 um rund 80 Basispunkte auf rund 350 Basispunkte zurück.

Mit verschiedenen Konjunkturstützungsmaßnahmen versucht auch die mexikanische Regierung, die negativen realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise einzudämmen. So hat sie u. a. zu Jahresbeginn ein Konjunkturpaket im Umfang von rund 120 Mrd. Pesos (circa 9 Mrd. US-Dollar; circa 1% des BIP) angekündigt. Es beinhaltet Maßnahmen zur Stärkung der Kaufkraft Geringverdiener, Arbeitsmarktprogramme, Finanz- und Kredithilfen für kleine und mittlere Unternehmen sowie die Förderung öffentlicher Investitionen.

11 Südafrika

Am 22. April 2009 fanden in Südafrika die Parlamentswahlen statt; die vierten demokratischen Wahlen nach dem Ende der Apartheid in der größten Volkswirtschaft des Kontinents. Der regierende African National Congress (ANC) hat dabei erwartungsgemäß mit 65,9% der Stimmen einen deutlichen Sieg errungen, die absolute Mehrheit jedoch knapp verfehlt. ANC-Chef Jacob Zuma ist Anfang Mai vom Parlament zum Staatspräsidenten gewählt worden. Er übernimmt das Amt von Kgalema Motlanthe, der seit September 2008 als Übergangspräsident nach dem Rücktritt von Thabo Mbeki fungierte.

Allen Wahlkampfversprechen zum Trotz dürfte wenig Spielraum für einen Kurswechsel der neuen Regierung bestehen. Die weltweite Finanzkrise zeigt deutliche Auswirkungen. Zwar sind südafrikanische Banken aufgrund der restriktiven Regulierungsvorschriften bislang weitgehend verschont geblieben, und bisher hat keine Geschäftsbank bei der Zentralbank um Hilfe ersucht. Die Rezession in den Industriestaaten wirkt sich jedoch auf die

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

südafrikanische Realwirtschaft aus. Am stärksten hat die Krise die Automobilindustrie getroffen. Die Nachfrage ist im vergangenen Jahr um 35 % gesunken. Viele Niederlassungen ausländischer Unternehmen mussten Arbeitern kündigen oder gänzlich schließen. Dies wird die Arbeitslosigkeit, die seit Jahren über 20 % liegt, weiter verschärfen. Auch die Goldproduktion ging 2008 spürbar zurück (- 16 %).

Die Finanzmärkte zeigten sich sowohl vor als auch nach der Wahl uneinheitlich: Nach einem deutlichen Anstieg zu Beginn der Finanzkrise Ende September 2008 normalisierten sich die Aufschläge südafrikanischer Staatsanleihen gegenüber US-Treasuries und lagen zuletzt bei rund 360 Basispunkten – ein deutlich höheres Niveau als zu Beginn der weltweiten Krise, aber doch weit entfernt von den Höchstständen im Oktober/November 2008. Auch der Wertverfall des Rand hat sich seit Jahresbeginn verlangsamt. Mit knapp 9 Rand muss für den US-Dollar aber immer noch gut ein Drittel mehr an heimischer Währung bezahlt werden als im Sommer letzten Jahres. Die Talfahrt am Aktienmarkt konnte dagegen bislang nicht gebremst werden, der Johannesburg All Share verlor seit vergangenem September rund 30 %.

Für das Wirtschaftswachstum erwartet die Regierung ungeachtet dieser Entwicklungen eine Rate von 1,2 % für das laufende Jahr nach 3,1 % im Jahr 2008. Für 2010 – dem Jahr der Fußballweltmeisterschaft in Südafrika – wird von einem Wachstum des BIP von 3 % ausgegangen. Für das laufende Jahr rechnet zumindest der IWF mit einem leichten Rückgang des BIP (- 0,3 %). Im nächsten Jahr soll die Wirtschaftsleistung dann aber wieder auf 1,9 % anziehen.

Für das Haushaltsjahr 2009/2010 (1. April 2009 bis 31. März 2010) erwartet die Regierung ein Haushaltsdefizit von 3,8 % des BIP nach 1 % im

abgelaufenen Haushaltsjahr. Das Einnahmenziel des aktuellen Haushalts beläuft sich auf rund 740 Mrd. Rand (29,9 % des BIP), ein leichter Rückgang aufgrund geringerer Steuereinnahmen. Die Ausgaben werden gleichwohl deutlich ansteigen auf rund 834 Mrd. Rand (33,7 % des BIP gegenüber 31,3 % des BIP im vergangenen Haushaltsjahr). Einen großen Anteil an der Ausgabensteigerung haben die Maßnahmen der Armutsbekämpfung; allein 25 Mrd. Rand sind für Gesundheit und Bildung reserviert. Die öffentlichen Ausgaben für Infrastruktur belaufen sich auf 9,6 % des BIP; ebenfalls ein deutlicher Anstieg nach 8,3 % und 5,1 % in den vergangenen beiden Haushaltsjahren. Die Regierung verspricht sich hiervon auch eine Abfederung des erwarteten Konjunktureinbruchs infolge der weltweiten Rezession.

Es ist von einem weiterhin hohen Leistungsbilanzdefizit auszugehen, das für das laufende Jahr mit 6,8 % des BIP prognostiziert wird, was in erster Linie dem Einbruch der Exporte um knapp 13 % gegenüber dem Vorjahr geschuldet ist. Auch die Direktinvestitionen in Südafrika werden voraussichtlich zurückgehen; nach 7 Mrd. US-Dollar im Jahr 2008 werden für das laufende Jahr lediglich 2,4 Mrd. US-Dollar erwartet.

Die südafrikanische Zentralbank hat angesichts eines verbesserten Inflationsausblicks zuletzt Anfang Mai ihre Geldpolitik gelockert. Der Leitzins wurde um 100 Basispunkte auf 8,5 % zurückgeführt. Ende März ging die Inflationsrate weiter auf 8,5 % zurück. Im vergangenen Jahr hatte die Rate noch bei 11,5 % gelegen. Für das Gesamtjahr 2009 wird vom IWF eine Inflationsrate von 6,1 % prognostiziert, für 2010 geht er von 5,6 % aus. Weitere Zinssenkungen dürften daher möglich sein.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	80
1 Kreditmarktmittel	80
2 Gewährleistungen	81
3 Bundeshaushalt 2004 bis 2009	82
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009	83
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008	85
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009	90
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007	92
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	94
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	95
10 Entwicklung der Staatsquote	97
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	99
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	101
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	103
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	104
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	105
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	106
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich	107
18 Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009	108
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	109
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008	109
Abb. 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2008	109
2 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2008	110
3 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2008	112
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	116
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	116
2 Preisentwicklung	117
3 Außenwirtschaft	118
4 Einkommensverteilung	119
5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	120
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	121
7 Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	122
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	123
Abb. 1 Entwicklung von DAX und Dow Jones	124
9 Übersicht Weltfinanzmärkte	125
10 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	126
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	131

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel
I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	28. Februar 2009			31. März 2009
	in Mio. €			
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	22 000	0	0	22 000
Anleihen ¹	598 218	5 000	0	603 218
Bundesobligationen	171 000	7 000	0	178 000
Bundesschatzbriefe ²	9 523	157	244	9 436
Bundesschatzanweisungen	115 000	8 000	15 000	108 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	58 585	11 945	6 854	63 676
Finanzierungsschätz ³	2 109	55	140	2 025
Tagesanleihe	3 443	184	214	3 413
Schuldscheindarlehen	13 140	0	0	13 140
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditmarktmittel	2 100	0	2 000	100
Kreditmarktmittel insgesamt	995 170			1 003 060

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel
II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:		Stand:
	28. Februar 2009		31. März 2009
	in Mio. €		
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	211 359		214 171
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	313 238		306 352
langfristig (mehr als 4 Jahre)	470 572		482 537
Kreditmarktmittel insgesamt	995 170		1 003 060

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

²Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätz.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2009	Belegung am 31. März 2009	Belegung am 31. März 2008
	in Mrd. €		
Ausfuhren	117,0	103,3	98,5
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, ElB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	26,0	25,7
bilaterale FZ-Vorhaben	3,3	1,3	1,1
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	136,0	51,5
Internationale Finanzierungsinstitutionen	56,6	40,3	40,3
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,2
Zinsausgleichsgarantien	4,0	4,0	-

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2004 - 2009
Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹
Mrd. €						
1. Ausgaben	251,6	259,8	261,0	270,4	282,3	297,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,0	+ 3,3	+ 0,5	+ 3,6	+ 4,4	+ 5,4
2. Einnahmen²	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	260,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,6	+ 7,8	+ 1,9	+ 9,8	+ 5,8	- 3,7
darunter:						
Steuereinnahmen	287,0	190,1	203,9	230,0	239,2	233,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,5	+ 1,7	+ 7,2	+ 12,8	+ 4,0	- 2,5
3. Finanzierungssaldo	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 37,3
in % der Ausgaben	+ 15,8	+ 12,1	+ 10,8	+ 5,4	+ 4,2	+ 12,5
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme³ (-)	199,6	229,4	240,5	222,1	229,6	261,8
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	-	0,2	1,6	- 8,4	0,5	-
6. Tilgungen (+)	160,0	193,0	195,9	216,2	218,1	222,3
7. Nettokreditaufnahme	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 36,9
8. Münzeinnahmen	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,4
Nachrichtlich :						
Investive Ausgaben	22,4	23,8	22,7	26,2	24,3	28,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 13,0	+ 6,2	- 4,4	+ 15,4	- 7,2	+ 18,5
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,3	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹Stand: Nachtragshaushalt 2009

² Gem. BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

³ Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: März 2009

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009

Ausgabeart	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹
	in Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 758	26 372	26 110	26 038	27 012	27 791
Aktivitätsbezüge	20 332	19 891	19 730	19 662	20 298	20 959
Ziviler Bereich	8 748	8 537	8 547	8 498	8 870	9 367
Militärischer Bereich	11 584	11 353	11 182	11 164	11 428	11 592
Versorgung	6 426	6 481	6 380	6 376	6 714	6 832
Ziviler Bereich	2 463	2 434	2 372	2 334	2 416	2 392
Militärischer Bereich	3 963	4 047	4 008	4 041	4 298	4 441
Laufender Sachaufwand	16 878	17 712	18 349	18 757	19 742	21 129
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 522	1 596	1 450	1 365	1 421	1 451
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 985	7 992	8 517	8 908	9 622	10 360
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 371	8 124	8 382	8 484	8 699	9 318
Zinsausgaben	36 274	37 371	37 469	38 721	40 171	41 431
an andere Bereiche	36 274	37 371	37 469	38 721	40 171	41 431
Sonstige	36 274	37 371	37 469	38 721	40 171	41 431
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	36 230	37 326	37 425	38 677	40 127	41 388
an Ausland	3	3	3	3	3	2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	148 950	154 274	156 016	160 352	168 424	178 165
an Verwaltungen	14 797	13 921	13 937	14 003	12 930	14 855
Länder	6 735	8 381	8 538	8 698	8 341	8 645
Gemeinden	238	66	38	38	21	21
Sondervermögen	7 823	5 473	5 361	5 267	4 568	6 188
Zweckverbände	1	2	1	1	0	1
an andere Bereiche	134 153	140 353	142 079	146 349	155 494	163 310
Unternehmen	15 062	13 474	14 275	15 399	22 440	23 890
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	25 396	32 747	32 256	29 123	29 120	29 415
an Sozialversicherung	90 079	90 219	91 707	97 712	99 123	104 653
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	783	767	812	869	1 099	1 437
an Ausland	2 828	3 140	3 024	3 240	3 708	3 909
an Sonstige	5	5	5	5	4	5
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	228 860	235 728	237 944	243 868	255 350	268 516
Ausgaben der Kapitalrechnung²						
Sachinvestitionen	6 891	7 246	7 112	6 903	7 199	8 649
Baumaßnahmen	5 466	5 779	5 634	5 478	5 777	7 061
Erwerb von beweglichen Sachen	922	961	943	909	918	1 055
Grunderwerb	503	506	536	516	504	533

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009

Ausgabeart	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹
in Mio. €						
Vermögensübertragungen	12 912	12 977	13 302	16 947	16 660	15 373
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 556	12 617	12 916	16 580	14 018	14 957
an Verwaltungen	5 607	5 587	5 755	8 234	5 713	5 154
Länder	5 516	5 527	5 700	6 030	5 654	5 089
Gemeinden und Gemeindeverbände	91	60	55	54	59	60
Sondervermögen	0	0	0	2 150	0	5
an andere Bereiche	6 949	7 030	7 161	8 345	8 305	9 803
Sonstige - Inland	4 931	4 933	4 999	6 099	5 836	6 754
Ausland	2 018	2 096	2 162	2 247	2 469	3 049
Sonstige Vermögensübertragungen	356	360	387	367	2 642	417
an andere Bereiche	356	360	387	367	2 642	417
Unternehmen - Inland	1	0	0	0	2 267	0
Sonstige - Inland	153	160	172	162	149	176
Ausland	202	201	215	205	225	241
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 932	3 899	2 687	2 732	3 099	5 192
Darlehensgewährung	2 383	3 340	2 109	2 100	2 395	4 257
an Verwaltungen	68	53	32	1	1	1
Länder	68	53	32	1	1	1
an andere Bereiche	2 315	3 287	2 078	2 100	2 395	4 256
Sozialversicherung	0	900	0	0	0	0
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 384	1 505	1 020	900	922	2 750
Ausland	931	882	1 058	1 199	1 473	1 507
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	548	559	578	632	704	935
Inland	1	0	0	28	26	13
Ausland	547	558	578	604	678	921
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung²	22 734	24 121	23 102	26 582	26 958	29 214
² Darunter: Investive Ausgaben	22 378	23 761	22 715	26 215	24 316	28 798
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	0	0	0	- 114
Ausgaben zusammen	251 594	259 849	261 046	270 450	282 308	297 617

¹ Stand: Inkl. Nachtragshaushalt 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008

		Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personalausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
								in Mio. €
Funktion								
0	Allgemeine Dienste		50 394	45 245	24 386	15 777	-	5 083
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung		6 103	5 764	3 773	1 175	-	816
2	Auswärtige Angelegenheiten		7 411	3 442	476	125	-	2 841
3	Verteidigung		29 999	29 728	15 726	13 071	-	931
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung		3 216	2 907	1 914	861	-	132
5	Rechtsschutz		359	340	232	94	-	14
6	Finanzverwaltung		3 307	3 063	2 263	452	-	348
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten		13 437	9 932	500	725	-	8 707
13	Hochschulen		2 413	1 462	10	5	-	1 447
14	Förderung von Schülern, Studenten		1 638	1 638	-	-	-	1 638
15	Sonstiges Bildungswesen		461	400	9	69	-	322
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen		7 709	5 977	480	646	-	4 851
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1		1 215	454	1	5	-	448
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung		140 439	139 618	220	284	-	139 114
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung		94 447	94 447	55	-	-	94 393
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.		6 129	6 129	-	-	-	6 129
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen		3 101	2 872	-	56	-	2 816
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz		35 301	35 177	44	168	-	34 965
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII		191	191	-	-	-	191
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2		1 269	801	120	60	-	620
3	Gesundheit und Sport		1 058	744	251	251	-	242
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen		352	326	140	140	-	46
312	Krankenhäuser und Heilstätten		-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31		352	326	140	140	-	46
32	Sport		127	105	-	5	-	100
33	Umwelt- und Naturschutz		311	175	76	53	-	47
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz		268	138	36	53	-	49
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste		1 607	537	2	6	-	529
41	Wohnungswesen		1 062	533	-	4	-	529
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen		1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		3	2	2	-	-	0
44	Städtebauförderung		541	1	-	1	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten		1 050	508	29	131	-	349
52	Verbesserung der Agrarstruktur		692	232	-	1	-	230
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen		116	116	-	58	-	58
533	Gasölverbilligung		0	0	-	-	-	0
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53		116	116	-	58	-	58
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5		242	160	29	71	-	61

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008

Funktion	Ausgabengruppe	Sach-	Vermögens-	Darlehnsgewährung,	Summe	1Darunter: Investive Ausgaben
		investitionen	beratungen	Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung ¹	
in Mio. €						
0	Allgemeine Dienste	934	1 913	2 301	5 149	5 122
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	338	1	-	338	338
2	Auswärtige Angelegenheiten	60	1759	2151	3 969	3 968
3	Verteidigung	196	62	13	271	245
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	216	92	-	309	309
5	Rechtsschutz	18	-	-	18	18
6	Finanzverwaltung	106	0	138	244	244
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	141	3 364	0	3 505	3 505
13	Hochschulen	1	951	-	951	951
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	60	-	61	61
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	124	1608	0	1 732	1 732
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	16	745	-	761	761
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	7	814	1	821	474
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	227	1	229	2
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	121	-	124	3
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	465	-	468	468
3	Gesundheit und Sport	152	162	0	314	314
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	15	11	-	26	26
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	15	11	-	26	26
32	Sport	-	22	-	22	22
33	Umwelt- und Naturschutz	7	130	-	136	136
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	129	0	0	130	130
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 068	2	1 070	1 070
41	Wohnungswesen	-	528	2	529	529
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1	-	1	1
44	Städtebauförderung	-	539	-	539	539
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	52	489	1	542	542
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	460	1	460	460
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	52	29	-	82	82

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008

Funktion	Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
		in Mio. €					
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 727	3 078	51	430	-	2 596
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	531	508	-	274	-	234
621	Kernenergie	229	229	-	-	-	229
622	Erneuerbare Energieformen	9	4	-	1	-	3
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	293	275	-	273	-	2
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 043	2 026	-	4	-	2 022
64	Handel	91	91	-	49	-	42
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	945	22	-	15	-	7
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 117	430	51	87	-	292
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 231	3 552	994	1 862	-	696
72	Straßen	7 380	944	-	834	-	110
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 666	856	493	299	-	64
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	355	3	-	-	-	3
75	Luftfahrt	182	182	41	17	-	123
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 647	1 567	460	711	-	396
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 991	10 801	-	16	-	10 785
81	Wirtschaftsunternehmen	12 652	6 471	-	16	-	6 455
832	Eisenbahnen	3 864	78	-	1	-	77
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	8 787	6 393	-	15	-	6 378
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	4 340	4 330	-	-	-	4 330
873	Sondervermögen	4 326	4 326	-	-	-	4 326
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	14	5	-	-	-	5
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	41 374	41 336	580	260	40 171	324
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	362	324	-	-	-	324
92	Schulden	40 185	40 185	-	14	40 171	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	827	827	580	246	-	1
Summe aller Hauptfunktionen		282 308	255 350	27 012	19 742	40 171	168 424

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008

		Ausgabengruppe	Sachinvestitionen	Vermögensberatungen	Darlehngewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ¹	¹ Darunter: Investive Ausgaben
Funktion			in Mio. €				
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	45	920	684	1 650	1 650	
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	-	23	-	23	23	
621	Kernenergie	-	-	-	-	-	
622	Erneuerbare Energieformen	-	5	-	5	5	
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	18	-	18	18	
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	17	-	17	17	
64	Handel	-	-	-	-	-	
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	43	879	-	922	922	
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	1	684	687	687	
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 849	1 829	-	7 679	7 679	
72	Straßen	4 973	1 463	-	6 436	6 436	
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	811	-	-	811	811	
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	352	-	352	352	
75	Luftfahrt	1	-	-	1	1	
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	66	14	-	79	79	
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	19	6 061	110	6 190	3 923	
81	Wirtschaftsunternehmen	10	6 061	110	6 181	3 914	
832	Eisenbahnen	-	3 692	95	3 787	3 787	
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	10	2 370	15	2 394	127	
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9	-	-	9	9	
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-	
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	9	-	-	9	9	
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38	
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38	
92	Schulden	-	-	-	-	-	
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-	
Summe aller Hauptfunktionen		7 199	16 660	3 099	26 958	24 316	

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
		Ist-Ergebnisse						
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundesseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	0,0	10,8	9,7
Anteil a. d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	0,0	75,3	84,4
Anteil a. d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3	0,0	51,2	0,1
nachrichtlich: Schuldenstand³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts
1969 bis 2009
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)**

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
		Ist-Ergebnisse								
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	282,3	297,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	-0,5	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	5,4
Einnahmen	Mrd.€	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	260,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	-0,1	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-3,7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 37,3
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-22,8	-31,9	-38,6	-39,5	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-36,9
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,9	-0,6	-0,3	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	-0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausbaben	Mrd.€	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	27,0	27,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,1	0,7	0,9	-1,8	-1,4	-1,0	-0,3	3,7	2,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,6	9,3
Anteil a. d. Personalausbaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	15,9	16,0	16,2	15,9	15,7	15,5	15,5	15,1	41,5
Zinsausgaben	Mrd.€	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	40,2	41,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	-3,9	-1,5	-0,5	-1,6	3,0	0,3	3,3	3,7	3,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,2	13,9
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	55,6	54,8	54,5	53,6	55,2	55,4	57,2	59,9	60,7
Investive Ausgaben	Mrd.€	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,2	24,3	28,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	-3,1	-11,7	6,9	-13,0	6,2	-4,4	15,4	-7,2	18,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,6	9,7
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	33,9	29,9	32,0	27,8	29,5	28,2	32,6	31,2	26,0
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	239,2	233,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	-2,5	-0,9	-0,1	-2,5	1,7	7,2	12,8	4,0	-2,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,7	78,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	88,4	89,6
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	41,4	41,1	41,0	40,0	40,7	43,6	49,2	42,5	43,0
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 36,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,1	12,4
Anteil a. d. investiven Ausgaben des Bundes	%	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	47,4	128,1
Anteil a. d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	X	X
nachrichtlich: Schuldenstand³										
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 223,5	1 277,3	1 357,7	1 429,8	1 489,9	1 545,4	1 553,1	1 578,5	X
darunter: Bund	Mrd.€	760,2	784,6	826,5	869,3	903,3	950,3	957,3	985,7	X

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2008; 2008 vorläufig; 2009 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

⁴ Stand: Nachtragshaushalt 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003	2004 ²	2005	2006 ³	2007 ³
	in Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	604,3	611,3	619,6	615,3	627,7	636,8	647,6
Einnahmen	557,7	554,6	551,7	549,9	575,1	596,7	648,0
Finanzierungssaldo	-46,6	-57,1	-68,0	-65,5	-52,5	-39,4	1,5
darunter:							
Bund							
Ausgaben	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7
Finanzierungssaldo	-22,9	-32,7	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7
Länder							
Ausgaben	255,5	257,7	259,7	257,1	260,0	259,1	263,9
Einnahmen	230,9	228,5	229,2	233,5	237,2	248,9	267,3
Finanzierungssaldo	-24,6	-29,4	-30,5	-23,5	-22,7	-10,2	3,4
Gemeinden							
Ausgaben	148,3	150,0	149,9	150,1	153,2	157,4	160,7
Einnahmen	144,2	146,3	141,5	146,2	150,9	160,1	169,3
Finanzierungssaldo	-4,1	-3,7	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,6
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %							
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	0,9	1,2	1,4	-0,7	2,0	1,5	1,7
Einnahmen	-1,3	-0,6	-0,5	-0,3	4,6	3,8	8,6
darunter:							
Bund							
Ausgaben	-0,5	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6
Einnahmen	-0,1	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8
Länder							
Ausgaben	1,9	0,9	0,7	-1,0	1,1	-0,3	1,8
Einnahmen	-3,9	-1,0	0,3	1,9	1,6	4,9	7,4
Gemeinden							
Ausgaben	1,6	1,1	0,0	0,1	2,1	2,8	2,1
Einnahmen	-2,5	1,4	-3,3	3,3	3,3	6,0	5,8

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003	2004 ²	2005	2006 ³	2007 ³
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-2,2	-2,7	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	0,1
darunter:							
Bund	-1,1	-1,5	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6
Länder	-1,2	-1,4	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,1
Gemeinden	-0,2	-0,2	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,4
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-7,7	-9,3	-11,0	-10,6	-8,4	-6,2	0,2
darunter:							
Bund	-9,4	-13,1	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4
Länder	-9,6	-11,4	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	1,3
Gemeinden	-2,8	-2,4	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,4
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,5	28,6	27,8	28,0	27,4	26,7
darunter:							
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2	11,2
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ⁴	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0	22,2

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundesseisenbahnvermögen,

Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Kinderbetreuung, Versorgungsfonds des Bundes.

² Ab 2004 öffentlicher Gesamthaushalt mit Zweckverbänden.

³ Bund und seine Sonderrechnungen sowie die Gemeinden sind Rechnungsergebnisse, Länder sind Kassenergebnisse.

⁴ Steuern des öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2008.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	insgesamt	Steueraufkommen			
		davon		Direkte Steuern	Indirekte Steuern
		in Mrd. €	in %		
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008 ²	561,8	290,9	270,9	51,8	48,2
2009 ²	572,0	296,9	275,1	51,9	48,1

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschafts- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 04. bis 05. November 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabekototen¹
(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1961	24,1	34,5	23,7	33,3
1962	24,4	34,9	24,0	33,8
1963	24,4	35,2	24,0	33,9
1964	24,3	34,7	23,8	33,5
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1966	23,5	34,6	23,1	33,3
1967	23,7	35,2	23,3	33,8
1968	24,3	36,0	22,9	33,6
1969	25,5	37,5	24,4	35,4
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1971	23,3	35,6	22,6	34,2
1972	23,1	36,1	23,6	35,7
1973	24,2	38,0	24,1	37,0
1974	24,0	38,2	23,9	37,4
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1976	23,7	39,5	23,4	38,9
1977	24,6	40,4	24,5	39,8
1978	24,2	39,9	24,4	39,4
1979	23,9	39,6	24,3	39,3
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,7
1987	22,5	39,0	22,9	38,8
1988	22,2	38,6	22,7	38,5
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabekoten¹
(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr	Anteile am BIP in %			
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002	22,3	40,5	20,6	37,7
2003	22,3	40,6	20,4	37,7
2004	21,8	39,7	20,0	36,9
2005 ³	22,0	39,7	20,1	36,7
2006 ³	22,9	40,1	21,0	37,2
2007 ³	23,8	40,3	22,2	37,7
2008 ⁴	23,8	40,2	22,6	38,0

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2008.

⁴ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Februar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates		
		darunter		
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³	
Anteile am BIP in %				
1960	32,9	21,7		11,2
1961	34,2	22,8		11,4
1962	35,9	24,4		11,5
1963	36,7	24,8		11,9
1964	36,5	25,0		11,5
1965	37,1	25,4		11,6
1966	37,2	24,9		12,3
1967	39,2	25,4		13,8
1968	39,6	25,9		13,7
1969	39,1	25,7		13,4
1970	38,5	26,1		12,4
1971	39,9	27,1		12,8
1972	41,0	27,5		13,6
1973	41,6	27,5		14,2
1974	44,8	29,2		15,6
1975	48,8	31,2		17,7
1976	48,3	30,5		17,8
1977	47,9	30,1		17,8
1978	47,0	29,4		17,6
1979	46,5	29,3		17,2
1980	46,9	29,6		17,3
1981	47,5	29,7		17,9
1982	47,5	29,4		18,1
1983	46,5	28,8		17,7
1984	45,8	28,2		17,6
1985	45,2	27,8		17,4
1986	44,5	27,4		17,1
1987	45,0	27,6		17,4
1988	44,6	27,0		17,6
1989	43,1	26,4		16,7
1990	43,6	27,3		16,4
1991	46,3	28,2		18,0
1992	47,2	28,0		19,2
1993	48,2	28,3		19,9
1994	47,9	27,8		20,0
1995	48,1	27,6		20,6

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates		
		darunter		
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³	
Anteile am BIP in %				
1996	49,3	27,9		21,4
1997	48,4	27,1		21,2
1998	48,0	27,0		21,1
1999	48,1	26,9		21,1
2000	47,6	26,5		21,1
2000 ⁴	45,1	24,0		21,1
2001	47,6	26,3		21,3
2002	48,1	26,4		21,7
2003	48,5	26,5		22,0
2004	47,1	25,9		21,2
2005 ⁵	46,8	26,0		20,8
2006 ⁵	45,3	25,4		20,1
2007 ⁵	44,2	25,0		19,2
2008 ⁶	43,9	24,9		19,0

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: 22. Oktober 2008.

⁶ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Februar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ²
	Schulden (Mio. €) ¹						
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 277 272	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 399	1 553 058	1 578 454
Bund	784 615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 745
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 914
Kreditmarktmittel iws	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 165
Kassenkredite	6 008	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831
Kreditmarktmittel iws	59 210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 131
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	485 034
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 685
Kreditmarktmittel iws	384 773	414 952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 391
Kassenkredite	7 350	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 294
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1 124	1 349
Kreditmarktmittel iws	-	-	-	-	986	1 124	1 325
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	24
Gemeinden	100 534	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	107 675
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	105 063
Kreditmarktmittel iws	82 662	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	75 950
Kassenkredite	10 670	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 113
Extrahaushalte	7202	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 612
Kreditmarktmittel iws	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 560
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	52
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	592 709
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 381 000	1 451 000	1 522 000	1 569 000	1 577 000	1 628 000
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	-
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16 983	17 631
SoFFin	-	-	-	-	-	-	8 200

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ²
Anteil an den Schulden (in %)							
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,5
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,8
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,7
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,8
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,5
Anteil der Schulden am BIP (in %)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	59,6	62,7	64,7	66,4	66,6	64,1	63,3
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,9	39,5	39,6
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,6	38,8	38,5
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	20,0	19,5
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,6	4,3
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,1	25,6	24,6	23,8
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,8	65,6	67,8	67,6	65,1	65,3
Schulden insgesamt (€)							
je Einwohner	15 487	16 454	17 331	18 066	18 761	18 880	19 220
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 243,2	2 321,5	2 422,9	2 492,0
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628

¹Kreditmarktschulden im weiteren Sinne ohne Kassenkredite.

²Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherungen	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
Jahr	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1961	4,7	2,3	2,4	2,8	1,4	1,4	.	.
1962	2,6	1,1	1,6	1,4	0,6	0,9	-0,9	-0,5
1963	1,7	0,3	1,5	0,9	0,1	0,8	-2,7	-1,4
1964	1,5	-0,3	1,8	0,7	-0,1	0,9	-2,8	-1,3
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1966	-0,4	-2,1	1,6	-0,2	-0,8	0,7	-3,9	-1,6
1967	-3,6	-2,9	-0,6	-1,4	-1,2	-0,3	-6,2	-2,4
1968	-2,2	-1,9	-0,3	-0,8	-0,7	-0,1	-3,8	-1,4
1969	3,3	2,8	0,5	1,1	0,9	0,2	1,3	0,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1971	0,6	-2,7	3,3	0,1	-0,7	0,8	-8,0	-2,0
1972	-1,6	-5,5	3,9	-0,4	-1,3	0,9	-6,7	-1,5
1973	5,4	-0,4	5,8	1,1	-0,1	1,2	-4,5	-0,9
1974	-8,6	-9,8	1,1	-1,6	-1,9	0,2	-13,9	-2,6
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherungen	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
Jahr	in Mrd. €			Anteile am BIP in %			in Mrd. €	Anteile am BIP in %
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005 ⁵	-74,3	-70,2	-4,1	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006 ⁵	-35,9	-40,9	5,0	-1,5	-1,8	0,2	-40,0	-1,7
2007 ⁵	-4,2	-14,6	10,4	-0,2	-0,6	0,4	2,8	0,1
2008 ⁶	-3,3	-11,0	7,7	-0,1	-0,4	0,3	4,0	0,1

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: 22. Oktober 2008.

⁶ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Februar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000 ²	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,8	-3,3	-1,5	-0,2	-0,1	-3,9	-5,9
Belgien	-9,4	-10,0	-6,7	-4,5	0,0	-0,3	-2,7	0,3	-0,2	-1,2	-4,5	-6,1
Griechenland	—	—	-14,3	-9,3	-3,7	-7,5	-5,1	-2,8	-3,6	-5,0	-5,1	-5,7
Spanien	—	—	—	-6,5	-1,1	-0,3	1,0	2,0	2,2	-3,8	-8,6	-9,8
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-3,6	-2,9	-2,3	-2,7	-3,4	-6,6	-7,0
Irland	—	-10,7	-2,8	-2,1	4,8	1,4	1,7	3,0	0,2	-7,1	-12,0	-15,6
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-3,5	-4,3	-3,3	-1,5	-2,7	-4,5	-4,8
Zypern	—	—	—	—	-2,3	-4,1	-2,4	-1,2	3,4	0,9	-1,9	-2,6
Luxemburg	—	—	4,3	2,4	6,0	-1,1	0,0	1,4	3,6	2,6	-1,5	-2,8
Malta	—	—	—	-4,2	-6,2	-4,7	-2,9	-2,6	-2,2	-4,7	-3,6	-3,2
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-1,7	-0,3	0,6	0,3	1,0	-3,4	-6,1
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-4,4	-1,6	-1,6	-0,5	-0,4	-4,2	-5,3
Portugal	-7,2	-8,6	-6,3	-5,0	-3,2	-3,4	-6,1	-3,9	-2,6	-2,6	-6,5	-6,7
Slowakei	—	—	—	-3,4	-12,3	-2,4	-2,8	-3,5	-1,9	-2,2	-4,7	-5,4
Slowenien	—	—	—	-8,4	-3,8	-2,2	-1,4	-1,3	0,5	-0,9	-5,5	-6,5
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,9	2,4	2,8	4,0	5,2	4,2	-0,8	-2,9
Euroraum	—	—	—	-5,0	-1,1	-2,9	-2,5	-1,2	-0,6	-1,9	-5,3	-6,5
Bulgarien	—	—	—	-3,4	-0,3	1,6	1,9	3,0	0,1	1,5	-0,5	-0,3
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,4	2,0	5,2	5,2	4,5	3,6	-1,5	-3,9
Estland	—	—	—	1,1	-0,2	1,7	1,5	2,9	2,7	-3,0	-3,0	-3,9
Lettland	—	—	6,8	-1,6	-2,8	-1,0	-0,4	-0,5	-0,4	-4,0	-11,1	-13,6
Litauen	—	—	—	-1,6	-3,2	-1,5	-0,5	-0,4	-1,0	-3,2	-5,4	-8,0
Polen	—	—	—	-4,4	-3,0	-5,7	-4,3	-3,9	-1,9	-3,9	-6,6	-7,3
Rumänien	—	—	—	-15,6	-4,7	-1,2	-1,2	-2,2	-2,5	-5,4	-5,1	-5,6
Schweden	—	—	—	-7,4	3,7	0,8	2,3	2,5	3,8	2,5	-2,6	-3,9
Tschechien	—	—	—	-13,4	-3,7	-3,0	-3,6	-2,6	-0,6	-1,5	-4,3	-4,9
Ungarn	—	—	—	—	-2,9	-6,4	-7,8	-9,2	-4,9	-3,4	-3,4	-3,9
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-3,4	-2,7	-2,7	-5,5	-11,5	-13,8
EU	—	—	—	-5,1	-0,6	-2,9	-2,4	-1,4	-0,8	-2,3	-6,0	-7,3
Japan	-4,5	-1,4	2,1	-4,7	-7,6	-6,2	-6,7	-1,6	-2,5	-2,9	-6,7	-8,7
USA	-2,3	-4,9	-4,0	-3,1	1,7	-4,3	-3,1	-2,1	-2,8	-5,9	-12,1	-14,2

¹ Für EU-Mitgliedsstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2006: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2009.

Für die Jahre 2007 bis 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	65,6	67,8	67,6	65,1	65,9	73,4	78,7
Belgien	74,0	115,1	125,6	129,8	107,8	94,3	92,2	87,9	84,0	89,6	95,7	100,9
Griechenland	22,8	49,0	72,6	99,2	101,8	98,6	98,8	95,9	94,8	97,6	103,4	108,0
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	46,2	43,0	39,6	36,2	39,5	50,8	62,3
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	64,9	66,4	63,7	63,8	68,0	79,7	86,0
Irland	69,1	100,6	93,2	81,1	37,7	29,4	27,5	24,9	25,0	43,2	61,2	79,7
Italien	56,9	80,5	94,7	121,8	109,2	103,8	105,8	106,5	103,5	105,8	113,0	116,1
Zypern	—	—	—	—	58,8	70,2	69,1	64,6	59,4	49,1	47,5	47,9
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,1	6,7	6,9	14,7	16,0	16,4
Malta	—	—	—	—	55,9	72,2	69,8	63,7	62,1	64,1	67,0	68,9
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	52,4	51,8	47,4	45,6	58,2	57,0	63,1
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,4	64,8	63,7	62,0	59,4	62,5	70,4	75,2
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	58,3	63,6	64,7	63,5	66,4	75,4	81,5
Slowakei	—	—	—	22,2	50,3	41,4	34,2	30,4	29,4	27,6	32,2	36,3
Slowenien	—	—	—	—	26,8	27,2	27,0	26,7	23,4	22,8	29,3	34,9
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,2	41,4	39,2	35,1	33,4	39,7	45,7
Euroraum	33,4	50,3	56,6	72,4	69,4	69,5	70,0	68,3	66,0	69,3	77,7	83,8
Bulgarien	—	—	—	—	74,3	37,9	29,2	22,7	18,2	14,1	16,0	17,3
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	44,5	37,1	31,3	26,8	33,3	32,5	33,7
Estland	—	—	—	9,0	5,2	5,0	4,5	4,3	3,5	4,8	6,8	7,8
Lettland	—	—	—	—	12,3	14,9	12,4	10,7	9,0	19,5	34,1	50,1
Litauen	—	—	—	11,9	23,7	19,4	18,4	18,0	17,0	15,6	22,6	31,9
Polen	—	—	—	—	36,8	45,7	47,1	47,7	44,9	47,1	53,6	59,7
Rumänien	—	—	—	—	24,6	18,7	15,8	12,4	12,7	13,6	18,2	22,7
Schweden	39,3	60,9	41,2	72,1	53,6	51,2	51,0	45,9	40,5	38,0	44,0	47,2
Tschechien	—	—	—	14,6	18,5	30,4	29,8	29,6	28,9	29,8	33,7	37,9
Ungarn	—	—	—	85,1	54,2	59,4	61,7	65,6	65,8	73,0	80,8	82,3
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	40,6	42,3	43,4	44,2	52,0	68,4	81,7
EU	—	—	—	69,6	63,1	62,2	62,7	61,3	58,7	61,5	72,6	79,4
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,7	167,1	177,3	180,3	167,1	172,1	185,3	194,0
USA	42,0	55,7	63,5	71,3	55,5	62,3	62,7	62,1	63,1	65,0	78,0	91,6

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2006: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2009; für USA und Japan alle Jahre.

Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007
Deutschland^{2,3}	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	20,9	21,9	23,0
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,1	31,0	30,7
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	49,6	48,1	47,9
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,9	31,3	31,1
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,7	27,8	27,4
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,2	.
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	26,0	27,6	27,3
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	28,3	29,6	30,2
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,5	17,3	17,7	.
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,3	26,0	26,7
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,7	25,1	24,2
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,4
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	27,6	27,3	27,8
Polen	-	-	-	25,2	22,4	20,7	21,4	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,4	24,3	24,9
Schweden	32,1	33,0	38,0	34,4	38,1	36,3	36,6	35,6
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,7	22,8
Slowakei	-	-	-	-	19,7	19,0	17,9	17,9
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,0	23,6	24,4	25,0
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	21,4	20,8	20,3
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,6	25,2	26,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,0	28,4	30,8	29,5	30,3	29,8
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	20,6	21,3	21,6

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007
Deutschland^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	35,6	36,2
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,8	44,5	44,4
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,7	49,1	48,9
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,9	43,5	43,0
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,2	43,6
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,1	31,3	31,3	.
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	30,6	31,9	32,2
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	40,9	42,1	43,3
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	27,4	27,9	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,3
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,1	39,1	37,8	35,9	36,9
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,8	39,3	38,0
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	43,9	43,4
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,2	42,6	42,1	41,7	41,9
Polen	-	-	-	36,2	31,6	32,9	33,5	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	34,7	35,7	36,6
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,5	49,1	48,2
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,6	29,7
Slowakei	-	-	-	-	33,8	31,8	29,8	29,8
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,8	36,6	37,2
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	36,9	36,4
Ungarn	-	-	-	41,3	38,0	37,2	37,1	39,3
Vereinigtes Königreich	37,0	35,1	36,1	34,5	37,1	36,3	37,1	36,6
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	27,3	28,0	28,3

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland¹	46,6	44,9	43,4	48,3	45,1	46,8	45,3	44,1	43,3	43,8	43,6
Belgien	54,8	58,4	52,2	52,1	49,1	51,9	48,4	48,3	48,7	49,8	50,2
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,6	48,3	50,2	48,8	47,3	47,1	47,7	48,0
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,4	52,5	53,3	53,6
Griechenland	-	-	45,8	46,6	46,6	43,1	41,9	43,4	43,2	43,4	43,5
Irland	-	53,2	42,8	41,1	31,5	33,7	33,8	35,4	40,1	42,1	42,8
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,8	48,2	48,9	48,8	48,7
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,6	38,6	37,8	39,8	42,5	43,0
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,7	43,6	42,4	44,5	43,6	44,2
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,6	45,3	45,9	46,6	47,4
Österreich	50,2	53,7	51,5	56,2	52,0	49,7	49,2	48,3	48,3	49,0	49,3
Portugal	33,5	38,8	40,0	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	46,2	45,6	45,9
Slowenien	-	-	-	53,3	46,8	45,3	44,5	42,4	42,4	42,4	42,0
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,5	38,8	39,9	41,0	41,3
Zypern	-	-	-	-	37,0	43,6	43,4	43,0	44,6	44,9	44,9
Euroraum	-	-	-	-	46,3	47,3	46,6	46,1	46,3	46,9	46,9
Bulgarien	-	-	-	-	-	39,3	36,5	41,5	38,1	38,1	38,2
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,5	51,1	50,8	50,9	51,4	51,9
Estland	-	-	-	41,4	36,5	34,0	34,2	35,5	39,4	40,7	41,1
Lettland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,6	37,9	37,7	39,5	42,3	42,0
Litauen	-	-	-	35,7	39,1	33,3	33,6	35,2	36,6	38,2	39,6
Polen	-	-	-	47,7	41,1	43,3	43,8	42,0	41,5	42,2	42,1
Rumänien	-	-	-	-	40,5	33,5	35,3	37,3	38,3	39,0	38,9
Schweden	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,2	52,6	53,5	54,9	55,0
Slowakei	-	-	-	48,7	50,9	38,1	37,1	34,6	34,3	34,3	34,2
Tschechien	-	-	-	54,5	41,8	45,0	43,9	42,6	42,0	41,8	41,3
Ungarn	-	-	-	-	46,5	50,1	51,9	49,8	48,9	49,0	49,1
Vereinigtes Königreich	47,6	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	44,2	44,4	45,8	47,2	48,2
EU-27	-	-	-	-	-	46,8	46,3	45,8	46,2	46,9	47,1
USA	34,1	36,8	37,1	37,0	34,2	36,6	36,5	37,4	38,8	40,8	42,6
Japan	-	-	-	-	39,0	38,4	36,0	36,4	37,0	38,2	39,3

¹1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: November 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Eu-Haushalt 2008 ¹				EU-Haushalt 2009 ²			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	56 314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1625,9	1,2	1488,9	1,3	1514,9	1,1	1296,4	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	7311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2		
5. Verwaltung	7279,2	5,6	7279,8	6,3	7700,7	5,8	7700,7	6,6
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2
Gesamtbetrag	131 079,6	100,0	115 771,3	100,0	133 846,0	100,0	116 096,1	100,0

¹ EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

² EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

Rubrik	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
10	11	12	13	
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1853,9	267,8
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	-	0,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	- 0,3	- 1,2	- 193,3	- 651,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	- 12,9	- 111,0	- 192,5
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5
Gesamtbetrag	2,1	0,3	2 766,3	324,8

 Statistiken und Dokumentationen

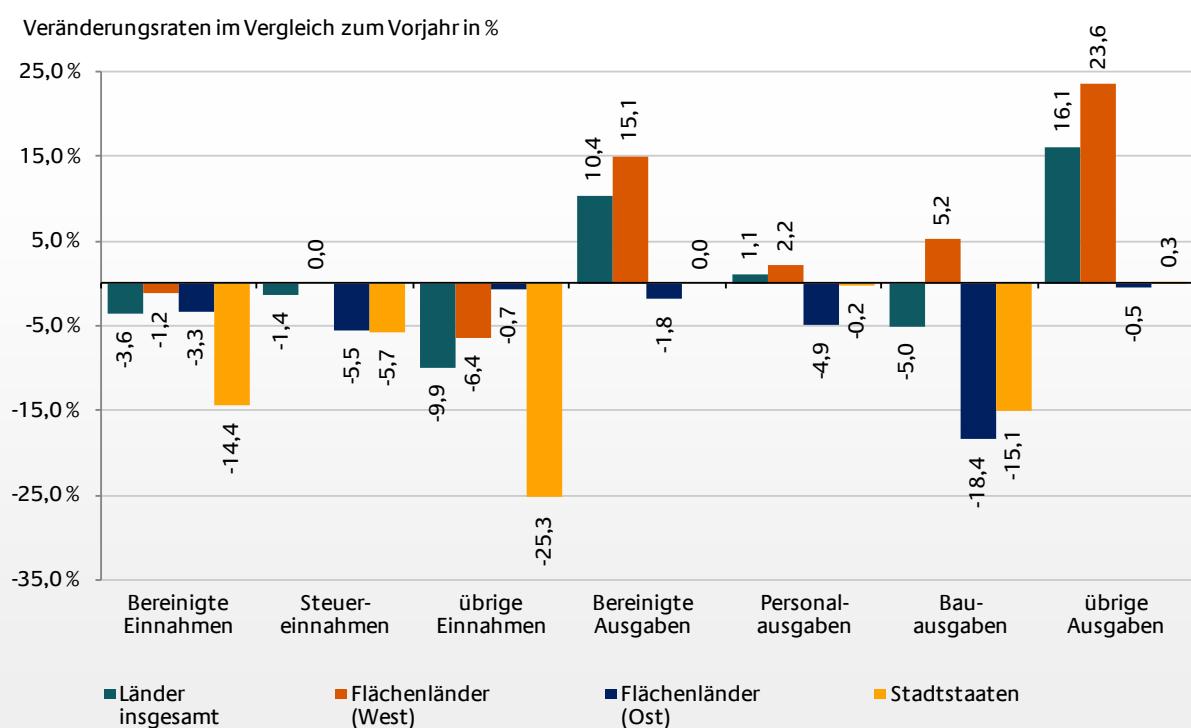
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2009 im Vergleich zum Jahressoll 2009

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
	in Mio. €							
Bereinigte Einnahmen	189 455	45 657	52 662	12 964	33 743	8 123	269 235	64 863
darunter:								
Steuereinnahmen	150 687	37 461	28 165	6 849	21 818	4 990	200 670	49 300
übrige Einnahmen	38 769	8 196	24 497	6 114	11 925	3 133	68 565	15 563
Bereinigte Ausgaben	204 408	58 051	52 591	12 504	36 074	9 102	286 447	77 777
darunter:								
Personalausgaben	77 559	20 296	12 290	2 885	11 075	2 916	100 923	26 097
Bauausgaben	3 480	317	1 491	135	777	73	5 747	526
übrige Ausgaben	123 370	37 438	38 810	9 484	24 222	6 113	179 776	51 155
Finanzierungssaldo	-14 950	-12 394	75	459	-2 325	- 980	-17 200	-12 915

Abbildung 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2009



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2009

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €									
		März 2008			Februar 2009			März 2009			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
1	Seit dem 1. Januar gebuchte										
11	Bereinigte Einnahmen¹										
	für das laufende Haushaltsjahr	58 806	67 260	122 100	36 464	39 353	73 147	60 667	64 863	121 443	
111	darunter: Steuereinnahmen	49 560	49 997	99 556	32 912	32 470	65 383	49 320	49 300	98 621	
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	45 351 ³	16 687	62 037	32 079 ³	15 919	47 998	52 456 ³	21 662	74 118	
12	Bereinigte Ausgabe¹										
	für das laufende Haushaltsjahr	76 628	70 444	143 107	57 615	49 341	104 287	78 026	77 777	151 717	
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	6 942	25 820	32 763	5 193	18 486	23 679	7 626	26 097	33 723	
122	Bauausgaben	709	553	1 262	328	265	593	608	526	1 134	
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-55	-55	-	-31	-31	-	-105	-105	
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	-58 080	31 247	-26 833	30 574	14 521	45 095	53 296	28 703	81 999	
13	Mehr. (+), Mehrausg. (-) (Finanzierungssaldo)	-17 823	-3 184	-21 007	-21 151	-9 989	-31 140	-17 359	-12 915	-30 273	
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	278	278	-	477	477	-	777	777	
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	949	949	-	1 315	1 315	-	185	185	
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-671	-671	-	-838	-838	-	592	592	
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen ²	-11 891	-16 341	-28 232	1 391	-6 446	-5 055	-914	-7 161	-8 075	
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres										
21	(ohne Auslaufperiode)	-	1 049	1 049	-	-2 508	-2 508	-	-1 111	-1 111	
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	510	510	-	2 343	2 343	-	2 343	2 343	
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.										
31	Verwahrungen	14 250	19 557	33 807	7 585	21 164	28 749	12 368	23 538	35 906	
32	Vorschüsse	-	16 586	16 586	-	19 265	19 265	-	24 537	24 537	
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	11 311	11 311	-	13 716	13 716	-	14 780	14 780	
34	Saldo (31+32+33)	14 250	14 282	28 532	7 585	15 616	23 201	12 368	13 780	26 148	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2009

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		März 2008			Februar 2009			März 2009		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-15 464	-4 355	-19 819	-12 175	-1 821	-13 996	-5 905	-4 471	-10 376
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	15 464	4 242	19 705	12 175	5 022	17 197	5 905	5 918	11 823
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	649	649	-	737	737	-	861	861
56	Zusammen	15 464	4 891	20 354	12 175	5 759	17 934	5 905	6 779	12 684
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	536	536	0	3 938	3 938	0	2 308	2 308
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	1 388	1 388	-	1 292	1 292	-	1 981	1 981
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes-hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	3 796	3 796	-	2 895	2 895	-	3 403	3 403

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2009

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ⁷	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	8 187,2	9 929,9	2 281,7	4 781,9	1 719,7	5 858,4	11 646,1	2 989,7	558,9
111	darunter: Steuereinnahmen	6 378,7	8 247,2	1 225,9	4 149,8	857,4	4 586,9	9 973,6	2 099,3	480,2
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	149,0	-	132,3	57,1	17,0	113,2	6,3
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	3 856,0	3 952,3 ^a	103,1	-	-259,8	820,0	3 907,9	3 373,0	377,5
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	9 202,5	17 116,5 ^b	2 369,0	5 121,9	1 688,0	5 662,3	13 948,8	3 856,7	1 078,3
121	darunter: Personalausbaben (incl. Versorgung)	4 058,1	4 719,9	588,9	1 814,5	364,4	2 196,2 ³	4 687,6 ³	1 490,2	378,7
122	Bauausgaben	67,8	140,0	3,7	54,4	23,2	14,0	13,0	3,8	0,2
123	Länderfinanzausgleich ¹	632,5	840,2	-	522,6	-	-	-	-	-
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	2 600,8	1 419,9	538,3	1 658,2	577,4	2 291,3	5 625,2	3 581,1	341,3
13	Mehrin. (+), Mehrausg. (-) (Finanzierungssaldo)	-1 015,3	-7 186,6 ^c	-87,3	-340,0	31,7	196,1	-2 302,7	-867,1	-519,4
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	496,3	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehrreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	496,3	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	1 209,5	2 515,8	-218,1	-1 665,8	-837,1	-1 469,4	-1 741,7	-206,3	33,6
2	Mehrreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	744,1	-1 764,0	-	-1 164,1	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	796,6	863,3	-	-	-	-	-	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	3 815,2	2 083,3	1 325,4	1 548,4	306,9	196,9	3 595,8	1 183,3	477,4
32	Vorschüsse	6 424,9	3 107,8	1 552,9	250,7	0,7	616,1	75,3	1 127,3	-20,0
33	Geldbestände der Rücklagen u. Sondervermögen	811,5	5 849,7	-	711,1	565,2	1 876,3	338,9	2,0	15,2
34	Saldo (31+32+33)	-1 798,2	4 825,2	-227,5	2 008,8	871,4	1 457,1	3 859,4	58,0	512,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-63,3	-250,0	-532,9	-1 161,1	66,0	183,8	-185,0	-1 015,4	26,8

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2009

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ⁷	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	250,0	312,0	567,0	-	-	2 227,0	1 016,0	-26,3
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	861,0	-	-	-	-	-
56	Zusammen	-	250,0	312,0	1 428,0	-	-	2 227,0	1 016,0	-26,3
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-63,3	0,0	-220,9	266,9	66,0	183,8	2 042,0	0,6	0,5
4										
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁶	-	-	-	-	-	1 432,2	-	-	-
	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)						1 876,3	318,8	-	-

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

³Ohne April-Bezüge.

⁴Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

⁵SH - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens z. Zt. nicht zu ermitteln.

⁶Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

⁷BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 3 123,3 Mio. €, b) 7 009,1 Mio. €.; c) Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt -177,5 Mio. €.

⁸HB - Umsetzung der Haushaltstechnik durch Rückgabe von nicht benötigten Mitteln wegen verzögerten Bauablaufes.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2009

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	3 939,9	2 296,4	1 924,8	2 725,9	4 950,7	869,6	2 329,6	64 863,0
111	darunter: Steuereinnahmen	2 241,4	1 323,1	1 545,4	1 201,5	2 467,8	573,3	1 948,9	49 300,4
112	Länderfinanzausgleich ¹	271,0	145,4	26,1	147,1	940,5	122,4	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	-2 186,2	3 242,0	1 608,9	277,0	3 170,5	392,4	-973,0	21 661,6
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	3 354,9	2 567,5	2 283,9	2 525,0	5 296,8	1 086,3	2 746,4	77 777,4
121	darunter: Personalausgaben (incl. Versorgung)	870,9	532,6	950,4	528,1	1 814,4	333,1	768,8	26 096,8
122	Bauausgaben	73,0	16,3	24,1	18,9	20,1	-1,7 ⁸	54,8	525,6
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	27,2	-104,9
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	566,5	3 267,0	1 322,3	519,7	3 152,1	1 241,5	-	28 702,6
13	Mehrein. (+), Mehrausg. (-) (Finanzierungssaldo)	585,0	- 271,1	- 359,1	200,9	- 346,1	- 216,7	- 416,8	-12 914,5
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	78,6	-	-	-	-	202,4	-	777,3
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-2,6	-	-	-	-	187,8	-	185,2
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	81,2	-	-	-	-	14,6	-	592,1
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der								
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)	-2 789,0	774,7	291,5	-237,1	-1 001,5	-849,2	-970,8	-7 160,9
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	656,2	-	-	122,1	-	-14,6	309,3	-1 111,0
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist- Abschluss)	683,2	-	-	-	-	-	-	2 343,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	540,4	1 327,3	0,0	-402,2	319,8	40,5	7 179,3	23 537,7
32	Vorschüsse	2 540,8	1 947,2	0,0	48,8	-	72,8	6 792,1	24 537,4
33	Geldbestände der Rücklagen u. Sondervermögen	2 700,6	91,7	0,0	324,9	411,6	317,1	763,9	14 779,7
34	Saldo (31+32+33)	700,2	-528,1	0,0 ⁵	-126,1	731,4	284,8	1 151,1	13 780,1
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-83,2	-24,5	-67,6	-40,2	-616,2	-781,1	72,8	-4 471,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2009

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €							Länder zusammen
		Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	39,7	625,8	765,0	142,0	5 918,2
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	861,0
56	Zusammen	-	-	-	39,7	625,8	765,0	142,0	6 779,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-83,2	-24,5	-67,6	-0,5	9,6	-16,1	214,8	2 308,1
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	-	-	-	-	-	549,1	1 981,3
	Nicht zum Bestand der								
72	Bundeshauptkasse/Landeshaupt- kasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	411,6	32,4	763,9	3 403,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

³Ohne April-Bezüge.

⁴Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

⁵SH - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens z. Zt. nicht zu ermitteln.

⁶Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

⁷BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 3 123,3 Mio. €, b) 7 009,1 Mio. €.; c) Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt -177,5 Mio. €.

⁸HB - Umsetzung der Haushaltstechnik durch Rückgabe von nicht benötigten Mitteln wegen verzögerten Bauablaufes.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	in Mio.	Veränderung in % p.a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
1991	38,6	.	51,0	2,2	5,3	.	.	.	23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,9	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,0	2,3	2,5	18,2
2007	39,8	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,7	0,6	18,7
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,3	-0,1	0,0	19,2
2003/98	38,8	0,4	51,2	3,5	8,3	1,2	0,8	1,7	20,0
2008/03	39,3	0,8	52,4	3,9	9,1	1,7	0,9	1,0	18,2

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten ²
Veränderung in % p.a.							
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,5	0,7	-1,4	1,2	1,6	1,6	-0,8
2006	3,5	0,5	-1,3	1,0	1,3	1,6	-1,2
2007	4,4	1,9	0,7	1,7	1,8	2,3	0,4
2008	2,9	1,5	-0,8	1,9	2,2	2,6	2,1
2003/98	1,9	0,7	-0,3	0,8	1,1	1,3	0,6
2008/03	2,9	1,1	-0,6	1,4	1,6	1,9	0,0

¹Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck.²Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p.a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,4	8,8	119,6	119,1	41,1	35,7	5,3	5,3
2006	14,3	14,9	131,5	145,6	45,3	39,7	5,7	6,3
2007	8,0	4,9	171,0	184,5	46,9	39,9	7,1	7,6
2008	3,5	5,6	157,1	165,2	47,2	40,9	6,3	6,6
2003/98	6,5	5,0	46,3	4,3	32,9	30,7	2,2	0,2
2008/03	8,8	8,3	129,7	127,6	42,4	36,9	5,6	5,5

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
	Veränderung in % p.a.			in %		Veränderung in % p.a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,5	5,9	-0,6	66,6	68,2	0,3	-1,1
2006	4,1	8,7	1,7	65,1	66,7	0,9	-1,5
2007	3,5	4,5	3,0	64,8	66,3	1,6	-0,5
2008	2,9	1,7	3,6	65,2	66,7	2,3	-0,7
2003/98	1,8	1,5	1,9	71,3	72,2	1,5	0,6
2008/03	3,3	7,0	1,6	66,7	68,2	1,1	-0,6

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %										
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	1,2	0,8	3,0	2,5	1,3	- 5,4	0,3
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	3,0	1,8	3,0	2,8	1,2	- 3,5	- 0,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,9	2,9	4,5	4,0	2,9	- 0,9	0,1
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,3	3,6	3,9	3,7	1,2	- 3,2	- 1,0
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	2,5	1,9	2,2	2,2	0,7	- 3,0	- 0,2
Irland	3,1	7,6	9,8	9,2	4,7	6,4	5,7	6,0	- 2,3	- 9,0	- 2,6
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	1,5	0,7	2,0	1,6	- 1,0	- 4,4	0,1
Zypern	-	-	9,9	5,0	4,2	3,9	4,1	4,4	3,7	0,3	0,7
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	4,5	5,2	6,4	5,2	- 0,9	- 3,0	0,1
Malta	-	-	6,2	6,4	1,3	3,7	3,2	3,6	1,6	- 0,9	0,2
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,2	2,0	3,4	3,5	2,1	- 3,5	- 0,4
Österreich	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	2,9	3,4	3,1	1,8	- 4,0	- 0,1
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	1,5	0,9	1,4	1,9	0,0	- 3,7	- 0,8
Slowakei	-	-	5,8	1,4	5,2	6,5	8,5	10,4	6,4	- 2,6	0,7
Slowenien	-	-	4,1	4,4	4,3	4,3	5,9	6,8	3,5	- 3,4	0,7
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,1	3,7	2,8	4,9	4,2	0,9	- 4,7	0,2
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	2,2	1,7	2,9	2,7	0,8	- 4,0	- 0,1
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	6,6	6,2	6,3	6,2	6,0	- 1,6	- 0,1
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	2,3	2,4	3,3	1,6	- 1,1	- 3,3	0,3
Estland	-	-	4,5	9,6	7,5	9,2	10,4	6,3	- 3,6	- 10,3	- 0,8
Lettland	-	-	-0,9	6,9	8,7	10,6	12,2	10,0	- 4,6	- 13,1	- 3,2
Litauen	-	-	3,3	4,2	7,4	7,8	7,8	8,9	3,0	- 11,0	- 4,7
Polen	-	-	7,0	4,3	5,3	3,6	6,2	6,6	4,8	- 1,4	0,8
Rumänien	-	-	7,1	2,1	8,5	4,2	7,9	6,2	7,1	- 4,0	0,0
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	4,1	3,3	4,2	2,6	- 0,2	- 4,0	0,8
Tschechien	-	-	5,9	3,6	4,5	6,3	6,8	6,0	3,2	- 2,7	0,3
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,8	4,0	4,1	1,1	0,5	- 6,3	- 0,3
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,0	3,9	2,8	2,1	2,8	3,0	0,7	- 3,8	0,1
EU	2,5	2,9	2,6	3,9	2,5	2,0	3,1	2,9	0,9	- 4,0	- 0,1
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	2,7	1,9	2,0	2,4	- 0,7	- 5,3	0,1
USA	4,1	1,9	2,5	3,7	3,6	2,9	2,8	2,0	1,1	- 2,9	0,9

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2006: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2008.

Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %							
	1997	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	1,5	1,4	1,9	1,8	2,3	2,8	0,3	0,7
Belgien	1,5	2,7	2,5	2,3	1,8	4,5	0,3	1,2
Griechenland	5,4	2,9	3,5	3,3	3,0	4,2	1,8	2,3
Spanien	1,9	3,5	3,4	3,6	2,8	4,1	-0,1	1,4
Frankreich	1,3	1,8	1,9	1,9	1,6	3,2	0,2	0,9
Irland	1,3	5,3	2,2	2,7	2,9	3,1	-1,3	0,4
Italien	1,9	2,6	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,8
Zypern	3,3	4,9	2,0	2,2	2,2	4,4	1,1	2,0
Luxemburg	1,4	3,8	3,8	3,0	2,7	4,1	-0,6	2,0
Malta	3,9	3,0	2,5	2,6	0,7	4,7	1,0	1,8
Niederlande	1,9	2,3	1,5	1,7	1,6	2,2	1,4	0,9
Österreich	1,2	2,0	2,1	1,7	2,2	3,2	0,5	1,1
Portugal	1,9	2,8	2,1	3,0	2,4	2,7	-0,3	1,7
Slowakei	6,0	12,2	2,8	4,3	1,9	3,9	2,0	2,4
Slowenien	8,3	8,9	2,5	2,5	3,8	5,5	0,7	2,0
Finnland	1,2	2,9	0,8	1,3	1,6	3,9	1,3	1,1
Euroraum	1,7	2,1	2,2	2,2	2,1	3,3	0,4	1,2
Bulgarien	—	10,3	6,0	7,4	7,6	12,0	3,9	3,6
Dänemark	2,0	2,7	1,7	1,9	1,7	3,6	0,9	1,4
Estland	9,3	3,9	4,1	4,4	6,7	10,6	0,6	0,5
Lettland	8,1	2,6	6,9	6,6	10,1	15,3	4,6	-0,7
Litauen	10,3	1,1	2,7	3,8	5,8	11,1	3,6	-0,4
Polen	15,0	10,1	2,2	1,3	2,6	4,2	2,6	1,9
Rumänien	154,8	45,7	9,1	6,6	4,9	7,9	5,8	3,5
Schweden	1,8	1,3	0,8	1,5	1,7	3,3	1,6	0,7
Tschechien	8,0	3,9	1,6	2,1	3,0	6,3	1,1	1,6
Ungarn	18,5	10,0	3,5	4,0	7,9	6,0	4,4	4,1
Vereinigtes Königreich	1,8	0,8	2,1	2,3	2,3	3,6	1,0	1,3
EU	1,7	1,9	2,2	2,2	2,4	3,7	0,9	1,3
Japan	—	—	—	—	0,0	1,4	-1,0	-0,5
USA	—	—	—	—	2,8	3,8	-0,7	0,3

Quellen:

Für die Jahre 2007 bis 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

Für die Jahre 1997 bis 2006: Eurostat Data Explorer.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	In % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	9,8	10,7	9,8	8,4	7,3	8,6	10,4
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,4	8,5	8,3	7,5	7,0	8,5	10,3
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	10,5	9,9	8,9	8,3	7,7	9,1	9,7
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	10,6	9,2	8,5	8,3	11,3	17,3	20,5
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	9,2	8,3	7,8	9,6	10,7
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,5	4,4	4,5	4,6	6,3	13,3	16,0
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,1	7,7	6,8	6,1	6,8	8,8	9,4
Zypern	—	—	2,6	4,9	4,7	5,3	4,6	4,0	3,8	4,7	6,0
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	5,0	4,6	4,6	4,2	4,9	5,9	7,0
Malta	—	4,8	4,9	6,7	7,4	7,2	7,1	6,4	5,9	7,1	7,6
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,6	4,7	3,9	3,2	2,8	3,9	6,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,9	5,2	4,8	4,4	3,8	6,0	7,1
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	6,7	7,7	7,8	8,1	7,7	9,1	9,8
Slowakei	—	—	13,2	18,8	18,2	16,3	13,4	11,1	9,5	12,0	12,1
Slowenien	—	—	6,9	6,7	6,3	6,5	6,0	4,9	4,4	6,6	7,4
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,9	9,3
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	9,0	9,0	8,3	7,5	7,5	9,9	11,5
Bulgarien	—	—	12,7	16,4	12,1	10,1	9,0	6,9	5,6	7,3	7,8
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,5	4,8	3,9	3,8	3,3	5,2	6,6
Estland	—	—	9,7	12,8	9,7	7,9	5,9	4,7	5,5	11,3	14,1
Lettland	—	0,5	18,9	13,7	10,4	8,9	6,8	6,0	7,5	15,7	16,0
Litauen	—	0,0	6,9	16,4	11,4	8,3	5,6	4,3	5,8	13,8	15,9
Polen	—	—	13,2	16,1	19,0	17,8	13,9	9,6	7,1	9,9	12,1
Rumänien	—	—	6,1	7,3	8,1	7,2	7,3	6,4	5,8	8,0	7,7
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	6,3	7,4	7,0	6,1	6,2	8,4	10,4
Tschechien	—	—	3,9	8,7	8,3	7,9	7,2	5,3	4,4	6,1	7,4
Ungarn	—	—	10,0	6,4	6,1	7,2	7,5	7,4	7,8	9,5	11,2
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,7	4,8	5,4	5,3	5,6	8,2	9,4
EU	9,4	7,2	10,0	7,7	9,0	8,9	8,2	7,1	7,0	9,4	10,9
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	5,9	6,4
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,5	5,1	4,6	4,6	5,8	8,9	10,2

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2006: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2009.

Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	8,6	5,5	-5,1	1,2	9,7	15,6	12,6	9,5	4,2	5,0	0,0	1,5
darunter												
Russische Föderation	8,1	5,6	-6,0	0,5	9,0	14,1	12,9	9,9	5,9	6,1	0,5	1,4
Ukraine	7,9	2,1	-8,0	1,0	12,8	25,2	16,8	10,0	-3,7	-7,2	0,6	1,4
Asien	10,6	7,7	4,8	6,1	5,4	7,4	2,8	2,4	6,9	5,8	6,4	5,7
darunter												
China	13,0	9,0	6,5	7,5	4,8	5,9	0,1	0,7	11,0	10,0	10,3	9,3
Indien	9,3	7,3	4,5	5,6	6,4	8,3	6,3	4,0	-1,0	-2,8	-2,5	-2,6
Indonesien	6,3	6,1	2,5	3,5	6,0	9,8	6,1	5,9	2,4	0,1	-0,4	-0,7
Korea	5,1	2,2	-4,0	1,5	2,5	4,7	1,7	3,0	0,6	-0,7	2,9	3,0
Thailand	4,9	2,6	-3,0	1,0	2,2	5,5	0,5	3,4	5,7	-0,1	0,6	0,2
Lateinamerika	5,7	4,2	-1,5	1,6	5,4	7,9	6,6	6,2	0,4	-0,7	-2,2	-1,6
darunter												
Argentinien	8,7	7,0	-1,5	0,7	8,8	8,6	6,7	7,3	1,6	1,4	1,0	1,8
Brasilien	5,7	5,1	-1,3	2,2	3,6	5,7	4,8	4,0	0,1	-1,8	-1,8	-1,8
Chile	4,7	3,2	0,1	3,0	4,4	8,7	2,9	3,5	4,4	-2,0	-4,8	-5,0
Mexiko	3,3	1,3	-3,7	1,0	4,0	5,1	4,8	3,4	-0,8	-1,4	-2,5	-2,2
Sonstige												
Türkei	4,7	1,1	-5,1	1,5	8,8	10,4	6,9	6,8	-5,8	-5,7	-1,2	-1,6
Südafrika	5,4	3,1	-0,3	1,9	7,1	11,5	6,1	5,6	-7,3	-7,4	-5,8	-6,0

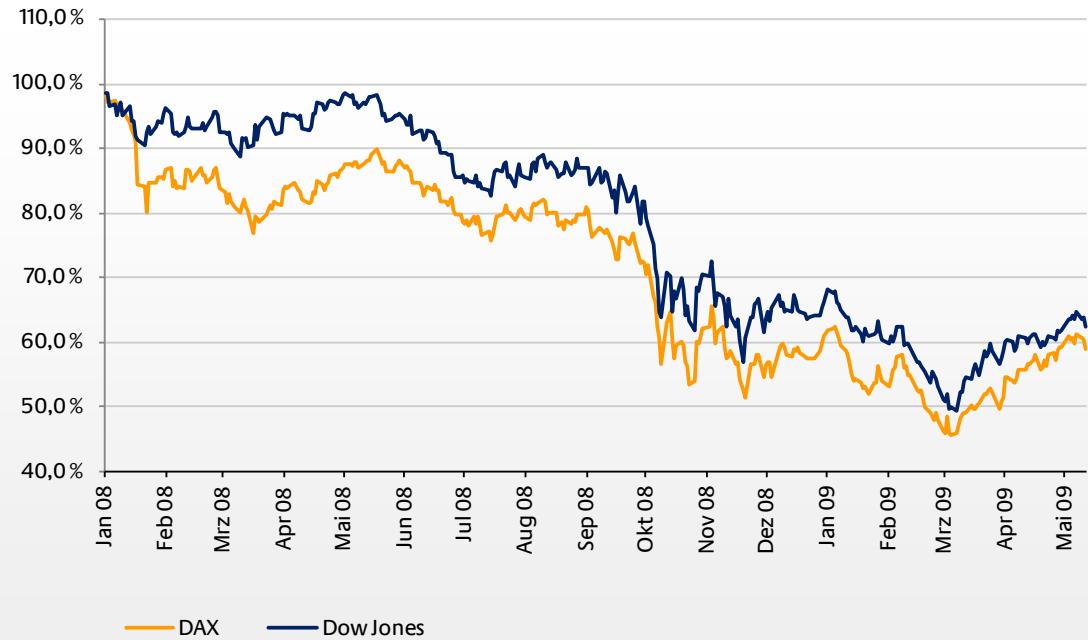
¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook April 2009 in veröffentlichter Form.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Abbildung 1: Entwicklung von DAX und Dow Jones
Eröffnungskurs 2. Januar 2008 =100 %
(2. Januar 2008 - 13. Mai 2009)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindices	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.05.2009	2008	zu Ende 2008	2008/2009	2008/2009
Dow Jones	8 285	8 776	-5,60	6 547	13 058
Eurostoxx 50	2 046	2 065	-0,95	1 615	3 635
Dax	4 728	4 810	-1,72	3 666	7 949
CAC 40	3 153	3 218	-2,02	2 519	5 550
Nikkei	9 340	8 860	5,43	7 055	14 691
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
	13.05.2009	2008	US-Bond	2008/2009	2008/2009
10 Jahre					
USA	3,12	2,22	-	2,06	4,26
Bund	3,37	2,94	0,25	2,91	4,67
Japan	1,45	1,17	-1,67	1,17	1,88
Brasilien	12,22	12,56	9,10	11,71	17,91
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.05.2009	2008	zu Ende 2008	2008/2009	2008/2009
Dollar/Euro	1,36	1,40	-2,74	1,25	1,60
Yen/Dollar	96,46	90,62	6,44	87,36	111,62
Yen/Euro	132,46	126,73	4,52	114,91	169,56
Pfund/Euro	0,90	0,96	-6,14	0,73	0,98

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
G7-Länder/Euroraum/EU-27**

	BIP (real)				Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote				
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Deutschland												
EU-KOM	2,5	1,3	-5,4	0,3	2,3	2,8	0,3	0,7	8,4	7,3	8,6	10,4
OECD	2,6	1	-5,3	0,2	2,3	2,8	0,6	0,5	8,3	7,3	8,9	11,6
IWF	2,5	1,3	-5,6	-1	2,3	2,8	0,1	-0,4	8,4	7,3	9,0	10,8
USA												
EU-KOM	2,0	1,1	-2,9	0,9	2,8	3,8	-0,7	0,3	4,6	5,8	8,9	10,2
OECD	2,0	1,1	-4	0	2,9	3,8	-0,4	0,5	4,6	5,8	9,1	10,3
IWF	2,0	1,1	-2,8	0	2,9	3,8	-0,9	-0,1	4,6	5,8	8,9	10,1
Japan												
EU-KOM	2,4	-0,7	-5,3	0,1	0	1,4	-1	-0,5	3,9	3,9	5,8	6,3
OECD	2,4	-0,6	-6,6	-0,5	0,1	1,4	-1,2	-1,3	3,9	4	4,9	5,6
IWF	2,4	-0,6	-6,2	0,5	0	1,4	-1	-0,6	3,8	4	4,6	5,6
Frankreich												
EU-KOM	2,2	0,7	-3	-0,2	1,6	3,2	0,2	0,9	8,3	7,8	9,6	10,7
OECD	2,1	0,7	-3,3	-0,1	1,6	3,2	0,4	0,6	8,0	7,4	9,9	10,9
IWF	2,1	0,7	-3	0,4	1,6	3,2	0,5	1	8,3	7,8	9,6	10,3
Italien												
EU-KOM	1,6	-1	-4,4	0,1	2,0	3,5	0,8	1,8	6,1	6,8	8,8	9,4
OECD	1,5	-1	-4,3	-0,4	2,0	3,5	0,7	0,7	6,2	6,8	9,2	10,7
IWF	1,6	-1	-4,4	-0,4	2,0	3,5	0,7	0,6	6,1	6,8	8,9	10,5
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	3,0	0,7	-3,8	0,1	2,3	3,6	1	1,3	5,3	5,6	8,2	9,4
OECD	3,0	0,7	-3,7	-0,2	2,3	3,6	2	1,7	5,4	5,7	7,7	9,5
IWF	3,0	0,7	-4,1	-0,4	2,3	3,6	1,5	0,8	5,4	5,5	7,4	9,2
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	2,7	0,5	-3	0,3	2,1	2,4	-0,6	0,5	6,0	6,1	8,8	10,5
IWF	2,7	0,5	-2,5	1,2	2,1	2,4	0	0,5	6,0	6,2	8,4	8,8
Euroraum												
EU-KOM	2,7	0,8	-4	-0,1	2,1	3,3	0,4	1,2	7,5	7,5	9,9	11,5
OECD	2,6	0,7	-4,1	-0,3	2,1	3,3	0,6	0,7	7,4	7,5	10,1	11,7
IWF	2,7	0,9	-4,2	-0,4	2,1	3,3	0,4	0,6	7,5	7,6	10,1	11,5
EZB	-	0,8	-2,7	0,0	-	3,3	0,4	1	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	2,9	0,9	-4	-0,1	2,4	3,7	0,9	1,3	7,1	7,0	9,4	10,9
IWF	3,1	1,1	-4	-0,3	2,4	3,7	0,8	0,8	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Zwischenausgabe März 2009 (hier nur die G7-Staaten und Euroraum).

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; März 2009 (nur BIP u. HICP sowie nur für den Euroraum).

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Belgien												
EU-KOM	2,8	1,2	-3,5	-0,2	1,8	4,5	0,3	1,2	7,5	7,0	8,5	10,3
OECD	2,6	1,5	-0,1	1,3	1,8	4,6	1,9	1,6	7,4	6,8	7,4	7,8
IWF	2,6	1,1	-3,8	0,3	1,8	4,5	0,5	1,0	7,5	6,8	9,5	10,5
Finnland												
EU-KOM	4,2	0,9	-4,7	0,2	1,6	3,9	1,3	1,1	6,9	6,4	8,9	9,3
OECD	4,4	2,1	0,6	1,8	1,6	4,0	1,9	1,6	6,9	6,2	6,5	6,8
IWF	4,2	0,9	-5,2	-1,2	1,6	3,9	1,0	1,1	6,8	6,4	8,5	9,3
Griechenland												
EU-KOM	4,0	2,9	-0,9	0,1	3,0	4,2	1,8	2,3	8,3	7,7	9,1	9,7
OECD	4,0	3,2	1,9	2,5	3,0	4,5	2,7	2,4	8,1	7,6	8,0	8,2
IWF	4,0	2,9	-0,2	-0,6	3,0	4,2	1,6	2,1	8,3	7,6	9,0	10,5
Irland												
EU-KOM	6,0	-2,3	-9,0	-2,6	2,9	3,1	-1,3	0,4	4,6	6,3	13,3	16,0
OECD	6,0	-1,8	-1,7	2,6	2,9	3,1	0,9	0,9	4,6	5,9	7,7	7,8
IWF	6,0	-2,3	-8,0	-3,0	2,9	3,1	-0,6	1,0	4,5	6,1	12,0	13,0
Luxemburg												
EU-KOM	5,2	-0,9	-3,0	0,1	2,7	4,1	-0,6	2,0	4,2	4,9	5,9	7,0
OECD	5,2	2,4	-0,5	1,9	2,7	4,5	1,9	1,7	4,4	4,5	6,5	7,0
IWF	5,2	0,7	-4,8	-0,2	2,3	3,4	0,2	1,8	4,4	4,4	6,8	6,0
Malta												
EU-KOM	3,6	1,6	-0,9	0,2	0,7	4,7	1,0	1,8	6,4	5,9	7,1	7,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,6	1,6	-1,5	1,1	0,7	4,7	1,8	1,7	6,4	5,8	6,9	7,6
Niederlande												
EU-KOM	3,5	2,1	-3,5	-0,4	1,6	2,2	1,4	0,9	3,2	2,8	3,9	6,2
OECD	3,5	2,2	-0,2	0,8	1,6	2,3	1,8	1,6	3,3	3,1	3,7	4,1
IWF	3,5	2,0	-4,8	-0,7	1,6	2,2	0,3	1,1	3,2	2,8	4,1	5,0
Österreich												
EU-KOM	3,1	1,8	-4,0	-0,1	2,2	3,2	0,5	1,1	4,4	3,8	6,0	7,1
OECD	3,0	1,9	-0,1	1,2	2,2	3,3	1,1	0,8	5,1	4,9	5,7	6,0
IWF	3,1	1,8	-3,0	0,2	2,2	3,2	0,5	1,3	4,4	3,8	5,4	6,2
Portugal												
EU-KOM	1,9	0,0	-3,7	-0,8	2,4	2,7	-0,3	1,7	8,1	7,7	9,1	9,8
OECD	1,9	0,5	-0,2	0,6	2,4	2,8	1,3	1,6	8,0	7,6	8,5	8,8
IWF	1,9	0,0	-4,1	-0,5	2,4	2,6	0,3	1,0	8,0	7,8	9,6	11,0

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Slowakei												
EU-KOM	10,4	6,4	-2,6	0,7	1,9	3,9	2,0	2,4	11,1	9,5	12,0	12,1
OECD	10,4	7,3	4,0	5,6	2,8	4,4	2,8	2,8	11,0	9,7	9,4	9,0
IWF	10,4	6,4	-2,1	1,9	1,9	3,9	1,7	2,3	11,0	9,6	11,5	11,7
Slowenien												
EU-KOM	6,8	3,5	-3,4	0,7	3,8	5,5	0,7	2,0	4,9	4,4	6,6	7,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,8	3,5	-2,7	1,4	3,6	5,7	0,5	1,5	4,9	4,5	6,2	6,1
Spanien												
EU-KOM	3,7	1,2	-3,2	-1,0	2,8	4,1	-0,1	1,4	8,3	11,3	17,3	20,5
OECD	3,7	1,3	-0,9	0,8	2,8	4,4	1,8	1,5	8,3	10,9	14,2	14,8
IWF	3,7	1,2	-3,0	-0,7	2,8	4,1	0,0	0,9	8,3	11,3	17,7	19,3
Zypern												
EU-KOM	4,4	3,7	0,3	0,7	2,2	4,4	1,1	2,0	4,0	3,8	4,7	6,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	4,4	3,7	0,3	2,1	2,2	4,4	0,9	2,4	3,9	3,7	4,6	4,3

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	BIP (real)					Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Bulgarien												
EU-KOM	6,2	6,0	-1,6	-0,1	7,6	12,0	3,9	3,6	6,9	5,6	7,3	7,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,2	6,0	-2,0	-1,0	7,6	12,0	3,7	1,3	-	-	-	-
Dänemark												
EU-KOM	1,6	-1,1	-3,3	0,3	1,7	3,6	0,9	1,4	3,8	3,3	5,2	6,6
OECD	1,7	0,2	-0,5	0,9	1,7	3,5	1,6	1,6	3,7	3,1	4,0	4,5
IWF	1,6	-1,1	-4,0	0,4	1,7	3,4	-0,3	0,0	2,7	1,7	3,2	4,5
Estland												
EU-KOM	6,3	-3,6	-10,3	-0,8	6,7	10,6	0,6	0,5	4,7	5,5	11,3	14,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,3	-3,6	-10,0	-1,0	6,6	10,4	0,8	-1,3	-	-	-	-
Lettland												
EU-KOM	10,0	-4,6	-13,1	-3,2	10,1	15,3	4,6	-0,7	6,0	7,5	15,7	16,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	10,0	-4,6	-12,0	-2,0	10,1	15,3	3,3	-3,5	-	-	-	-
Litauen												
EU-KOM	8,9	3,0	-11,0	-4,7	5,8	11,1	3,6	-0,4	4,3	5,8	13,8	15,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	8,9	3,0	-10,0	-3,0	5,8	11,1	5,1	0,6	-	-	-	-
Polen												
EU-KOM	6,6	4,8	-1,4	0,8	2,6	4,2	2,6	1,9	9,6	7,1	9,9	12,1
OECD	6,7	5,4	3,0	3,5	2,5	4,2	3,2	3,6	9,6	7,2	7,1	7,6
IWF	6,7	4,8	-0,7	1,3	2,5	4,2	2,1	2,6	-	-	-	-
Rumänien												
EU-KOM	6,2	7,1	-4,0	0,0	4,9	7,9	5,8	3,5	6,4	5,8	8,0	7,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,2	7,1	-4,1	0,0	4,8	7,8	5,9	3,9	-	-	-	-
Schweden												
EU-KOM	2,6	-0,2	-4,0	0,8	1,7	3,3	1,6	0,7	6,1	6,2	8,4	10,4
OECD	2,9	0,8	0,0	2,2	2,2	3,5	1,5	1,1	6,1	6,1	7,0	7,7
IWF	2,6	-0,2	-4,3	0,2	1,7	3,3	-0,2	0,0	6,1	6,2	8,4	9,6
Tschechien												
EU-KOM	6,0	3,2	-2,7	0,3	3,0	6,3	1,1	1,6	5,3	4,4	6,1	6,6
OECD	6,6	4,4	2,5	4,4	3,0	6,6	2,0	2,6	5,3	4,5	5,2	5,5
IWF	6,0	3,2	-3,5	0,1	2,9	6,3	1,0	1,6	5,3	4,2	5,5	5,7

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Ungarn												
EU-KOM	1,1	0,5	-6,3	-0,3	7,9	6,0	4,4	4,1	7,4	7,8	9,5	11,2
OECD	1,1	1,4	-0,5	1,0	8,0	6,4	3,6	3,2	7,4	7,9	8,9	9,2
IWF	1,1	0,6	-3,3	-0,4	7,9	6,1	3,8	2,8	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
G7-Länder/Euroraum/EU-27**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Deutschland												
EU-KOM	-0,2	-0,1	-3,9	-5,9	65,1	65,9	73,4	78,7	7,6	6,6	3,6	3,4
OECD	-0,2	-0,1	-4,5	-6,8	65,0	64,4	65,8	65,9	7,7	6,4	6,2	6,1
IWF	-0,5	-0,1	-4,7	-6,1	63,6	67,2	79,4	86,6	7,5	6,4	2,3	2,4
USA												
EU-KOM	-2,8	-5,9	-12,1	-14,2	63,1	65,0	78,0	91,6	-5,2	-4,6	-3,5	-3,7
OECD	-2,9	-5,8	-10,2	-11,9	62,9	73,2	78,1	82,5	-5,3	-4,9	-3,9	-3,6
IWF	-2,9	-6,1	-13,6	-9,7	63,1	70,5	87,0	97,5	-5,3	-4,7	-2,8	-2,8
Japan												
EU-KOM	-2,5	-2,9	-6,7	-8,7	167,1	172,1	185,3	194,0	4,8	3,2	3,7	3,8
OECD	-2,5	-2,6	-6,8	-8,4	170,6	173,0	174,1	177,0	4,8	3,8	4,3	3,9
IWF	-2,5	-5,6	-9,9	-9,8	187,7	196,3	217,2	227,4	4,8	3,2	1,5	1,2
Frankreich												
EU-KOM	-2,7	-3,4	-6,6	-7,0	63,8	68,0	79,7	86,0	-2,8	-3,8	-4,3	-4,6
OECD	-2,7	-3,4	-6,6	-8,3	63,9	66,4	69,7	72,8	-1,2	-1,6	-1,5	-1,6
IWF	-2,7	-3,4	-6,2	-6,5	63,9	67,3	74,9	80,3	-1,0	-1,6	-0,4	-0,9
Italien												
EU-KOM	-1,5	-2,7	-4,5	-4,8	103,5	105,8	113,0	116,1	-1,8	-3,0	-2,6	-2,7
OECD	-1,5	-2,5	-4,7	-5,9	104,1	103,8	105,8	106,7	-2,5	-2,6	-2,1	-2,6
IWF	-1,5	-2,7	-5,4	-5,9	103,5	105,8	115,3	121,1	-2,4	-3,2	-3,0	-3,1
Großbritannien												
EU-KOM	-2,7	-5,5	-11,5	-13,8	44,2	52,0	68,4	81,7	-2,9	-1,5	-2,8	-2,8
OECD	-2,8	-4,4	-9,3	-10,5	44,2	56,0	60,9	66,6	-3,8	-1,9	-1,5	-2,1
IWF	-2,6	-5,4	-9,8	-10,9	44,1	51,9	62,7	72,7	-2,9	-1,7	-2,0	-1,5
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	1,4	0,3	-4,4	-6,2	64,1	63,0	65,6	66,9	0,9	0,4	-1,7	-1,4
IWF	1,4	0,4	-3,4	-3,6	64,2	63,6	75,4	77,2	0,9	0,6	-0,9	-0,7
Euroraum												
EU-KOM	-0,6	-1,9	-5,3	-6,5	66,0	69,3	77,7	83,8	0,2	-0,8	-1,4	-1,5
OECD	-0,7	-1,8	-5,4	-7,0	66,5	67,4	69,4	71,1	0,3	-0,4	-0,1	0,0
IWF	-0,7	-1,8	-5,4	-6,1	65,8	69,1	78,9	85,0	0,2	-0,7	-1,1	-1,2
EU-27												
EU-KOM	-0,8	-2,3	-6,0	-7,3	58,7	61,5	72,6	79,4	-0,6	-1,1	-1,5	-1,6
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008 (nur für Haushaltsalden G7-Staaten & Euroraum: OECD Wirtschaftsausblick, Zwischenausgabe März 2009).

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Belgien												
EU-KOM	-0,2	-1,2	-4,5	-6,1	84,0	89,6	95,7	100,9	2,4	-1,7	-2,0	-2,2
OECD	-0,3	-0,7	-1,3	-1,6	83,9	88,5	88,6	88,4	1,7	-3,3	-2,4	-2,7
IWF	-0,3	-1,2	-4,7	-5,6	-	-	-	-	1,7	-2,5	-2,4	-3,0
Finnland												
EU-KOM	5,2	4,2	-0,8	-2,9	35,1	33,4	39,7	45,7	4,0	2,2	1,4	1,0
OECD	5,3	4,6	3,3	2,7	35,2	33,3	32,6	32,9	4,3	2,9	2,4	2,5
IWF	5,2	4,1	-1,6	-3,4	-	-	-	-	4,1	2,5	1,0	0,6
Griechenland												
EU-KOM	-3,6	-5,0	-5,1	-5,7	94,8	97,6	103,4	108,0	-14,0	-12,7	-11,5	-11,9
OECD	-3,7	-2,8	-2,7	-3,1	94,4	93,0	91,9	91,3	-14,1	-14,5	-13,9	-13,2
IWF	-3,5	-3,7	-4,5	-5,2	-	-	-	-	-14,1	-14,4	-13,5	-12,6
Irland												
EU-KOM	0,2	-7,1	-12,0	-15,6	25,0	43,2	61,2	79,7	-5,4	-4,6	-1,8	-0,4
OECD	0,2	-5,6	-7,1	-7,0	24,8	29,7	37,6	45,1	-5,4	-6,2	-6,3	-5,2
IWF	0,2	-6,4	-14,2	-17,2	-	-	-	-	-5,4	-4,5	-2,7	-1,8
Luxemburg												
EU-KOM	3,6	2,6	-1,5	-2,8	6,9	14,7	16,0	16,4	9,8	6,4	6,1	5,6
OECD	3,2	1,6	-0,6	-1,5	7,0	15,2	14,4	17,3	9,9	6,6	5,1	6,1
IWF	3,2	1,4	-3,4	-4,4	-	-	-	-	9,8	9,1	7,6	7,0
Malta												
EU-KOM	-2,2	-4,7	-3,6	-3,2	62,1	64,1	67,0	68,9	-6,1	-7,4	-7,6	-7,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,8	-4,1	-3,6	-2,5	-	-	-	-	-6,1	-6,3	-5,1	-5,2
Niederlande												
EU-KOM	0,3	1,0	-3,4	-6,1	45,6	58,2	57,0	63,1	9,8	6,8	5,7	5,0
OECD	0,3	1,0	0,0	-0,9	45,7	48,6	48,3	48,7	7,6	7,2	6,8	6,5
IWF	0,3	0,8	-3,2	-4,0	-	-	-	-	6,1	4,4	2,4	2,1
Österreich												
EU-KOM	-0,5	-0,4	-4,2	-5,3	59,4	62,5	70,4	75,2	3,3	3,3	2,7	2,4
OECD	-0,5	-1,0	-2,7	-3,5	59,5	60,2	62,4	65,3	3,1	3,6	3,7	4,0
IWF	-0,5	-0,4	-3,5	-4,2	-	-	-	-	3,2	2,9	1,3	1,3
Portugal												
EU-KOM	-2,6	-2,6	-6,5	-6,7	63,5	66,4	75,4	81,5	-9,7	-11,9	-9,8	-9,5
OECD	-2,7	-2,2	-2,9	-3,1	63,6	64,5	66,4	68,6	-9,8	-10,9	-10,2	-10,1
IWF	-2,6	-2,6	-5,9	-6,1	-	-	-	-	-9,5	-12,0	-9,1	-8,8

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Slowakei												
EU-KOM	-1,9	-2,2	-4,7	-5,4	29,4	27,6	32,2	36,3	-5,1	-6,8	-7,5	-7,1
OECD	-2,0	-2,1	-2,0	-1,5	29,4	30,9	32,0	33,0	-5,3	-5,0	-4,1	-2,2
IWF	-1,9	-2,2	-2,9	-2,9	-	-	-	-	-5,4	-6,3	-5,7	-5,0
Slowenien												
EU-KOM	0,5	-0,9	-5,5	-6,5	23,4	22,8	29,3	34,9	-4,0	-6,1	-4,6	-4,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,3	-0,3	-4,2	-3,7	-	-	-	-	-4,2	-5,9	-4,0	-5,0
Spanien												
EU-KOM	2,2	-3,8	-8,6	-9,8	36,2	39,5	50,8	62,3	-10,1	-9,5	-6,9	-6,3
OECD	2,2	-1,5	-2,9	-3,8	36,2	37,8	41,3	45,3	-10,1	-9,7	-7,4	-6,4
IWF	2,2	-3,8	-7,5	-7,5	-	-	-	-	-10,1	-9,6	-5,4	-4,4
Zypern												
EU-KOM	3,4	0,9	-1,9	-2,6	59,4	49,1	47,5	47,9	-11,7	-18,2	-13,9	-13,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,4	1,0	-1,0	-1,8	-	-	-	-	-11,6	-18,3	-10,3	-10,1

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Bulgarien												
EU-KOM	0,1	1,5	-0,5	-0,3	18,2	14,1	16,0	17,3	-22,5	-24,8	-18,8	-17,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-25,1	-24,4	-12,3	-3,6
Dänemark												
EU-KOM	4,5	3,6	-1,5	-3,9	26,8	33,3	32,5	33,7	0,7	2,0	0,4	-0,6
OECD	4,4	2,4	0,1	-0,6	26,2	23,6	23,7	24,7	1,1	0,8	0,9	2,0
IWF	4,5	3,0	-2,0	-4,8	-	-	-	-	0,7	0,5	-1,2	-1,1
Estland												
EU-KOM	2,7	-3,0	-3,0	-3,9	3,5	4,8	6,8	7,8	-18,3	-9,1	-1,1	-3,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-18,1	-9,2	-6,5	-5,4
Lettland												
EU-KOM	-0,4	-4,0	-11,1	-13,6	9,0	19,5	34,1	50,1	-22,5	-13,6	-1,5	-1,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-22,6	-13,2	-6,7	-5,5
Litauen												
EU-KOM	-1,0	-3,2	-5,4	-8,0	17,0	15,6	22,6	31,9	-15,1	-12,2	-1,9	0,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-14,6	-11,6	-4,0	-5,3
Polen												
EU-KOM	-1,9	-3,9	-6,6	-7,3	44,9	47,1	53,6	59,7	-5,1	-5,3	-4,7	-3,7
OECD	-2,0	-2,3	-2,7	-2,9	44,9	43,6	44,1	45,3	-4,7	-5,3	-6,3	-6,3
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-4,7	-5,5	-4,5	-3,9
Rumänien												
EU-KOM	-2,5	-5,4	-5,1	-5,6	12,7	13,6	18,2	22,7	-13,5	-12,3	-7,4	-6,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-13,9	-12,6	-7,5	-6,5
Schweden												
EU-KOM	3,8	2,5	-2,6	-3,9	40,5	38,0	44,0	47,2	9,0	6,2	7,0	7,4
OECD	3,5	2,8	0,5	0,4	40,4	38,1	34,9	34,0	8,4	6,5	6,5	6,9
IWF	3,8	2,5	-3,0	-3,8	-	-	-	-	8,6	8,3	6,9	7,4
Tschechien												
EU-KOM	-0,6	-1,5	-4,3	-4,9	28,9	29,8	33,7	37,9	-1,5	-3,1	-3,2	-3,3
OECD	-1,0	-1,6	-1,9	-1,7	28,7	26,5	25,6	25,2	-1,7	-2,3	-2,9	-3,3
IWF	-1,0	-1,5	-4,1	-4,2	-	-	-	-	-3,2	-3,1	-2,7	-3,0

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Ungarn												
EU-KOM	-4,9	-3,4	-3,4	-3,9	65,8	73,0	80,8	82,3	-6,2	-8,4	-5,0	-4,8
OECD	-5,0	-3,4	-3,6	-3,5	65,8	65,6	67,5	69,2	-6,4	-6,1	-6,1	-5,4
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-6,4	-7,8	-3,9	-3,4

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.

Stand: Mai 2009.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>
oder
<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de
Berlin, Mai 2009

Lektorat und Satz:

heimbüchel pr,
kommunikation und publizistik GmbH,
Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des
Bundesministeriums der Finanzen:
telefonisch 0 18 05 / 77 80 901
per Telefax 0 18 05 / 77 80 941

1 Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com,
abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.